

VOLKSBANK-QUADRAT BANK AG

PROSPEKT

für das öffentliche Angebot

von bis zu

EUR 130.000.000,-- Nominale
(mit Aufstockungsmöglichkeit)

PARTIZIPATIONSKAPITAL
(VOLKSBANK ERFOLGSANTEIL)

der

VOLKSBANK-QUADRAT BANK AG

ISIN AT0000A015R4

WIEN, am 16.5.2006

A. INHALTSVERZEICHNIS

A.	INHALTSVERZEICHNIS	3
B.	BEGRIFFSBESTIMMUNGEN UND ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	13
	BEGRIFFSBESTIMMUNGEN.....	13
	VERZEICHNIS DER IM PROSPEKT HÄUFIG VERWENDETEN ABKÜRZUNGEN	19
C.	ZUSAMMENFASSUNG.....	23
C.1.	WARNHINWEISE GEM. § 7 ABS. 2 KMG	23
C.2.	WESENTLICHE ANGABEN.....	24
	C.2.1. Wesentliche Angaben in Bezug auf die Volksbank-Quadrat Bank AG.....	24
	C.2.2. Wesentliche Angaben über das Wertpapier	27
D.	RISIKOFAKTOREN.....	33
D.1.	ALLGEMEINES.....	33
D.2.	RISIKOFAKTOREN DER EMITTENTIN.....	33
	D.2.1. Geschäftsverlauf der Emittentin	33
	D.2.2. Bonitätsrisiko.....	35
	D.2.3. Veranlagungsentscheidung durch die VB ²	35
	D.2.4. Operationales Risiko	36
	D.2.5. Marktrisiko.....	36
	D.2.6. Abhängigkeit von Dritten	36
	D.2.7. Wirtschaftliches Umfeld – Rückläufige Finanzmärkte	37
	D.2.8. Gruppenrisiko.....	37
	D.2.9. Risiko aus der Vorgesellschaft	38
	D.2.10.Regulatorisches Risiko.....	38
	D.2.11.Interessenkollision und Doppelfunktionen	39
D.3.	RISIKOFAKTOREN DER WERTPAPIERE	39
	D.3.1. Totalverlust	39

Inhaltsverzeichnis

D.3.2. Risiko der Veranlagungsentscheidung	39
D.3.3. Steuern	40
D.3.4. Kein liquider Sekundärmarkt – kein Börsehandel	41
D.3.5. Preisrisiko	41
D.3.6. Langfristige Bindung.....	41
D.3.7. Währungsrisiko	41
D.3.8. Wiederveranlagungsrisiko	42
D.3.9. Kauf auf Kredit	42
D.3.10.Keine Sicherungseinrichtung.....	42
D.3.11.Transaktionskosten / Spesen	42
E. EMITTENTENANGABEN	43
E.1. VERANTWORTLICHE PERSONEN	43
E.1.1. Personen, die für die im Prospekt gemachten Angaben verantwortlich sind.	43
E.1.2. Erklärung über Richtigkeit und Anführung der relevanten Angaben.....	43
E.2. ABSCHLUSSPRÜFER.....	44
E.2.1. Name, Anschrift und Berufsbezeichnung der gesetzlich zugelassenen Abschlussprüfer	44
E.2.2. Abberufene, nicht wieder bestellte oder zurückgetretene Abschlussprüfer während des von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraums	44
E.3. AUSGEWÄHLTE FINANZINFORMATIONEN	44
E.3.1. Ausgewählte historische Finanzinformationen.....	44
E.3.2. Ausgewählte Finanzinformationen der Emittentin – Zwischenzeiträume.....	48
E.4. EMITTENTENBEZOGENE RISIKOFAKTOREN	49
E.5. INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN	49
E.5.1. Geschäftsgeschichte und Geschäftsentwicklung der Emittentin	49
E.5.1.1. Juristischer und kommerzielle Name der Emittentin	49
E.5.1.2. Ort der Registrierung der Emittentin und ihre Registrierungsnummer ...	49
E.5.1.3. Datum der Gründung und Existenzdauer der Emittentin	50
E.5.1.4. Rechtsform und Sitz der Emittentin, Rechtsordnung, in der die Emittentin tätig ist.....	50

Inhaltsverzeichnis

E.5.1.5.	Wichtige Ereignisse in der Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Emittentin	50
E.5.2.	Investitionen.....	50
E.5.2.1.	Beschreibung der wichtigsten Investitionen der Emittentin	50
E.5.2.2.	Beschreibung der wichtigsten laufenden Investitionen der Emittentin...	51
E.5.2.3.	Beschreibung der wichtigsten zukünftigen Investitionen der Emittentin	51
E.6.	GESCHÄFTSÜBERBLICK.....	53
E.6.1.	Haupttätigkeitsbereiche.....	53
E.6.1.1.	Haupttätigkeiten der Emittentin.....	53
E.6.1.2.	Wichtige neue Produkte / Dienstleistungen.....	54
E.6.2.	Wichtigste Märkte.....	55
E.6.3.	Beeinflussung der Produkte und Märkte durch außergewöhnliche Faktoren	55
E.6.4.	Abhängigkeit der Emittentin in Bezug auf Patente und Lizenzen.....	55
E.6.5.	Grundlage für etwaige Angaben der Emittentin zu ihrer Wettbewerbsposition	55
E.7.	ORGANISATIONSSTRUKTUR.....	56
E.7.1.	Gruppe, deren Teil die Emittentin ist	56
E.7.2.	Tochtergesellschaften der Emittentin	62
E.8.	SACHANLAGEN.....	62
E.8.1.	Angaben über bestehende oder geplante wesentliche Sachanlagen, einschließlich geleaster Vermögensgegenstände, und etwaiger größerer dinglicher Belastungen der Sachanlagen	62
E.8.2.	Skizzierung etwaiger Umweltfragen, die die Verwendung der Sachanlagen von Seiten der Emittentin u. U. beeinflussen könnten.....	62
E.9.	ANGABEN ZUR GESCHÄFTS- UND FINANZLAGE	62
E.9.1.	Finanzlage	62
E.9.2.	Betriebsergebnisse	63
E.9.2.1.	Wesentliche Veränderungen bei den Nettoumsätzen oder -erträgen....	63
E.9.2.2.	Falls der Jahresabschluss wesentliche Veränderungen bei den Nettoumsätzen oder den Nettoerträgen ausweist, sind die Gründe derlei Veränderungen in einer ausführlichen Erläuterung darzulegen	63
E.9.2.3.	Staatliche oder wirtschaftliche Faktoren, die die Geschäfte der Emittentin wesentlich beeinträchtigen	64
E.10.	EIGENKAPITALAUSSTATTUNG.....	64
E.10.1.	Angaben über die Eigenkapitalausstattung der Emittentin.....	64

Inhaltsverzeichnis

E.10.2. Erläuterung der Quellen und der Beträge des Kapitalflusses der Emittentin und eine ausführliche Darstellung dieser Posten.....	66
E.10.3. Informationen über Fremdfinanzierungsbedarf und Finanzierungsstruktur der Emittentin	66
E.10.4. Angaben über jegliche Beschränkungen des Rückgriffs auf die Eigenkapitalausstattung	66
E.10.5. Angaben über erwartete Finanzierungsquellen, die zur Erfüllung der Kapitel E.5.2.3. und E.8.1. benötigt werden	67
E.11. FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG, PATENTE UND LIZENZEN	67
E.12. TRENDINFORMATIONEN.....	67
E.12.1. Trends in Bezug auf Produktion, Umsatz und Bestände sowie Kosten.....	67
E.12.2. Trends, Unsicherheiten, Nachfragen, Verpflichtungen oder Vorfälle, die voraussichtlich die Aussichten der Emittentin im laufenden Geschäftsjahr wesentlich beeinflussen dürften	67
E.13. GEWINNPROGNOSEN ODER -SCHÄTZUNGEN.....	68
E.14. VERWALTUNGS-, GESCHÄFTSFÜHRUNGS- UND AUFSICHTSORGANE SOWIE OBERES MANAGEMENT	68
E.14.1. Name nachstehender Personen sowie ihre Stellung bei der Emittentin unter Angabe der wichtigsten Tätigkeiten, die sie außerhalb der Emittentin ausüben, sofern diese für die Emittentin von Bedeutung sind	68
E.14.2. Interessenskonflikte zwischen den Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorganen sowie dem oberen Management	74
E.15. BEZÜGE UND VERGÜNSTIGUNGEN	75
E.15.1. Angaben der Gesamtbeträge, die von der Emittentin oder ihren Tochtergesellschaften als Reserve oder Rückstellungen gebildet werden, um Pensions- und Rentenzahlungen vornehmen oder ähnliche Vergütungen auszahlen zu können	75
E.16. PRAKTIKEN DER GESCHÄFTSFÜHRUNG	75
E.16.1. Datum der Beendigung des laufenden Mandats.....	75
E.16.2. Informationen über die Dienstleistungsverträge von Vorstand und Aufsichtsrat	75
E.16.3. Informationen über den Audit-Ausschuss und den Vergütungsausschuss....	76

Inhaltsverzeichnis

E.16.4. Erklärung über Corporate-Governance-Regelungen	76
E.17. BESCHÄFTIGTE	76
E.17.1. Zahl der Beschäftigten	76
E.17.2. Aktienbesitz und Aktienoptionen	77
E.17.3. Beschreibung etwaiger Vereinbarungen, mittels deren Beschäftigte am Kapital der Emittentin beteiligt werden können.....	77
E.18. HAUPTAKTIONÄRE	77
E.18.1. Aktionärsstruktur	77
E.18.2. Stimmrechte.....	78
E.18.3. Unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen sowie Beherrschungsverhältnisse	78
E.18.4. Der Emittentin sind derzeit keine Beziehungen unter den Mitgliedern des ÖGV bekannt, die auf eine Beherrschung der VB Holding und somit der VB ² durch einzelne Mitglieder des ÖGV schließen lassen. Vereinbarungen, deren Ausübung zu einer Veränderung der Kontrolle der Emittentin führen könnte	78
E.19. GESCHÄFTE MIT VERBUNDENEN PARTEIEN	78
E.20. FINANZIELLE INFORMATIONEN ÜBER DIE VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE DER EMITTENTIN	78
E.20.1. Historische Finanzinformationen	78
E.20.2. Pro Forma- Finanzinformationen.....	79
E.20.3. Jahresabschluss	79
E.20.4. Prüfung der historischen jährlichen Finanzinformationen	86
E.20.5. Alter der jüngsten Finanzinformationen	87
E.20.6. Zwischenfinanzinformationen und sonstige Finanzinformationen	87
E.20.7. Dividendenpolitik.....	87
E.20.8. Gerichtsverfahren und Schiedsgerichtsverfahren.....	87
E.20.9. Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage oder der Handelsposition der Emittentin	87
E.21. ZUSÄTZLICHE ANGABEN	87
E.21.1. Aktienkapital.....	87

Inhaltsverzeichnis

E.21.1.1.	Betrag des ausgegebenen Kapitals und für jede Kategorie des Aktienkapitals: Zahl der zugelassenen Aktien, Zahl der ausgegebenen und voll eingezahlten Aktien, Nennwert pro Aktie und Zahl der noch ausstehenden Aktien	88
E.21.1.2.	Aktien, die nicht Bestandteil des Eigenkapitals sind.....	88
E.21.1.3.	Von der Emittentin, in ihrem Namen oder von ihren Tochtergesellschaften gehaltene Aktien	88
E.21.1.4.	Wandelbare Wertpapiere, umtauschbare Wertpapiere oder Wertpapiere mit Optionsscheinen	88
E.21.1.5.	Angaben über eventuelle Akquisitionsrechte auf nicht geschaffenes Kapital oder in Bezug auf eine Kapitalerhöhung	89
E.21.1.6.	Optionsrechte	89
E.21.1.7.	Entwicklung des Aktienkapitals.....	89
E.21.2.	Satzung und Statuten der Gesellschaft	89
E.21.2.1.	Zielsetzungen der Emittentin	89
E.21.2.2.	Zusammenfassung der Bestimmungen für Vorstand und Aufsichtsrat ..	90
E.21.2.3.	Beschreibung der Rechte, Vorrechte und Beschränkungen, die an jede Kategorie der vorhandenen Aktien und des Partizipationskapitals gebunden sind.....	90
E.21.2.4.	Erläuterung der Maßnahmen, um die Rechte der Aktionäre und Partizipanten zu ändern.....	91
E.21.2.5.	Einberufung der Hauptversammlung	92
E.21.2.6.	Satzungsmäßige Bestimmungen für einen Aufschub oder eine Verhinderung eines Wechsels in der Kontrolle der Emittentin.....	92
E.21.2.7.	Offenlegung des Aktienbesitzes ab bestimmtem Schwellenwert.....	93
E.21.2.8.	Bestimmungen zu den Veränderungen des Eigenkapitals	93
E.22.	WESENTLICHE VERTRÄGE.....	93
E.23.	ANGABEN UND ERKLÄRUNGEN.....	93
E.23.1.	Historische Finanzinformationen	93
E.23.2.	Bestätigung der korrekten Wiedergabe	93
E.24.	EINSEHBARE DOKUMENTE	94
E.25.	ANGABEN ÜBER BETEILIGUNGEN.....	94
F.	WERTPAPIERBESCHREIBUNG	95
F.1.	VERANTWORTLICHE PERSONEN	95
F.1.1.	Personen, die für die im Prospekt gemachten Angaben verantwortlich sind ..	95
F.1.2.	Erklärung über Richtigkeit und Anführung der relevanten Angaben.....	95
F.2.	WERTPAPIERBEZOGENE RISIKOFAKTOREN	95
F.3.	WICHTIGE ANGABEN.....	95
F.3.1.	Erklärung zum Geschäftskapital.....	95

Inhaltsverzeichnis

F.3.2.	Kapitalbildung und Verschuldung	96
F.3.3.	Interessen von Seiten natürlicher und juristischer Personen, die an der Emission/dem Angebot beteiligt sind	96
F.3.4.	Gründe für das Angebot und Verwendung der Erträge	96
F.4.	ANGABEN ÜBER DIE ANZUBIETENDEN BZW. ZUM HANDEL ZUZULASSENDEN WERTPAPIERE	97
F.4.1.	Beschreibung des Typs und der Kategorie der anzubietenden und/oder zum Handel zugelassenen Wertpapiere einschließlich der ISIN	97
F.4.2.	Rechtsvorschriften, auf deren Grundlage die Wertpapiere geschaffen wurden	98
F.4.3.	Inhaberpapier	98
F.4.4.	Währung der Wertpapieremission	98
F.4.5.	Beschreibung der Rechte, die an die Wertpapiere gebunden sind	98
F.4.6.	Angabe der Beschlüsse, Ermächtigungen und Genehmigungen, die die Grundlage für die erforderliche bzw. noch zu erfolgende Schaffung der Wertpapiere und/oder deren Emission bilden	101
F.4.7.	Emissionstermin	102
F.4.8.	Etwaige Beschränkungen der freien Übertragbarkeit	102
F.4.9.	Etwaige bestehende obligatorische Übernahmeangebote	102
F.4.10.	Angabe öffentlicher Übernahmeangebote in Bezug auf das Eigenkapital der Emittentin	103
F.4.11.	Informationen über Einkommensteuer	103
F.4.11.1.	Informationen über die an der Quelle einzubehaltende Einkommensteuer und Verantwortlichkeit für deren Einbehaltung	103
F.4.11.2.	Informationen über die an der Quelle der Ausschüttungen einzubehaltende Kapitalertragsteuer und Verantwortlichkeit für deren Abführung	103
F.4.11.3.	Informationen über die an der Quelle einzubehaltende Kapitalertragsteuer von den Erträgen der Partizipationsscheine	103
F.4.11.4.	Besteuerung für in Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen	104
F.4.11.5.	Besteuerung für in Österreich unbeschränkt steuerpflichtige juristische Personen	104
F.4.11.6.	Besteuerung für in Österreich beschränkt steuerpflichtige natürliche Personen	105
F.4.11.7.	Besteuerung von juristischen Personen mit Sitz im Ausland	105
F.4.11.8.	Angaben über die Verantwortung der Emittentin, Kapitalertragsteuer an der Quelle einzubehalten	105

Inhaltsverzeichnis

F.5.	BEDINGUNGEN UND VORAUSSETZUNGEN FÜR DAS ANGEBOT	106
F.5.1.	Bedingungen, Angebotsstatistiken, erwarteter Zeitplan und erforderliche Maßnahmen für die Antragstellung.....	106
F.5.1.1.	Bedingungen, denen das Angebot unterliegt	106
F.5.1.2.	Gesamtsumme der Emission/des Angebots	106
F.5.1.3.	Frist, während der das Angebot vorliegt	106
F.5.1.4.	Widerrufungsmöglichkeit der Emission	106
F.5.1.5.	Beschreibung der Möglichkeit zur Reduzierung der Zeichnungen und der Art und Weise der Erstattung des zu viel gezahlten Betrages an die Zeichner	106
F.5.1.6.	Einzelheiten zum Mindestbetrag der Zeichnung	107
F.5.1.7.	Angabe des Zeitraums, während dessen die Zeichnung zurückgezogen werden kann.....	107
F.5.1.8.	Methoden und Fristen für die Bedienung der Wertpapiere und ihre Lieferung	107
F.5.1.9.	Offenlegung der Ergebnisse des Angebots.....	107
F.5.1.10.	Etwaige Vorzugsrechte.....	108
F.5.2.	Plan für die Aufteilung der Wertpapiere und deren Zuteilung.....	108
F.5.2.1.	Potentielle Investoren	108
F.5.2.2.	Teilnahme an der Zeichnung durch Hauptaktionäre oder Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrates	109
F.5.2.3.	Offenlegung vor der Zuteilung	110
F.5.2.4.	Verfahren zur Meldung des den Zeichnern zugeteilten Betrages.....	110
F.5.2.5.	Mehrzuteilung und Greenshoe-Option	111
F.5.3.	Kursfestsetzung	111
F.5.3.1.	Kurs, Methode der Kursfestlegung	111
F.5.3.2.	Verfahren für die Offenlegung des Angebotskurses.....	111
F.5.3.3.	Vorkaufsrechte von Anteilseignern	112
F.5.3.4.	Unterschied der Erwerbskosten für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder	112
F.5.4.	Platzierung und Emission	112
F.5.4.1.	Koordinatoren/Platzierer des Angebots	112
F.5.4.2.	Zahlstellen / Depotstellen	112
F.5.4.3.	Übernahme des Angebotes bzw. Platzierung „zu bestmöglichen Bedingungen“	113
F.5.4.4.	Angabe des Zeitpunkts, zu dem der Emissionsübernahmevertrag abgeschlossen wurde oder wird	113
F.6.	ZULASSUNG ZUM HANDEL UND HANDELSREGELN	113
F.6.1.	Zulassung zum Handel.....	113
F.6.2.	Bestehende Marktplätze.....	113
F.6.3.	Wertpapiere der gleichen Kategorie, die fast gleichzeitig mit der gegenständlichen Emission privat gezeichnet oder platziert werden	113
F.6.4.	Intermediäre am Sekundärmarkt	113
F.6.5.	Stabilisierung.....	113

Inhaltsverzeichnis

F.7.	WERTPAPIERINHABER MIT VERKAUFSPPOSITION.....	114
F.7.1.	Name, Anschrift der Person oder des Instituts, die/das das Wertpapier zum Verkauf anbietet.....	114
F.7.2.	Zahl und Kategorie der von jedem Wertpapierinhaber mit Verkaufsposition angebotenen Wertpapiere.....	114
F.7.3.	Lock-up-Vereinbarungen.....	114
F.8.	KOSTEN DER EMISSION	114
F.9.	VERWÄSSERUNG.....	115
F.9.1.	Betrag und Prozentsatz der Verwässerung, die sich aus dem Angebot ergibt	115
F.9.2.	Im Falle eines Zeichnungsangebots an die existierenden Aktionäre Betrag und Prozentsatz der unmittelbaren Verwässerung, wenn sie das neue Angebot nicht zeichnen.....	115
F.10.	ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN.....	115
F.10.1.	Berater	115
F.10.2.	Überprüfung von Teilen der Wertpapierbeschreibung durch den gesetzlichen Abschlussprüfer	115
F.10.3.	Angaben.....	116
F.10.4.	Bestätigung der korrekten Wiedergabe	116
ANLAGE I:	JAHRESABSCHLÜSSE JEWEILS ZUM 31.12.2003, 31.12.2004 UND ZUM 31.12.2005.....	119
ANLAGE I.I.:	JAHRESABSCHLUSS ZUM 31.12.2003	121
ANLAGE I.II.:	JAHRESABSCHLUSS ZUM 31.12.2004	143
ANLAGE I.III.:	JAHRESABSCHLUSS ZUM 31.12.2005	168
ANLAGE II:	KONDITIONEN ÜBERBLICK	191
ANLAGE III:	ZEICHNUNGSSCHEIN	195
ANLAGE IV:	EMISSIONSBEDINGUNGEN VB ² -PS.....	199

B. BEGRIFFSBESTIMMUNGEN UND ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

AktG – Aktiengesetz	Bundesgesetz vom 31. März 1965 über Aktiengesellschaften (Aktiengesetz 1965), BGBl. 1965/98, in der jeweils geltenden Fassung.
Bankarbeitstag	Als Bankarbeitstage im Sinne dieses Prospekts gelten jene Tage, an denen alle maßgeblichen Bereiche des TARGET-Systems betriebsbereit sind.
BAO – Bundesabgabenordnung	Bundesgesetz vom 28. Juni 1961, betreffend allgemeine Bestimmungen und das Verfahren für die von den Abgabenbehörden des Bundes verwalteten Abgaben, BGBl. 1961, 194, in der jeweils geltenden Fassung.
Basispunkt	Der hundertste Teil eines Prozentpunktes ist ein Basispunkt, d. h. 1,3 Prozentpunkte sind 130 Basispunkte.
Bilanzgewinn der Emittentin	Ergebnis des Geschäftsjahres (Jahresgewinn) nach Rücklagenbewegung gemäß § 23 Abs. 4 Z. 3 BWG.
BWG – Bankwesengesetz	Bundesgesetz über das Bankwesen (Art. I Finanzmarktanpassungsgesetz), BGBl. 1993/532, in der jeweils geltenden Fassung.
CESR-Regulation	CESR's recommendations for the consistent implementation of the European Commission's Regulation on Prospectus no 809/2004, January 2005 (Empfehlungen der CESR für die konsistente Umsetzung der Verordnung (EG) 809/2004 der Kommission (Stand 2005)).
DepG – Depotgesetz	Bundesgesetz über die Verwaltung und Anschaffung von Wertpapieren (DepG), BGBl. 1969/424, in der jeweils geltenden Fassung.
Durchschnittlicher 3- Monats-EURIBOR	Der durchschnittliche 3-Monats-EURIBOR ergibt sich aus dem auf drei Nachkommastellen kaufmännisch gerundeten arithmetischen Durchschnitt des an den vier Feststellungstagen eines Kalenderjahres festgestellten 3-Monats-EURIBOR.

Begriffsbestimmungen und Abkürzungsverzeichnis

Emittentin	Emittentin des angebotsgegenständlichen Partizipationskapitals ist die Volksbank-Quadrat Bank AG (VB ²).
ESStG – Einkommensteuergesetz	Bundesgesetz vom 7. Juli 1988 über die Besteuerung des Einkommens natürlicher Personen, BGBl. 1988/400 in der jeweils geltenden Fassung.
EURIBOR (Euro Interbank Offered Rate)	Der EURIBOR ist der Interbankenzinssatz, der für befristete kurzfristige Geldanlagen des Euro-Marktes zwischen europäischen Geschäftsbanken erster Bonität seit 1999 berechnet wird. Es gibt mehrere Zinssätze, die sich in der Laufzeit der Zinsfestschreibung der Geldanlagegeschäfte unterscheiden. Der Zinssatz, der jeweils die Breite des Angebotes im Markt widerspiegeln soll (Referenzzinssatz), wird zu 11.00 AM (MEZ) von Reuters (früher Moneyline Telerate) berechnet und veröffentlicht.
3-Monats-EURIBOR	<p>Der 3-Monats-EURIBOR entspricht dem jeweils am Feststellungstag auf der Reuters Bildschirmseite „EURIBOR“ um 11:00 AM (MEZ) genannten aktuellen 3-Monats-EURIBOR-Satz. Werden mindestens zwei Angebotssätze genannt, so ist der Zinssatz das arithmetische Mittel (falls erforderlich, nach den internationalen Standards gerundet) dieser Angebotssätze, wobei alle Festlegungen durch die VB² erfolgen.</p> <p>Wird lediglich ein Angebotssatz genannt, so ist der Zinssatz dieser Angebotssatz.</p> <p>Für den Fall, dass der Zinssatz nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen ermittelt werden kann, so ist der Zinssatz der am letzten Bankarbeitstag auf der Bildschirmseite angezeigte Angebotssatz.</p>
Feststellungstage	<p>Feststellungstage sind der 31.3., 30.6., 30.9. und 30.12. eines jeden Kalenderjahres. Erster Feststellungstag ist der 30.06.2006. Für die Berechnung des Anteils der Zeichner der angebotsgegenständlichen VB²-PS am Bilanzgewinn der Emittentin zum 31.7.2007 werden davon abweichend nur zwei Feststellungstage (30.6.2006 und 30.9.2006) zur Berechnung des arithmetischen Durchschnitts des 3-Monats-EURIBOR herangezogen.</p> <p>Sollte ein Feststellungstag auf einen Tag fallen, der kein Bankarbeitstag ist, so verschiebt sich der Feststellungstag auf den unmittelbar vorangehenden Bankarbeitstag.</p>

Begriffsbestimmungen und Abkürzungsverzeichnis

Gemeinschaftsfonds – Gemeinschaftsfonds der Gruppe „Kredit“ (Volksbanken- Gemeinschaftsfonds)	Der Gemeinschaftsfonds der Gruppe „Kredit“ ist ein beim Österreichischen Genossenschaftsverband (ÖGV) gebildetes Sondervermögen, das dieser verwaltet. Der Gemeinschaftsfonds hat die Geschäftsanschrift Löwelstraße 14, 1010 Wien. Zweck des Gemeinschaftsfonds ist es, wirtschaftliche Schwierigkeiten bei den Mitgliedern des ÖGV (soweit Gruppe „Kredit“) zu beheben und dadurch die Funktionsfähigkeit derselben zu erhalten und die Interessen ihrer Mitglieder und Gläubiger zu schützen. Auf die Gewährung von Hilfeleistungen besteht kein Rechtsanspruch.
GenRevG – Genossen- schaftsrevisionsgesetz 1997	Genossenschaftsrevisionsgesetz 1997, BGBl. I 1997/127 (Art. I Genossenschaftsrevisionsrechtsänderungsgesetz 1997).
ISIN- Wertpapierkennnummer	International Securities Identification Number der International Organisation for Standardisation (Standard 61660).
KMG – Kapitalmarktgesetz	Bundesgesetz über das öffentliche Anbieten von Wertpapieren und anderen Kapitalveranlagungen und über die Aufhebung des Wertpapier-Emissionsgesetzes (Kapitalmarktgesetz – KMG), BGBl. 1991/625, in der jeweils geltenden Fassung.
KStG – Körperschaftsteuer- gesetz	Bundesgesetz vom 7.Juli 1988 über die Besteuerung des Einkommens von Körperschaften, BGBl 1988/401, in der jeweils geltenden Fassung.
MEZ	Mitteuropäische Zeit.
Mitglieder des ÖGV	Als Mitglieder des ÖGV werden in diesem Prospekt alle ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder der Gruppe „Kredit“ bezeichnet. Dazu zählen insbesondere die Österreichische Volksbanken-AG (ÖVAG) mit ihren Tochterkreditinstituten, die regionalen 59 Volksbanken sowie sieben Hauskreditgenossenschaften.
Mitglieder der Volksbank Gruppe	Ident mit „Mitglieder des ÖGV“.

Begriffsbestimmungen und Abkürzungsverzeichnis

ÖGV – Österreichischer Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch)	Der ÖGV hat die Geschäftsanschrift Löwelstraße 14, 1010 Wien, und ist mit der ZVR 074084342 im Vereinsregister eingetragen. Der ÖGV ist Prüfungsverband, insbesondere der gewerblichen Genossenschaften im Sinne des (GenRevG) sowie im Sinne aller übrigen Gesetze wie insbesondere dem Aktien-, Bankwesen-, Börse- und Kapitalmarktgesetz, in denen Prüfungen von Genossenschaften oder Unternehmungen, an denen solche beteiligt oder die aus solchen hervorgegangen sind, angeordnet werden.
ÖVAG-Konzern	Ident mit ÖVAG mit ihren Tochterkreditinstituten.
ÖVAG – Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft	<p>Die ÖVAG hat die Geschäftsanschrift Peregringasse 3, 1090 Wien, und ist eingetragen im Firmenbuch des Handelsgerichtes Wien zu FN 116476p.</p> <p>Die ÖVAG ist das zentrale Geld- und Kreditinstitut der dem Fachverband der Kreditgenossenschaften nach dem System Schulze-Delitzsch angeschlossenen Kreditunternehmungen, insbesondere der österreichischen Volksbanken (im folgenden „gewerbliche Kreditgenossenschaften“ genannt) und hat als solche insbesondere neben dem Betrieb von Bankgeschäften aller Art im In- und Ausland – mit Ausnahme des Rechtes der Ausgabe von Pfandbriefen und von Kommunalobligationen – folgende Aufgaben:</p> <ol style="list-style-type: none">die ihr zur Verfügung gestellten flüssigen Mittel der gewerblichen Kreditgenossenschaften, vor allem deren Liquiditätsreserven, zu verwalten und anzulegen,den gewerblichen Kreditgenossenschaften Kredite, Kredithilfe und vorübergehende Liquiditätshilfe zu gewähren, ihren Geld- und Geschäftsverkehr untereinander und mit Dritten zu erleichtern,den bargeldlosen Zahlungsverkehr und sonstige bankmäßige Dienstleistungen durchzuführen, zu pflegen, technisch weiterzubilden und dafür zu werben,fundierte Teilschuldverschreibungen auszugeben.
Partizipationskapital	Partizipationskapital im Sinne von § 24 Abs. 4 BWG
Prospekt RL – Prospektrichtlinie	Richtlinie 2003/71/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003
Prospekt VO – Prospektverordnung	Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Kommission vom 29. April 2004 zur Umsetzung der Prospektrichtlinie

Begriffsbestimmungen und Abkürzungsverzeichnis

SDH – SCHULZE-DELITZSCH-HAFTUNGS-GENOSSENSCHAFT registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung	<p>Die SDH hat die Geschäftsanschrift Löwelstraße 14, 1010 Wien, und ist eingetragen im Firmenbuch zu FN 97731y.</p> <p>Gegenstand der SDH ist die Erfüllung der Aufgaben der Einlagensicherung- und Anlegerentschädigung gemäß §§ 93ff BWG und – gemeinsam mit dem ÖGV – die Wahrnehmung der Aufgaben im Rahmen des Früherkennungssystems (§ 61 BWG).</p>
TARGET-System	<p>TARGET steht für Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System und ist das Echtzeit-Bruttozahlungssystem für den Euro. Es setzt sich aus 15 nationalen Echtzeit-Bruttozahlungssystemen (RTGS-Systeme) und dem Zahlungsverkehrsmechanismus der Europäischen Zentralbank (EPM) zusammen.</p>
VB² – Volksbank – Quadrat Bank AG	<p>Die VB² hat die Geschäftsanschrift Löwelstraße 14, 1010 Wien, und ist eingetragen im Firmenbuch des Handelsgerichtes Wien zu FN 162317b.</p>
VB²-PS	<p>Der angebotsgegenständliche, von der Emittentin nach Maßgabe dieses Prospektes öffentlich im Gebiet der Republik Österreich zum Erwerb angebotene Partizipationsschein.</p>
VB Holding – Volksbanken Holding registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung	<p>Die VB Holding hat die Geschäftsanschrift Löwelstraße 14, 1010 Wien, und ist eingetragen im Firmenbuch zu FN 226085d.</p> <p>Zweck dieser Gesellschaft ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen, insbesondere in Form von Aktien, an der ÖVAG, Maßnahmen, die unter Berücksichtigung regionaler und geschäftlicher Aspekte der Stärkung des ÖGV nach dem System Schulze-Delitzsch dienen, Beiträge zur Erhaltung der Genossenschaft als Rechtsform für Banken, Förderung der klein- und mittelständischen Wirtschaft, Vertretung der Interessen der Genossenschafter in Zusammenhang mit deren indirekter Beteiligung an der ÖVAG gegenüber der Öffentlichkeit und Verankerung eines auf Dauer angelegten Systems organisierter Willensbildung in einem zweistufigen Verbund dezentraler Primär-genossenschaften, abgestuft nach regionalen und an den Geschäftsfeldern orientierten Bedürfnissen.</p>

Begriffsbestimmungen und Abkürzungsverzeichnis

VBC – VB Consulting für Anlagemanagement Bank AG	Unter diesem Firmenwortlaut wurde die Emittentin errichtet.
Volksbank(en)	Bei den Volksbanken im Sinne dieses Prospektes handelt es sich – jeweils einzeln oder gemeinsam – um die regionalen Bankaktiengesellschaften und Kreditgenossenschaften Österreichs nach dem System Schulze-Delitzsch und die sieben Hauskreditgenossenschaften, die Mitglieder des ÖGV sind.
Volksbank Gruppe	Ident mit „Mitglieder des ÖGV“.
WAG – Wertpapier-aufsichtsgesetz	Bundesgesetz über die Beaufsichtigung von Wertpapierdienstleistungen (Wertpapieraufsichtsgesetz – WAG), BGBl. 1996/753, in der jeweils geltenden Fassung.

VERZEICHNIS DER IM PROSPEKT HÄUFIG VERWENDETEN ABKÜRZUNGEN

Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AM	bei Zeitangaben: ante meridiem (vormittags)
Art.	Artikel
BAO	Bundesabgabenordnung
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BOG	Back Office Service für Banken Ges.m.b.H.
BWG	Bankwesengesetz
CESR	Committee of European Securities Regulators
CIBP.....	Confédération Internationale des Banques Populaires
CIR.....	Cost Income Ratio
d.h.	das heißt
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen
DepG	Depotgesetz
dzt.	derzeit
EG	Europäische Gemeinschaft
EGT.....	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
EStG	Einkommensteuergesetz
EUR	Abkürzung für Europäische Einheitswährung (Euro)

Begriffsbestimmungen und Abkürzungsverzeichnis

EURIBOR	Euro Interbank Offered Rate
EWR.....	Europäischer Wirtschaftsraum
FMA	Finanzmarktaufsicht
FN	Firmenbuchnummer
geb.	geboren
GenRevG	Genossenschaftsrevisionsgesetz
Ges. m.b.H.	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GoG	Grundsätze ordnungsgemäßer Geschäftsführung
HGB	Handelsgesetzbuch
ISIN	International Securities Identification Number
KMG	Kapitalmarktgesetz
KStG	Körperschaftsteuergesetz
MEZ	Mitteuropäische Zeit
Nr.	Nummer
OeNB	Oesterreichische Nationalbank
ÖGV	Österreichischer Genossenschaftsverband
ÖVAG	Österreichische Volksbanken-AG
reg.Gen.m.b.H	registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
RL	Richtlinie
ROA	Return on Assets
ROE	Return on Equity
SDH	Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft

Begriffsbestimmungen und Abkürzungsverzeichnis

Stv.	Stellvertreter
TEUR	tausend Euro
VB	Volksbank(en)
VB ²	Volksbank-Quadrat Bank AG
VB ² -PS	VB ² -Partizipationsschein
VB-BG	Volksbanken-Beteiligungsgesellschaft m.b.H.
VBC	VB Consulting für Anlagemanagement Bank AG
VO.....	Verordnung
WAG	Wertpapieraufsichtsgesetz
Z.	Ziffer
ZVR	Zentrales Vereinsregister

Begriffsbestimmungen und Abkürzungsverzeichnis

C. ZUSAMMENFASSUNG

C.1. WARNHINWEISE GEM. § 7 ABS. 2 KMG

Diese Zusammenfassung ist ausschließlich als Einleitung zum Prospekt zu verstehen. Jede Anlageentscheidung in Bezug auf die Volksbank Erfolgsanteile (VB²-PS) sollte auf die Prüfung des gesamten Prospekts sowie der Dokumente, auf die im Prospekt verwiesen wird, gestützt werden.

Eine zivilrechtliche Haftung kann nicht aus der Zusammenfassung allein abgeleitet werden, sondern besteht nur in dem Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Kapiteln des Prospektes gelesen wird.

Für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche aufgrund der Prospektangaben geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der EWR-Vertragsstaaten die Kosten für die Übersetzung des Prospektes vor Prozessbeginn zu tragen haben.

Für die inhaltliche Richtigkeit und Vollständigkeit aller in diesem Prospekt gemachten Angaben zeichnet die Emittentin verantwortlich.

Keine Person ist autorisiert, Informationen zu erhalten oder Zusagen abzugeben, die nicht im gegenständlichen Prospekt enthalten sind. Falls solche doch erfolgen, darf niemand darauf vertrauen, dass diese Informationen und Zusagen seitens der Emittentin autorisiert worden sind.

Sämtliche Angaben in diesem Prospekt beziehen sich auf die zum Datum der Unterzeichnung des Prospektes geltenden Verhältnisse, insbesondere auf die zu diesem Zeitpunkt geltende Rechtslage und die vorherrschende Praxis der Rechtsanwendung, die sich jederzeit ändern kann.

Die grundsätzlichen steuerrechtlichen Ausführungen in diesem Prospekt stellen weder eine allgemeine noch eine individuelle steuerliche Beratung des Anlegers dar und können eine solche auch nicht ersetzen. Jedem Anleger wird daher empfohlen, vor einem Kauf der gegenständlichen Partizipationsscheine eine Steuerberatung in Anspruch zu nehmen, um die individuelle steuerliche Situation beurteilen zu lassen.

Zusammenfassung

Die angebotsgegenständlichen Partizipationsscheine werden ausschließlich im Bundesgebiet der Republik Österreich im Rahmen eines öffentlichen Angebots angeboten. Das öffentliche Anbieten, Bewerben, gewerbsmäßige Vermitteln der Wertpapiere oder vergleichbare Maßnahmen des Wertpapiervertriebes dürfen nur in Übereinstimmung mit der Prospektrichtlinie sowie den jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen des Landes erfolgen, in dem diese Maßnahmen beabsichtigt sind (insbesondere etwaige nationale Verkaufsbeschränkungen, gewerberechtliche, konzessionsrechtliche Voraussetzungen etc.).

Außerhalb des EWR wird vor allem auf die in den Vereinigten Staaten von Amerika geltenden Beschränkungen des US Securities Act of 1933 („Securities Act“) hingewiesen. Die Partizipationsscheine sind nicht gemäß Securities Act registriert und dürfen grundsätzlich daher nicht innerhalb der Vereinigten Staaten bzw. an oder für Rechnung von US-Personen angeboten oder verkauft werden.

Der Inhalt dieses Prospektes ist nicht als Beratung in rechtlicher, wirtschaftlicher oder steuerlicher Hinsicht, insbesondere auch nicht als Beratung im Sinne des Wertpapieraufsichtsgesetzes, zu verstehen. Dieser Prospekt geht auch nicht auf die persönlichen Verhältnisse der potentiellen Anleger ein. Der Prospekt ersetzt somit nicht die individuelle Beratung vor der Kaufentscheidung durch eine Hausbank oder andere Berater, wie Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Unternehmensberater oder Rechtsanwälte. Es wird empfohlen, vor der Entscheidung über den Kauf der Partizipationsscheine individuelle Beratung in Anspruch zu nehmen.

C.2. WESENTLICHE ANGABEN

C.2.1. Wesentliche Angaben in Bezug auf die Volksbank-Quadrat Bank AG

Firma: Volksbank-Quadrat Bank AG, im Folgenden die „Emittentin“ oder „VB“

Rechtsform: Aktiengesellschaft nach österreichischem Recht

Geschäftsanschrift: Löwelstraße 14, 1010 Wien

Firmenbuch: eingetragen im Firmenbuch des Handelsgerichtes Wien zu FN 162317b

Zusammenfassung

- Hauptaktionäre:** 100% Volksbanken Holding reg.Gen.m.b.H.
- Organe:** Vorstand, Aufsichtsrat
- Vorstandsmitglieder:** Dr. Rainer Borns, geb. 7.8.1970
DDr. Hans Hofinger, geb. 27.2.1950
- Abschlussprüfer:** KPMG Alpen Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Wien (nunmehr KPMG Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs GmbH, Wien)
- Geschichte:** Die Österreichische Volksbanken-AG (ÖVAG) hatte gemeinsam mit der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank Frankfurt am Main (Zentralinstitut der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken) die VB Consulting für Anlagemanagement Bank AG (VBC) gegründet, die am 19.9.1997 zu FN 162317b in das Firmenbuch eingetragen wurde. Die VBC verfügte zunächst über eine eingeschränkte Bankkonzession für die Wertpapierberatung.
- Nachdem zwischenzeitlich die ÖVAG Alleingesellschafter der VBC geworden war, hat die Volksbank Holding Genossenschaft mit Kaufvertrag vom 14.12.2005 sämtliche Aktien der VBC erworben. Mit Wirkung zum 18.1.2006 wurde der Firmenwortlaut der VBC in Volksbank-Quadrat Bank AG geändert.
- Haupttätigkeit:**
- Produktentwicklung: Entwicklung von Finanzierungs-instrumenten zur Eigenkapitalausstattung und Durchführung der Akquisition von Partizipationskapital von Mitgliedern des ÖGV (Investmentmöglichkeit für VB²).
 - Produktvertrieb: Koordination des Vertriebs des VB²-PS über die Strukturen und Kapazitäten der Mitglieder des ÖGV.

Zusammenfassung

Märkte: Der wichtigste Markt der Emittentin ist Österreich.

Jahresabschluss zum 31.12.2005 in TEUR:	Bilanzsumme:	6.943
	Wertpapiere:	5.235
	Forderungen an Kreditinstitute:	1.706
	Erträge aus Provisions- und Dienstleistungsgeschäften:	2.911
	Erträge aus Veranlagungsgeschäften:	249
	Sonstige betriebliche Erträge:	296
	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit:	1.533
	Jahresüberschuss:	1.208
	Eigenmittel:	5.673

Quelle: Jahresabschluss der VBC zum 31.12.2005.

Kapitalausstattung: Die Emittentin weist ein Grundkapital in Höhe von EUR 5.086.900,-- auf, das zur Gänze aufgebracht ist. Das Grundkapital der Emittentin ist in 5.086.900 Stück Aktien eingeteilt.

Gründe für das Angebot/Verwendung der Erlöse: Die von der VB² aus der Emission der VB²-PS erzielten Mittel werden bei den Mitgliedern des ÖGV in Form von Partizipationskapital veranlagt.

Wichtige Ereignisse: Die Emittentin (damals firmierend unter VBC) hat ihre ursprüngliche Geschäftstätigkeit per 1.10.2005 eingestellt. Seit diesem Zeitpunkt werden bestehende liquide Mittel am Geldmarkt veranlagt und die neue Geschäftstätigkeit, das Emissionsgeschäft, vorbereitet.

Mit Beschluss vom 14.12.2005 wurde bei der Emittentin beschlos-

Zusammenfassung

sen, dass die Geschäftsjahre der Emittentin nicht mehr wie bisher am 31.12. eines Jahres, sondern am 31.7. eines jeden Jahres enden. Bei dem am 1.1.2006 begonnenen Geschäftsjahr der Emittentin handelt es sich somit um ein am 31.7.2006 endendes Rumpfgeschäftsjahr. Die weiteren Geschäftsjahre der Emittentin beginnen jeweils mit dem 1.8. eines jeden Jahres. Da das am 31.7.2006 endende Rumpfgeschäftsjahr der Emittentin nicht abgeschlossen ist, liegt lediglich eine Rohbilanz (ungeprüft) zum 31.3.2006 vor.

Einsehbare Dokumente: Die historischen Finanzinformationen der beiden letzten Geschäftsjahre können auf der Internetseite der Emittentin (www.volksbank-quadrat.at) eingesehen werden.

Die Satzung der Emittentin kann im Firmenbuch des Handelsgerichtes Wien zu FN 162317b in Papierform eingesehen werden.

C.2.2. Wesentliche Angaben über das Wertpapier

Art der Emission: Partizipationskapital (Partizipationsscheine)

Volumen: bis zu EUR 130.000.000,-- Nominale mit Aufstockungsmöglichkeit

Stückelung: EUR 100,-- Nominale pro Partizipationsschein

Mindestzeichnung: Partizipationsscheine von EUR 500,-- Gesamtnominale

Zeichnungsbeginn: ab 29.5.2006 als Daueremission

Erstvaluta: 17.7.2006

Zusammenfassung

Laufzeit:	unbefristet, auf Dauer der Emittentin
Ausgabekurs:	EUR 102,50 (einschließlich 2,5% Ausgabeaufschlags) pro Stück
Kupontermin:	jährlich nach der ordentlichen Hauptversammlung der Emittentin, spätestens 31.10. für das jeweils vorangegangene Geschäftsjahr der Emittentin. Erstmals spätestens am 31.10.2007.
Gewinnanteil auf das Nominale :	<p>Durchschnittlicher 3-Monats-EURIBOR eines Kalenderjahres zuzüglich 130 Basispunkte, berechnet nach dem jeweiligen 3-Monats-EURIBOR zu den Feststellungstagen (Berechnungsmodus: Der Monat zu 30 und das Jahr zu 360 Tagen). Erstmalige Beteiligung am Bilanzgewinn der Emittentin zum 31.7.2007 berechnet nach dem durchschnittlichen 3-Monats-EURIBOR zum 30.6.2006 und zum 30.9.2006 zuzüglich 130 Basispunkten.</p> <p>Partizipationsscheine der VB² verbriefen einen Anspruch auf gewinnabhängige Erträge. Als Gewinn ist der Bilanzgewinn eines Geschäftsjahres der Emittentin anzusehen. Die Partizipanten erhalten auf Grund eines entsprechenden Hauptversammlungsbeschlusses einen gegenüber den Aktionären vorzugsweisen Anteil am Bilanzgewinn der Emittentin, jedoch höchstens im Ausmaß des durchschnittlichen 3-Monats-EURIBOR des Kalenderjahres, das dem Kalenderjahr unmittelbar vorangegangen ist, in dem das jeweilige Geschäftsjahre der Emittentin endet, zuzüglich 130 Basispunkten, soweit dieser im Bilanzgewinn der Emittentin des jeweiligen Geschäftsjahres Deckung findet. Die Partizipanten haben keinen Anspruch darauf, dass nicht ausgezahlte Gewinnanteile oder nicht erzielte Ausschüttungen auf das Partizipationskapital in späteren Geschäftsjahren nachgezahlt werden. Erstmals sind die Anleger am Bilanzgewinn der Emittentin zum 31.7.2007 beteiligt; der Bilanzgewinn der Emittentin zum 31.7.2006 steht ausschließ-</p>

Zusammenfassung

lich dem Aktionär der Emittentin zu.

- Beteiligung an Rücklagen:** Im Falle der Liquidation, der Einziehung und der Kapitalherabsetzung werden die Partizipanten ausschließlich an den zukünftigen, nach dem 31.7.2006 angewachsenen Rücklagen, stillen Rücklagen und Firmenwert im Verhältnis des rechnerischen Betrages des Partizipationskapitals zum Aktienkapital beteiligt, darüber hinaus bestehen keinerlei Ansprüche.
- Kündigung:** Die Kündigung der VB²-PS ist grundsätzlich beiderseits ausgeschlossen. Allerdings kann das Partizipationskapital von der Emittentin unter analoger Anwendung der aktienrechtlichen Kapitalherabsetzungsvorschriften herabgesetzt oder gemäß den Bestimmungen des § 102a BWG eingezogen werden.
- Währung:** EUR
- Zahlstelle:** Zahlstelle ist die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft, Peregringasse 3, 1090 Wien.
- Börseeinführung:** Der Antrag auf Zulassung der VB²-PS zum Handel an der Wiener Börse ist nicht beabsichtigt.
- ISIN:** AT0000A015R4
- Rechtsordnung:** Österreichisches Recht.
- Angebot mit Aufstockungsmöglichkeit:** Die VB² emittiert bis zu 1.300.000 Partizipationsscheine im Nominale von jeweils EUR 100,-- auf Grundlage des § 23 Abs. 4 BWG bis zu einem Volumen von EUR 130.000.000,--, mit einer Aufstockungsmöglichkeit um ein Partizipationskapital von bis zu weiteren EUR 120.000.000,-- durch Begebung von

Zusammenfassung

bis zu weiteren 1.200.000 Partizipationsscheinen im Nominale von jeweils EUR 100,-. Die gezeichneten Partizipationsscheine werden in einer Sammelurkunde verbrieft. Die angebotsgegenständlichen Partizipationsscheine werden als Daueremission begeben.

Plan für den Vertrieb der Wertpapiere:

Die angebotsgegenständlichen VB²-PS werden ausschließlich den Mitgliedern (Genossenschaf tern) und Kunden der Mitglieder des ÖGV zur Zeichnung angeboten. Sofern die VB²-PS nicht vollständig gezeichnet werden, behält sich VB² vor, den verbleibenden Rest bei ausgewählten institutionellen Investoren zu platzieren.

Das Angebot ist auf Österreich beschränkt; ein Angebot außerhalb der Republik Österreich ist nicht vorgesehen.

Die Emittentin beabsichtigt, dasselbe Nominale, das die einzelnen Mitglieder des ÖGV an VB²-PS an ihre Kunden vertreiben, selbst in Form von Partizipationskapital in das jeweilige Mitglied des ÖGV zu investieren.

Märkte und Zulassung zum Handel:

Das Angebot ist auf Österreich beschränkt; ein Angebot außerhalb der Republik Österreich ist nicht vorgesehen.

Die Emittentin beabsichtigt derzeit nicht, eine Zulassung der VB²-PS zum Handel an der Wiener Börse zu beantragen.

Wertpapierinhaber, die ihre Papiere veräußern:

Da die VB²-PS im Rahmen einer Neuemission begeben werden, bestehen bis zur Zuteilung der VB²-PS keine Verkaufspositionen.

Zusammenfassung

Emissionskosten in EUR: Die Kosten¹ der Daueremission stellen sich wie folgt dar:

Beratung (Prospektanwalt, Wirtschaftsprüfer):	60.000
Kosten der Prospekterstellung:	308.000
FMA (inkl. Notifikation BaFin):	850
Gesellschaftsteuer:	1.300.000
Werbung, Kosten des Vertriebs:	1.450.000
Total:	3.118.850

Quelle: Businessplan zur Beantragung einer Vollbanklizenz.

Die Kosten werden durch den Ausgabeaufschlag iHv 2,5% auf das Nominale des gezeichneten VB²-PS gedeckt. Die Emissionskosten stehen in ihrer endgültigen Höhe noch nicht sicher fest, obige Angaben stellen eine vorläufige Schätzung dar. Bei einer Ausübung der Aufstockungsmöglichkeit steigen die Kosten maximal proportional entsprechend dem höheren Emissionsvolumen.

¹ Bei Emission von bis zu EUR 130.000.000,-- Nominale ohne Realisierung der Aufstockungsmöglichkeit.

Zusammenfassung

D. RISIKOFAKTOREN

D.1. ALLGEMEINES

Die nachfolgende Aufzählung von Risikofaktoren erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ausführliche Darstellung aller Risiken, die mit einer Veranlagung in Partizipationskapital im Allgemeinen sowie mit einer Zeichnung der VB²-PS im Speziellen verbunden sind. Die Reihenfolge der angeführten Risikofaktoren stellt weder eine Aussage über das Ausmaß ihrer jeweils möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen im Falle ihrer Realisierung noch über die Realisierungswahrscheinlichkeit der dargestellten Risiken dar. Eine Veranlagung in Form der VB²-PS kann zusätzlichen oder anderen Risikofaktoren, als in diesem Prospekt beschrieben, unterworfen sein. Zu berücksichtigen ist weiters, dass die nachfolgend beschriebenen oder auch weitere Risikofaktoren kumulativ vorliegen können und sich dadurch verstärken können. Die VB²-PS sollten nur von Anlegern gezeichnet werden, die das Risiko des Totalverlustes des von ihnen eingesetzten Kapitals einschließlich der aufgewendeten Transaktionskosten sowie allfälliger Finanzierungskosten tragen können. Dieser Prospekt stellt keine Beratung, insbesondere nicht in steuerlicher, rechtlicher oder wirtschaftlicher Hinsicht und auch nicht im Sinne des WAG dar, und kann solche Beratungen daher auch nicht ersetzen. Die Anleger sollten bei ihrer Anlageentscheidung ihre persönlichen Bedürfnisse und wirtschaftlichen Umstände vor dem Hintergrund berücksichtigen, dass ein Totalverlust des von ihnen eingesetzten Kapitals möglich ist. Potenziellen Anlegern wird geraten, vor einer Veranlagung den gesamten Prospekt (einschließlich der Angaben in dem jeweiligen endgültigen „Konditionen Überblick“) zu lesen und individuelle Beratung, insbesondere durch Steuerberater, Rechtsanwälte, Anlageberater oder Unternehmensberater oder die Hausbank in Anspruch zu nehmen.

D.2. RISIKOFAKTOREN DER EMITTENTIN

D.2.1. Geschäftsverlauf der Emittentin

Zum größten Teil stammen die Erträge der VB² aus gezeichnetem Partizipationskapital bei Mitgliedern des ÖGV. Ansprüche aus dem von der Emittentin veranlagten Partizipationskapital werden aus dem Bilanzgewinn dieser Mitglieder bedient. Die Erträge der VB² sind daher zunächst von den Erträgen aus den Veranlagungen in Mitglieder des ÖGV in Form von Partizipationskapital abhängig. Auf der Ebene der Emittentin besteht aber auch das allgemeine Unternehmensrisiko, dass die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, aus

Risikofaktoren

welchen Gründen auch immer, bei der Emittentin nicht zu der Erzielung eines solchen Bilanzgewinns ausreicht, der erforderlich ist, um die Ansprüche der Zeichner des VB²-PS teilweise oder zur Gänze zu befriedigen bzw. den Anlegern die in Aussicht gestellte Ausschüttung in der Höhe des durchschnittlichen 3-Monats-EURIBOR zuzüglich 130 Basispunkten zu gewähren. Dieses Risiko liegt bei der Emittentin insoweit verstärkt vor, als die Emittentin bis auf die angebotsgegenständliche Emission operativ derzeit keine andere Geschäftstätigkeit ausübt, in Zukunft jedoch weitere Geschäftstätigkeiten ausüben wird. Aus dieser zukünftigen Geschäftstätigkeit können Haftungen resultieren, die zu einer Verminderung des Bilanzgewinns der Emittentin führen.

Ferner ist nicht ausgeschlossen, dass die Emittentin in Zukunft Fremdkapital aufnimmt, das samt Zinsen rückgeführt wird und so gleichfalls den Bilanzgewinn der Emittentin schmälert. Diesbezüglich wird insbesondere darauf hingewiesen, dass sich die Emittentin vorbehalten hat, VB²-PS allenfalls auch unter Aufnahme von Fremdmitteln zurück zu erwerben.

Steigen die Geldmarktzinsen und steigt damit auch der Anspruch der Zeichner des VB²-PS, besteht die Gefahr, dass die Emittentin die Ansprüche der Zeichner des VB²-PS nicht decken kann, weil ihr Bilanzgewinn dazu nicht oder nicht zur Gänze ausreicht. Dies kann insbesondere dann der Fall sein, wenn durch die steigenden Geldmarktzinsen der dadurch höhere Anspruch der Emittentin aus ihrer Veranlagung in Form von Partizipationskapital in Mitglieder des ÖGV aus dem Bilanzgewinn der betreffenden Mitglieder des ÖGV nicht befriedigt werden kann.

Für den Fall, dass einzelne Mitglieder des ÖGV, aus welchen Gründen auch immer, keinen oder einen geringeren Anteil am Bilanzgewinn als den durchschnittlichen 3-Monats-EURIBOR zuzüglich 130 Basispunkten ihres jeweiligen Geschäftsjahrs an die Emittentin auszahlen, geben weder VB², noch der ÖGV, weitere Mitglieder des ÖGV untereinander oder gegenseitig, noch sonst eine zum Verbund der Volksbanken gehörende Einrichtung, und auch kein Dritter irgendeine Garantie oder Verpflichtung ab.

Sofern der Bilanzgewinn der VB², aus welchem Grund auch immer, nicht ausreicht, um die Ansprüche der Zeichner des VB²-PS zu decken, erhalten die Zeichner keine oder weniger Gewinnanteile auf das von ihnen gezeichnete Partizipationskapital; es besteht keine Verpflichtung der Emittentin, in einem Geschäftsjahr nicht befriedigte Ansprüche der Zeichner des VB²-PS in Folgejahren zu zahlen (keine „Dividendennachzahlung“).

Festgehalten wird, dass die Anleger erstmals am Bilanzgewinn der Emittentin zum 31.7.2007 beteiligt sind. In den Bilanzgewinn der Emittentin zum 31.7.2007 können jedoch nur jene

Risikofaktoren

Mittel Eingang finden, die die jeweiligen Mitglieder des ÖGV, in die die Emittentin Partizipationskapital veranlagt, bis zum 31.7.2007 ausgezahlt haben. Da jedoch die Mitglieder des ÖGV, in die die Emittentin Partizipationskapital veranlagt, einen Regelbilanzstichtag (31.12.) aufweisen und die Emittentin erst ab 18.7.2006 Partizipationskapital in die einzelnen Mitglieder des ÖGV veranlagt, fließen in den Bilanzgewinn der Emittentin zum 31.7.2007 die der Emittentin aufgrund des von ihr in die Mitglieder des ÖGV veranlagten Partizipationskapitals zustehenden Gewinnanteile bloß zeitanteilig für die Zeit vom 18.7.2006 bis 31.12.2006 ein. Die Ausschüttung für die Anleger für die Zeit bis 31.7.2007 liegt daher schon planmäßig deutlich unter dem durchschnittlichen 3-Monats-EURIBOR zuzüglich 130 Basispunkten.

D.2.2. Bonitätsrisiko

Eigenkapital und somit auch unter dem VB²-PS gezeichnetes Partizipationskapital sind durch die Einlagensicherung Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft (SDH) nicht gesichert.

Zwar ist die Emittentin Mitglied beim Gemeinschaftsfonds der Gruppe „Kredit“, der den Zweck hat, wirtschaftliche Schwierigkeiten bei Banken, die dem Gemeinschaftsfonds angehören, zu beheben und dadurch die Funktionsfähigkeit dieser Banken zu erhalten und die Interessen ihrer Mitglieder und Gläubiger zu schützen. Allerdings besteht auf die Gewährung dieser Hilfen kein Rechtsanspruch. Es besteht somit das Risiko, dass sowohl die Emittentin als auch die Mitglieder des ÖGV, in die die Emittentin Partizipationskapital investiert, insolvent werden, und dadurch die von den Zeichnern des VB²-PS nach den Emissionsbedingungen erwartete Ausschüttung nicht oder nicht in dieser Höhe erzielt werden kann oder das von den Anlegern eingesetzte Kapital zur Gänze verloren geht.

D.2.3. Veranlagungsentscheidung durch die VB²

Die VB² wird jene Mitglieder, in die sie die aus der Emission der VB²-PS erzielten Mittel in Form von Partizipationskapital veranlagen wird, keiner externen Prüfung unterziehen und die Veranlagungsentscheidung sowohl hinsichtlich der Frage, in welche Mitglieder des ÖGV Partizipationskapital investiert wird, als auch hinsichtlich der Frage, wie viel Partizipationskapital in welches Mitglied des ÖGV veranlagt wird, nach ihrer eigenen Disposition treffen. Insbesondere wird die Emittentin daher ihre Mittel in Mitglieder des ÖGV investieren, die über unterschiedlichste Bonität und unterschiedlichste Vermögens-, Finanz- und Ertragslagen verfügen und bei denen daher das Risiko, keine Gewinnanteile und Ausschüttungen

Risikofaktoren

auf das von der Emittentin veranlagte Partizipationskapital zu erhalten oder dieses teilweise oder zur Gänze zu verlieren, unterschiedlich hoch ist und nicht ausgeschlossen werden kann.

D.2.4. Operationales Risiko

VB² managt die Beteiligungen in Form von Partizipationskapital an den Mitgliedern des ÖGV selbst. Die Emittentin ist jedoch rechtlich nicht in der Lage, auf das operative Geschäft und die strategische Positionierung jener Mitglieder des ÖGV, in die sie in Form von Partizipationskapital investiert, Einfluss zu nehmen. Durch die Zeichnung des VB²-PS beteiligt sich der Anleger somit mittelbar an den bei den einzelnen Mitgliedern des ÖGV, in die die Emittentin Partizipationskapital investiert, bestehenden wirtschaftlichen Risiken, ohne dass die Emittentin auf diese Mitglieder des ÖGV Einfluss nehmen kann.

D.2.5. Marktrisiko

Im österreichischen Bankensektor herrscht bereits heute intensiver Wettbewerb. So weist Österreich im Vergleich zu anderen Staaten eine überdurchschnittliche Bankendichte, vor allem aber eine extrem hohe Bankstellendichte (etwa 1.500 Einwohner pro Bankstelle), auf. Der Wettbewerb kann dazu führen, dass die Mitglieder des ÖGV, in die die Emittentin Partizipationskapital investiert, jenen Bilanzgewinn nicht erzielen, der erforderlich ist, um das von der Emittentin in die Mitglieder des ÖGV investierte Partizipationskapital entsprechend zu bedienen, was dazu führen könnte, dass auch die Emittentin die Ansprüche der Zeichner des VB²-PS nicht erfüllen und die nach den Emissionsbedingungen in Aussicht gestellte jährliche Ausschüttung in der Höhe des durchschnittlichen 3-Monats-EURIBOR zuzüglich 130 Basispunkten auf das unter dem VB²-PS gezeichnete Partizipationskapital nicht gewährt werden kann.

D.2.6. Abhängigkeit von Dritten

VB² hat die im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit durchzuführenden Tätigkeiten ausgelagert und bedient sich zur Erfüllung von Absicherungsgeschäften und möglicher weiterer Aufgaben Dritter. Die Leistungen Dritter werden zum größten Teil von Unternehmen der Volksbank Gruppe bezogen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass in Zukunft die ausgelagerten

Risikofaktoren

Tätigkeiten nur zu höheren Kosten als bisher erbracht werden können oder die Emittentin für nicht auslagerbare Tätigkeiten eigene Mitarbeiter beschäftigen muss.

D.2.7. Wirtschaftliches Umfeld – Rückläufige Finanzmärkte

Die Emittentin ist derzeit in Österreich tätig, schließt aber eine Geschäftstätigkeit in der EU und Drittländern prinzipiell nicht aus. Das wirtschaftliche Umfeld (z.B. Arbeitslosigkeit, Inflation, Investitionsfreudigkeit und Wirtschaftswachstum) in Österreich und in anderen Staaten sowie die Entwicklung der Weltwirtschaft beeinflussen wesentlich die Nachfrage nach den von der Emittentin entwickelten und angebotenen Dienstleistungen und Finanzprodukten. Verschiedenste Faktoren, etwa anhaltende Terrorgefahr oder hohe Rohölpreise können zu einem geringen Wachstum und unter Umständen sogar zu rückläufigen Finanzmärkten führen. Auch die Entwicklung der Inflation sowie der Geldmarktzinsen können sich negativ auf die Emittentin, die Mitglieder des ÖGV, in die die Emittentin in Form von Partizipationskapital investiert sowie auf die von den Inhabern des VB²-PS erzielbare Ausschüttung auswirken. Negative Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds wirken sich unmittelbar negativ auf den wirtschaftlichen Verlauf der Emittentin aus. Negative Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds wirken sich aber zudem auch mittelbar negativ auf die Emittentin aus, weil ihre wirtschaftliche Entwicklung ganz wesentlich von der wirtschaftlichen Entwicklung der Mitglieder des ÖGV abhängt, da die VB² eigenmittelwirksame Veranlagungen (Partizipationskapital) bei einzelnen Mitgliedern des ÖGV tätigt.

D.2.8. Gruppenrisiko

Aufgrund des innerhalb der Volksbank Gruppe bestehenden Solidaritätsprinzips besteht zudem das Risiko, dass sich wirtschaftliche Schwierigkeiten eines Mitglieds des ÖGV auf einzelne oder alle anderen Mitglieder des ÖGV negativ auswirken. Auch das einheitliche Auftreten der Volksbank Gruppe auf dem Markt und die Wahrnehmung des einzelnen Mitglieds des ÖGV als Teil der Volksbank Gruppe können dazu führen, dass negative Entwicklungen, welcher Art auch immer, bei einem Mitglied des ÖGV alle anderen Mitglieder des ÖGV wirtschaftlich negativ beeinflussen. Auf die möglichen Interessenkollisionen aufgrund von Doppelfunktionen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der Emittentin in anderen Unternehmen und Einrichtungen der Volksbank Gruppe wird verwiesen.

Risikofaktoren

Da die Mitglieder des ÖGV als einheitliche Gruppe (Volksbank Gruppe) auftreten und die Volksbank Gruppe von einem System der wechselseitigen Solidarität zwischen ihren Mitgliedern geprägt ist, besteht das Risiko, dass sich negative wirtschaftliche Entwicklungen bei einem oder mehreren Mitgliedern des ÖGV auf sämtliche Mitglieder des ÖGV und damit auch auf die gesamte Volksbank Gruppe negativ auswirken. Insoweit besteht durch den Umstand, dass die Emittentin das über die Emission des VB²-PS eingeworbene Kapital ausschließlich in Mitglieder des ÖGV und damit die Volksbank Gruppe in Form von Partizipationskapital investiert, ein Gruppenrisiko.

D.2.9. Risiko aus der Vorgesellschaft

Hinsichtlich Haftungen aus der Geschäftstätigkeit der Emittentin (noch unter VBC firmierend) vor dem 14.12.2005 (Erwerb durch VB Holding) hat die ÖVAG eine Schad- und Klagloserklärung abgegeben. Sollten Haftungen der Emittentin auftreten, die aus einer Zeit vor dem 14.12.2005 stammen, haftet die ÖVAG, wobei das Risiko nicht zur Gänze ausgeschlossen werden kann, dass die ÖVAG ihrer Schad- und Klagloserklärung nicht nachkommt oder nicht nachkommen kann. Das Eintreten eines allfälligen Haftungsfalls und die Bedienung der Haftung durch die ÖVAG könnte dazu führen, dass der Bilanzgewinn der ÖVAG nicht ausreicht, um der Emittentin die auf das von ihr in die ÖVAG investierte Partizipationskapital in Aussicht gestellte Ausschüttung in der Höhe des durchschnittlichen 3-Monats-EURIBOR zuzüglich 130 Basispunkten pro Geschäftsjahr zu gewähren, woraus wiederum das Risiko einer verminderten Ausschüttung für die Inhaber des VB²-PS resultieren würde. Ferner kann für die Zeit nach dem 14.12.2005 nicht zur Gänze ausgeschlossen werden, dass Haftungen der Emittentin bestehen, für die ausschließlich das Vermögen der Emittentin zur Haftung und Befriedigung herangezogen werden kann.

D.2.10. Regulatorisches Risiko

Die Tätigkeit der Emittentin unterliegt in den Staaten, in denen sie tätig ist oder in Zukunft tätig werden will, den jeweiligen nationalen und internationalen Gesetzen und Verträgen sowie der Aufsicht der jeweiligen nationalen Aufsichtsbehörden. Sowohl die Gesetzgebung als auch die Gerichts- und Verwaltungspraxis in diesen Staaten kann sich zulasten der Emittentin ändern und diese in ihrer Geschäftsausübung und Geschäftsentwicklung nachhaltig beeinträchtigen.

Risikofaktoren

D.2.11. Interessenkollision und Doppelfunktionen

Die Mitglieder des Vorstands sowie des Aufsichtsrats der Emittentin haben innerhalb der Volksbank Gruppe zahlreiche weitere Funktionen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich aus Doppelfunktionen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der Emittentin in anderen Organisationen, Unternehmen oder Einrichtungen der Volksbank Gruppe Interessenkonflikte ergeben, die zu Entscheidungen führen, die nicht im Interesse der Emittentin und damit der Zeichner der VB²-PS liegen.

D.3. RISIKOFAKTOREN DER WERTPAPIERE

D.3.1. Totalverlust

Da nach dem Veranlagungskonzept die für die Befriedigung der Ansprüche der Zeichner der VB²-PS erforderlichen Mittel der Emittentin aus der Veranlagung der Emittentin in Mitglieder des ÖGV in Form von Partizipationskapital resultieren, trägt der Anleger mittelbar auch das Risiko einer nachteiligen Veränderung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie einer Verschlechterung des Geschäftsverlaufes der Mitglieder des ÖGV, in die die Emittentin in Form von Partizipationskapital investiert. Da für das von der Emittentin in die einzelnen Mitglieder des ÖGV investierte Partizipationskapital ein Totalverlust möglich ist, besteht auch deshalb, weil dann entsprechende Erträge, die die Emittentin zur Befriedigung der Ansprüche der Zeichner des VB²-PS heranziehen könnte, fehlen, das Risiko des Totalverlusts des von den Zeichnern des VB²-PS eingesetzten Kapitals. Dies gilt umso mehr, als die Emittentin in Mitglieder des ÖGV in Form von Partizipationskapital investieren wird, die eine unterschiedliche Bonität und eine unterschiedliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aufweisen, und die Emittentin die Investitionsentscheidung aufgrund ihrer eigenen Beurteilung vornimmt, ohne eine vorangehende Prüfung durch externe Dritte durchführen zu lassen.

D.3.2. Risiko der Veranlagungsentscheidung

Die Entscheidung der potenziellen Anleger, die VB²-PS zu zeichnen, sollte sich – unter Berücksichtigung des möglichen Totalverlustes des eingesetzten Kapitals – an den Lebens- und Einkommensverhältnissen, den Anlageerwartungen und der langfristigen Bindung des eingesetzten Kapitals orientieren. Die Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, ob das gewählte Produkt ihre Bedürfnisse abdeckt. Sie sollten sich auch im Klaren sein, dass ein In

Risikofaktoren

vestment in das angebotsgegenständliche Partizipationskapital zu einem Totalverlust des Kapitals und zum gänzlichen oder teilweisen Ausfall der erwarteten Erträge führen kann. Insbesondere stellt der von der Emittentin festgestellte Kurs kein Indiz dafür dar, dass der Anleger den VB²-PS tatsächlich verkaufen oder tatsächlich zu dem jeweils festgestellten Kurs verkaufen kann. In der Regel besteht ein Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Geldmarktzinsen und der Inflation dahingehend, dass bei steigender Inflation auch die Geldmarktzinsen steigen. Eine solche Korrelation ist jedoch nicht zwingend gegeben, sodass sich die Inflation in einem stärkeren Ausmaß nach oben entwickeln kann, als die Geldmarktzinsen, wodurch die Ausschüttung auf das vom Anleger eingesetzte Partizipationskapital durch die Inflationsentwicklung verstärkt entwertet würde.

D.3.3. Steuern

Die konkrete Steuerrechtslage (Gesetze, Verwaltungspraxis der Abgabenbehörden sowie Judikatur) kann maßgeblich den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung der Emittentin sowie jener Mitglieder des ÖGV beeinflussen, in die die Emittentin Partizipationskapital veranlagt. Änderungen der Steuerrechtslage können sich daher sowohl auf der Ebene der Emittentin als auch auf der Ebene der Mitglieder des ÖGV, in die die Emittentin Partizipationskapital investiert, negativ auswirken und damit auch negativ den wirtschaftlichen Wert des VB²-PS sowie die von den Anlegern erzielten Ausschüttungen auf das mit der Zeichnung des VB²-PS investierte Kapital negativ beeinflussen.

Die Höhe der Ausschüttung nach Steuern hängt maßgeblich von der individuellen steuerrechtlichen Situation des Anlegers ab. Die diesbezüglichen Ausführungen im Prospekt basieren auf der derzeit gültigen Rechtslage und Verwaltungspraxis der Abgabenbehörden. Zukünftige Änderungen durch den Gesetzgeber, die Abgabenbehörden oder höchstrichterliche Entscheidungen können die dargestellte steuerliche Behandlung negativ beeinflussen oder verändern. Die grundsätzlichen steuerrechtlichen Ausführungen in diesem Prospekt stellen weder eine allgemeine noch eine individuelle steuerliche Beratung dar und können eine solche auch nicht ersetzen. Es wird empfohlen, vor der Zeichnung des VB²-PS eine Steuerberatung in Anspruch zu nehmen.

Risikofaktoren

D.3.4. Kein liquider Sekundärmarkt – kein Börsehandel

Eine Börseneinführung ist nicht vorgesehen; bezüglich eines Rückkaufs der VB²-PS in einem vorab definierten Ausmaß und bezüglich einer Sekundärmarktbetreuung durch Mitglieder des ÖGV besteht keine verbindliche Zusage; es besteht daher das Risiko, dass der VB²-PS nicht oder nur zu einem Wert verkauft werden kann, der unter dem Betrag des vom Anleger im Zusammenhang mit der Zeichnung des VB²-PS eingesetzten Kapitals liegt. Insbesondere dürfen die Anleger nicht darauf vertrauen, den VB²-PS zu einem bestimmten Zeitpunkt zu einem bestimmten Wert verkaufen zu können.

D.3.5. Preisrisiko

Der Emissionspreis des VB²-PS ist kein Indiz für die zukünftige Wertentwicklung des VB²-PS. Insbesondere verwiesen wird auf das Risiko, dass der VB²-PS zu einem späteren Zeitpunkt nicht oder nur zu einem Preis, der unter dem eingesetzten Kapital liegt, verkauft werden kann.

D.3.6. Langfristige Bindung

Das von den Anlegern mit dem VB²-PS gezeichnete Partizipationskapital ist vom Anleger nicht kündbar und besteht auf die Dauer des Unternehmens der Emittentin. Für den Anleger besteht damit jedenfalls das Risiko, für eine grundsätzlich unbefristete Dauer das von ihm eingesetzte Kapital gebunden zu haben und an der Emittentin und ihrem ungewissen, möglicherweise auch negativen wirtschaftlichen Verlauf auf Dauer beteiligt zu sein. Daraus resultiert für den Anleger insbesondere auch das Risiko, im Hinblick auf das von ihm in Form des VB²-PS investierte Kapital alternative Veranlagungen, die für den Anleger möglicherweise günstiger wären, nicht tätigen zu können, und das von ihm eingesetzte Kapital, für welche Zwecke auch immer, nicht auf seinen Wunsch zurück zu erhalten.

D.3.7. Währungsrisiko

Da der VB²-PS in EUR begeben wird und auch der auf das Partizipationskapital allenfalls entfallende Gewinnanteil in EUR berechnet und ausbezahlt wird, besteht für Anleger, die über ein Erwerbseinkommen oder Vermögen in einer anderen Währung als EUR verfügen oder die die Erträge aus der Veranlagung nicht in EUR benötigen, ein Währungsrisiko.

Risikofaktoren

D.3.8. Wiederveranlagungsrisiko

Für den Anleger besteht das Risiko, dass er die Erträge aus dem VB²-PS nicht zu denselben oder günstigeren Bedingungen wieder veranlagen kann wie das unter dem VB²-PS veranlagte Kapital.

D.3.9. Kauf auf Kredit

Anleger, die den Erwerb von VB²-PS über Fremdmittel finanzieren, werden darauf hingewiesen, dass die laufenden Ausschüttungen auf die Partizipationsscheine auch auf Dauer ausbleiben oder unter dem Zinssatz des aufgenommen Kredites liegen können.

Auch der Totalverlust des eingesetzten Kapitals ist möglich. Anleger können sich daher nicht darauf verlassen, dass Kreditverbindlichkeiten (samt Zinsen) mit Erträgen aus dem VB²-PS oder aus dem Verkaufserlös der Partizipationsscheine rückgeführt werden können. Dadurch erhöht sich das Verlustrisiko erheblich. Von kreditfinanzierten Ankäufen der VB²-PS ist grundsätzlich abzuraten.

D.3.10. Keine Sicherungseinrichtung

Die durch den VB²-PS verbrieften Ansprüche und Forderungen sind nicht im Rahmen einer gesetzlichen Sicherungseinrichtung (Einlagensicherung bzw. Anlegerentschädigung) gesichert.

D.3.11. Transaktionskosten / Spesen

Beim Kauf, durch die Verwahrung und beim Verkauf der VB²-PS können Provisionen, Gebühren und andere Transaktionskosten anfallen, die zu einer erheblichen Kostenbelastung führen und insbesondere bei kleinen Auftragswerten überdurchschnittlich hoch sein können. Durch die Kostenbelastung können die Ertragschancen erheblich vermindert werden. Anleger werden aufgefordert, sich vor dem Kauf oder Verkauf von Partizipationsscheinen über die konkrete Kostenbelastung zu informieren.

E. EMITTENTENANGABEN

Die unter diesem Abschnitt aufgenommenen Angaben über die Emittentin entsprechen den inhaltlichen Erfordernissen gemäß der Richtlinie 2003/71/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 (i.e. „Prospekt RL“) in Verbindung mit den Mindestangaben für das Registrierungsformular für Aktien gemäß Anlage I der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Kommission vom 29. April 2004 zur Umsetzung der Prospektrichtlinie (i.e. „ProspektVO“).

E.1. VERANTWORTLICHE PERSONEN

E.1.1. Personen, die für die im Prospekt gemachten Angaben verantwortlich sind

Die Volksbank-Quadrat Bank AG mit Sitz in Wien, („Emittentin“ oder „VB²“), ist für die im Prospekt gemachten Angaben gemäß Artikel 6 des Prospekt RL und § 11 Abs. 1 KMG verantwortlich und erklärt, dass sie die erforderliche Sorgfalt hat walten lassen, um sicherzustellen, dass die im Registrierungsformular genannten Angaben nach ihrem Wissen richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen werden, die die Aussage des Prospekts wahrscheinlich verändern.

E.1.2. Erklärung über Richtigkeit und Anführung der relevanten Angaben

Die VB² erklärt, dass sie die erforderliche Sorgfalt bei der Erstellung des Prospekts hat walten lassen, um sicherzustellen, dass die im Prospekt genannten Angaben nach ihrem Wissen richtig sind und keine Tatsachen verschwiegen werden, die die Aussage des Prospekts wahrscheinlich verändern können.

E.2. ABSCHLUSSPRÜFER

E.2.1. Name, Anschrift und Berufsbezeichnung der gesetzlich zugelassenen Abschlussprüfer

Die Jahresabschlüsse der Emittentin wurden von

KPMG Alpen Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft
Kolingasse 19
A-1090 Wien
Tel.: +43 (1) 313 32 – 0
Fax.: +43 (1) 313 32 – 5

geprüft. Die KPMG ist Mitglied der Kammer der Wirtschaftstreuhänder, Schönbrunner Straße 222-228/1/6, A-1120 Wien.

E.2.2. Abberufene, nicht wieder bestellte oder zurückgetretene Abschlussprüfer während des von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraums

Während des die historischen Finanzinformationen abdeckenden Zeitraums wurde kein Wirtschaftsprüfer abberufen, ferner hat kein Wirtschaftsprüfer sein Mandant niedergelegt oder wurde nicht wiederbestellt.

E.3. AUSGEWÄHLTE FINANZINFORMATIONEN

E.3.1. Ausgewählte historische Finanzinformationen

Hinsichtlich der ausgewählten Finanzinformationen wird auf die in Anlage I zu diesem Prospekt angeschlossenen Jahresabschlüsse der Emittentin zum 31.12.2003, zum 31.12.2004 und zum 31.12.2005 sowie auf die Ausführungen in Kapitel E.20. dieses Prospektes verwiesen. Die Jahresabschlüsse wurden nach den Bestimmungen des Bankwesengesetzes, des Handelsgesetzbuches und des Rechnungslegungsgesetzes erstellt. Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Emittentenangaben

Die Jahresabschlüsse wurden unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der Generalnorm aufgestellt, welche die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens fordern.

Bei der Erstellung der Jahresabschlüsse wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Aufgrund der Ergebnisse der von der KPMG Alpen Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft durchgeführten Prüfung wurde für die Jahresabschlüsse 2003 bis 2005 jeweils ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk gemäß § 274 HGB erteilt.

Der Jahresüberschuss hat sich im Geschäftsjahr 2003 gegenüber 2002 um 448,1% erhöht. Dieses Ergebnis beruht wesentlich auf einer 26,5%igen Steigerung des Ergebnisses aus dem Provisions- und Dienstleistungsgeschäft und einer gleichzeitigen 10,4%igen Reduktion der Sachaufwendungen und sonstigen Aufwendungen.

Der Return on Equity (ROE) konnte in dem, die historischen Finanzinformationen abdeckenden Zeitraum, um 14,7% von 18,56% in 2003 auf 21,29% in 2005 gesteigert werden. Die Cost Income Ratio konnte in dem, die historischen Finanzinformationen abdeckenden Zeitraum, um 24%, von 73,21% in 2003 auf 55,65% in 2005, reduziert werden. Diese Entwicklung, insbesondere bezogen auf 2005, muss vor dem Hintergrund der Einstellung der ursprünglichen Geschäftstätigkeit der VBC gesehen werden. Die positive Entwicklung der CIR wurde durch eine 36,4%ige Reduktion der Betriebsaufwendungen und gleichzeitiger 16,3%igen Reduktion der Betriebserträge erzielt.

Folgende Tabelle zeigt einen Überblick über ausgewählte Positionen der Bilanz, Gewinn und Verlustrechnung sowie der Cash Flow Rechnung (Bewegungsbilanz) der Emittentin. Erläuterungen zu einzelnen Positionen der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Cash Flow Rechnung sind Kapitel E.20.3. zu entnehmen.

Emittentenangaben

Bilanz 2003 bis 2005 (TEUR)	Historische Finanzinformation					
	2003 31. Dez	Delta 2002	2004 31. Dez	Delta 2003	2005 31. Dez	Delta 2004
Aktiva						
Wertpapiere	5.735	1,3%	5.737	0,0%	5.235	-8,8%
Forderungen an Kreditinstitute	2.275	43,7%	1.836	-19,3%	1.706	-7,1%
Sonstige Aktiva	280	27,3%	508	81,4%	7	-98,6%
Total Aktiva	8.290	11,0%	8.081	-2,5%	6.948	-14,0%
Passiva						
Eigenmittel	5.346	0,9%	5.401	1,0%	5.673	5,0%
Sozialkapital	48	65,5%	60	25,0%	0	-100,0%
Andere Passiva	2.896	35,3%	2.620	-9,5%	1.275	-51,3%
Total Passiva	8.290	11,0%	8.081	-2,5%	6.948	-14,0%

G&V 2003 bis 2005 (TEUR)	Historische Finanzinformation					
	2003 31. Dez	Delta 2002	2004 31. Dez	Delta 2003	2005 31. Dez	Delta 2004
Betriebserträge						
Veranlagungsgeschäft	254	-1,2%	255	0,4%	249	-2,4%
Provisions- und Dienstleistungsgeschäft	3.337	26,5%	3.721	11,5%	2.911	-21,8%
Sonstige betriebliche Erträge	97	-64,5%	155	59,8%	296	91,0%
Total Betriebserträge	3.688	16,4%	4.131	12,0%	3.456	-16,3%
Betriebsaufwendungen						
Personalaufwand	778	-8,0%	805	3,5%	424	-47,3%
Sachaufwand und sonst. Aufw. Abschreibungen auf immaterielles AV	1.887	-10,4%	2.199	16,5%	1.483	-32,6%
Total Betriebsaufwendungen	2.700	-10,5%	3.025	12,0%	1.923	-36,4%
Betriebsergebnis	988	550,0%	1.106	11,9%	1.533	38,6%
Bewertungsergebnis	6	-82,9%	-3	-150,0%	0	-100,0%
EGT	994	431,6%	1.103	11,0%	1.533	39,0%
Jahresüberschuss	992	448,1%	1.100	10,9%	1.208	9,8%
Rücklagenbewegung	-48	585,7%	-55	14,6%	-272	394,5%
Jahresgewinn	944	442,5%	1.045	10,7%	936	-10,4%
CIR	73,21%	-23,1%	73,23%	0,0%	55,64%	-24,0%
ROE	18,56%	443,1%	20,37%	9,8%	21,29%	4,6%
ROA	11,97%	393,7%	13,61%	13,8%	17,39%	27,7%

Quelle: Jahresabschlüsse zum 31.12.2003, 31.12.2004, 31.12.2005 der VBC.

Emittentenangaben

Cash Flow Rechnung (Bewegungsbilanz)	Historische Finanzinformationen					
Mittelherkunft (in TEUR)	2005	Anteil in %	2004	Anteil in %	2003	Anteil in %
<u>Verminderung der Aktiva</u>						
Forderungen an Kreditinstitute	130,46	9,3%	438,69	82,4%	0,00	0,0%
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	501,52	35,7%	0,11	0,0%	0,00	0,0%
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00	0,0%	0,00	0,0%	0,00	0,0%
Beteiligungen	0,00	0,0%	0,00	0,0%	0,00	0,0%
Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0,00	0,0%	0,00	0,0%	10,00	1,2%
Sachanlagen	31,51	2,2%	0,00	0,0%	23,44	2,7%
Sonstige Vermögensgegenstände	462,28	32,9%	0,00	0,0%	0,00	0,0%
Rechnungsabgrenzungsposten	7,17	0,5%	0,39	0,1%	0,00	0,0%
<u>Erhöhung der Passiva</u>						
Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	0,0%	0,00	0,0%	677,02	78,6%
Rückstellungen	0,00	0,0%	34,82	6,5%	96,87	11,2%
Gezeichnetes Kapital	0,00	0,0%	0,00	0,0%	0,00	0,0%
Kapitalrücklagen	0,00	0,0%	0,00	0,0%	0,00	0,0%
Gewinnrücklagen	272,41	19,4%	58,06	10,9%	54,29	6,3%
Hafrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG	0,00	0,0%	0,00	0,0%	0,00	0,0%
Unversteuerte Rücklagen	0,00	0,0%	0,00	0,0%	0,00	0,0%
	1.405,35	100,0%	532,07	100,0%	861,62	100,0%
Mittelverwendung (in TEUR)	2005	Anteil in %	2004	Anteil in %	2003	Anteil in %
<u>Erhöhung der Aktiva</u>						
Forderungen an Kreditinstitute	0,00	0,0%	0,00	0,0%	692,32	80,4%
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,00	0,0%	0,00	0,0%	71,08	8,2%
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00	0,0%	1,60	0,3%	0,00	0,0%
Beteiligungen	0,00	0,0%	0,80	0,2%	0,00	0,0%
Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0,00	0,0%	0,00	0,0%	0,00	0,0%
Sachanlagen	0,00	0,0%	9,72	1,8%	0,00	0,0%
Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	0,0%	218,82	41,1%	90,83	10,5%
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,0%	0,00	0,0%	1,53	0,2%
<u>Verminderung der Passiva</u>						
Sonstige Verbindlichkeiten	1.244,70	88,6%	298,24	56,1%	0,00	0,0%
Rückstellungen	160,65	11,4%	0,00	0,0%	0,00	0,0%
Gezeichnetes Kapital	0,00	0,0%	0,00	0,0%	0,00	0,0%
Kapitalrücklagen	0,00	0,0%	0,00	0,0%	0,00	0,0%
Gewinnrücklagen	0,00	0,0%	0,00	0,0%	0,00	0,0%
Hafrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG	0,00	0,0%	0,00	0,0%	0,00	0,0%
Unversteuerte Rücklagen	0,00	0,0%	2,89	0,5%	5,86	0,7%
	1.405,35	100,0%	532,07	100,0%	861,62	100,0%

Quelle: Berechnungen des ÖGV auf Basis der Jahresabschlüsse zum 31.12.2003, 31.12.2004 und zum 31.12.2005 der VBC.

Emittentenangaben

Die folgende Liste enthält die durch Verweis als Prospektbestandteile aufgenommenen Angaben und den Verweis, mit dem die jeweiligen Informationen aufgefunden werden können:

Querverweisliste

Angaben	Fundstellen (Verweise)
Finanzinformation über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	Jahresabschluss zum 31.12.2003, zum 31.12.2004 und zum 31.12.2005
Bilanz zum 31.12.2003	Jahresabschluss zum 31.12.2003 (Bilanz)
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2003	Jahresabschluss zum 31.12.2003 (Gewinn- und Verlustrechnung)
Erläuterungen zum Jahresabschluss zum 31.12.2003	Jahresabschluss zum 31.12.2003 (Anhang und Lagebericht)
Bewegungsbilanz 2003	Berechnungen des ÖGV auf Basis der Bilanzen zum 31.12. 2002 und zum 31.12. 2003 der VBC.
Bilanz zum 31.12.2004	Jahresabschluss zum 31.12.2004 (Bilanz)
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2004	Jahresabschluss zum 31.12.2004 (Gewinn- und Verlustrechnung)
Erläuterungen zum Jahresabschluss per 31.12.2004	Jahresabschluss zum 31.12.2004 (Anhang und Lagebericht)
Bewegungsbilanz 2004	Berechnungen des ÖGV auf Basis der Bilanzen zum 31.12. 2003 und zum 31.12. 2004 der VBC.
Bilanz zum 31.12.2005	Jahresabschluss zum 31.12.2005 (Bilanz)
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2005	Jahresabschluss zum 31.12.2005 (Gewinn- und Verlustrechnung)
Erläuterungen zum Jahresabschluss per 31.12.2005	Jahresabschluss zum 31.12.2005 (Anhang und Lagebericht)
Bewegungsbilanz 2005	Berechnungen des ÖGV auf Basis der Bilanzen zum 31.12. 2004 und zum 31.12. 2005 der VBC.

E.3.2. Ausgewählte Finanzinformationen der Emittentin – Zwischenzeiträume

Die Emittentin hat eine Rohbilanz zum 31.3.2006 erstellt.

E.4. EMITTENTENBEZOGENE RISIKOFAKTOREN

Auf den Abschnitt D (Risikofaktoren) wird verwiesen.

E.5. INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN

E.5.1. Geschäftsgeschichte und Geschäftsentwicklung der Emittentin

Die Österreichische Volksbanken-AG (ÖVAG) hatte gemeinsam mit der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank Frankfurt am Main (Zentralinstitut der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken) die VB Consulting für Anlagemanagement Bank AG (VBC) gegründet, die am 19.9.1997 zu FN 162317b in das Firmenbuch eingetragen wurde. Die VBC verfügte zunächst über eine eingeschränkte Bankkonzession für die Wertpapierberatung.

Nachdem zwischenzeitlich die ÖVAG Alleingeschafter der VBC geworden war, hat die Volksbank Holding Genossenschaft mit Kaufvertrag vom 14.12.2005 sämtliche Aktien der VBC erworben. Mit Wirkung zum 18.1.2006 wurde der Firmenwortlaut der VBC in Volksbank-Quadrat Bank AG geändert.

Die Emittentin (damals noch unter VBC firmierend), hatte per 1.10.2005 ihre operative Geschäftstätigkeit eingestellt. Seit diesem Zeitpunkt werden bestehende liquide Mittel am Geldmarkt veranlagt und die neue Geschäftstätigkeit der Emittentin, das Emissionsgeschäft, insbesondere auch die angebotsgegenständliche Emission, vorbereitet.

E.5.1.1. Juristischer und kommerzielle Name der Emittentin

Die Emittentin wurde ursprünglich unter dem Firmenwortlaut VB Consulting für Anlagemanagement Bank AG errichtet. Mit Wirkung zum 18.1.2006 wurde der Firmenwortlaut in Volksbank-Quadrat Bank AG geändert, dieser Firmenwortlaut ist der juristische Name der Emittentin. Es besteht kein kommerzieller Name für die Emittentin.

E.5.1.2. Ort der Registrierung der Emittentin und ihre Registrierungsnummer

Der Sitz der Emittentin ist Wien; die Emittentin ist zu FN 162317b in das Firmenbuch eingetragen. Das für die Emittentin zuständige Firmenbuchgericht ist das Handelsgericht Wien.

Emittentenangaben

E.5.1.3. Datum der Gründung und Existenzdauer der Emittentin

Die Emittentin wurde (als VBC) am 19.9.1997 auf unbeschränkte Dauer errichtet.

E.5.1.4. Rechtsform und Sitz der Emittentin, Rechtsordnung, in der die Emittentin tätig ist

Die Emittentin weist die Rechtsform einer Aktiengesellschaft auf. Der Sitz der Emittentin ist Wien. Die Emittentin wurde in der Republik Österreich nach österreichischem Recht errichtet. Die Geschäftsanschrift der Emittentin ist Löwelstraße 14, A-1010 Wien. Die Telefonnummer lautet +43-1-31328-0.

E.5.1.5. Wichtige Ereignisse in der Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Emittentin

Die Emittentin (damals noch unter VBC firmierend) hatte ihre ursprüngliche Geschäftstätigkeit per 1.10.2005 eingestellt. Seit diesem Zeitpunkt werden bestehende liquide Mittel am Geldmarkt veranlagt und die neue Geschäftstätigkeit, das Emissionsgeschäft, insbesondere auch die angebotsgegenständliche Emission, vorbereitet.

Mit Beschluss vom 14.12.2005 wurde bei der Emittentin beschlossen, dass die Geschäftsjahre der Emittentin nicht mehr wie bisher am 31.12. eines Jahres, sondern am 31.7. eines jeden Jahres enden. Bei dem am 1.1.2006 begonnenen Geschäftsjahr der Emittentin handelt es sich somit um ein am 31.7.2006 endendes Rumpfgeschäftsjahr. Die weiteren Geschäftsjahre der Emittentin beginnen jeweils mit dem 1.8. eines jeden Jahres. Da das am 31.7.2006 endende Rumpfgeschäftsjahr der Emittentin nicht abgeschlossen ist, liegt lediglich eine Rohbilanz (ungeprüft) zum 31.3.2006 vor.

E.5.2. Investitionen

E.5.2.1. Beschreibung der wichtigsten Investitionen der Emittentin

Die Emittentin hat im Zeitraum 2003 bis 2005 keine wesentlichen Investitionen getätigt.

Emittentenangaben

E.5.2.2. Beschreibung der wichtigsten laufenden Investitionen der Emittentin

Es bestehen keine laufenden Investitionen; die Emittentin wird mit der Emission und der Platzierung der VB²-PS wieder eine operative Geschäftstätigkeit aufnehmen.

E.5.2.3. Beschreibung der wichtigsten zukünftigen Investitionen der Emittentin

Mit der angebotsgegenständlichen Emission der VB²-PS nimmt die Emittentin wieder ihre operative Tätigkeit auf. Die Durchführung des prospektgegenständlichen Angebots und die Veranlagung der durch die Emission der VB²-PS erzielten Mittel in verschiedenste Mitglieder des ÖGV stellt in naher Zukunft die wichtigste Investition der VB² dar. Weitere, zukünftige Tätigkeiten der VB² im In- und Ausland, insbesondere im Zusammenhang mit Wertpapieremissionen, sind nicht ausgeschlossen.

Hinsichtlich der Veranlagung der durch die Emission der VB²-PS erzielten Erlöse durch die Emittentin wurde nachstehende Veranlagungsstrategie gewählt:

Die von der VB² aus der Emission der VB²-PS erzielten Mittel werden bei den Mitgliedern des ÖGV in Form von Partizipationskapital veranlagt. Das von der VB² bei Mitgliedern des ÖGV veranlagte Partizipationskapital wird von diesen im Wesentlichen zu den gleichen Emissionsbedingungen begeben wie der VB²-PS, allerdings in einer Stückelung von EUR 50.000,--.

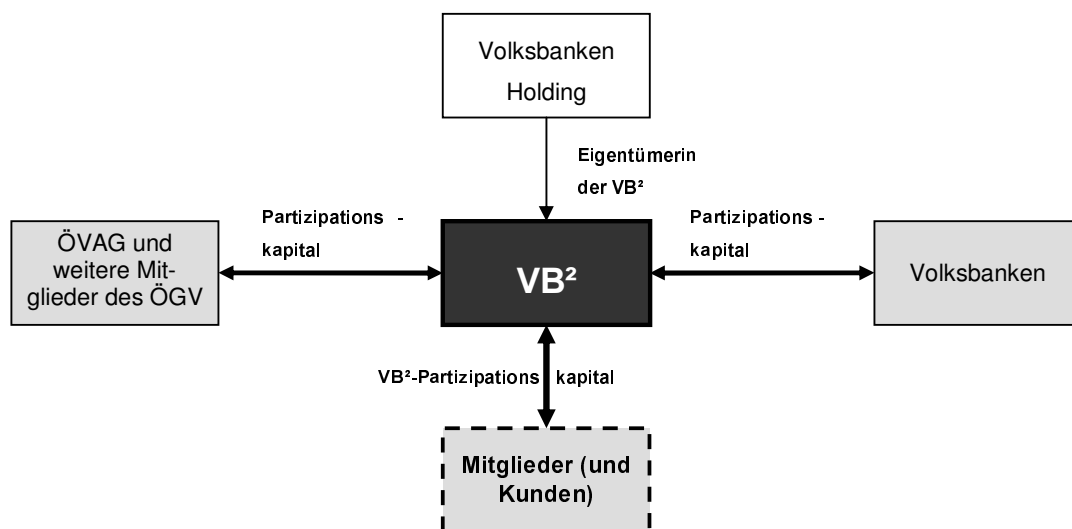
Die Gremien der VB² haben noch keine Beschlüsse darüber gefasst, in welche Mitglieder des ÖGV und welcher Höhe die Emittentin Partizipationskapital in die einzelnen Mitglieder des ÖGV investieren wird. Grundsätzlich behält sich die Emittentin jedoch vor, in Mitglieder des ÖGV mit unterschiedlicher Vermögens-, Finanz- und Ertragslage Partizipationskapital zu veranlagern und ferner frei zu entscheiden, in welches Mitglied des ÖGV in welcher Höhe aus der Emission des VB²-PS erzielte Erlöse der Emittentin in Form von Partizipationskapital veranlagt werden.

Derzeit ist beabsichtigt, aus dem Erlös der Emission des VB²-PS bis zu EUR 30.000.000,-- in von der ÖVAG begebenes Partizipationskapital zu veranlagern. Ferner wird in kein einzelnes Mitglied des ÖGV mehr als 15 % des von der Emittentin erzielten Erlöses aus der Emission des VB²-PS in Form von Partizipationskapital veranlagt werden.

Emittentenangaben

Definiert wurde eine Veranlagungsstrategie, die auf bestehende und künftige Mitglieder des ÖGV ausgerichtet ist. Die Emittentin wird Partizipationskapital in bestehende und künftige Mitglieder des ÖGV veranlagern. Das veranlagte Partizipationskapital gewährt einen Anspruch auf einen Anteil am Bilanzgewinn des jeweiligen Mitglieds des ÖGV in der Höhe des durchschnittlichen 3-Monats-EURIBOR des jeweiligen Geschäftsjahres des jeweiligen Mitglieds des ÖGV zuzüglich 130 Basispunkten, jedoch nur soweit, als im Bilanzgewinn des jeweiligen Mitglieds des ÖGV gedeckt. Eine Nachzahlung von Dividenden, auf das in die Mitglieder des ÖGV veranlagte Partizipationskapital ist ausgeschlossen. Das von der Emittentin bei einzelnen Mitgliedern des ÖGV gezeichnete Partizipationskapital gewährt ferner im Fall der Liquidation des jeweiligen Mitglieds des ÖGV, in das Partizipationskapital investiert wurde, einen Anspruch auf eine Beteiligung am Liquidationserlös beteiligt.

Das Veranlagungskonzept ist im Folgenden dargestellt:



Quelle: Eigene Darstellung

Nachdem es Zielsetzung der VB² ist, den Mitgliedern des ÖGV zu ermöglichen, Eigenkapital in Form von Tier 1-Qualität über ihre Kunden aufnehmen zu können, ist zu erwarten, dass die Mitglieder des ÖGV zukünftig an die Volksbank-Quadrat Bank AG herantreten, um Kernkapital zu erhalten. Da die VB² jedoch eine relativ lange Vorlaufzeit hat, um eine weitere Tranche an Partizipationskapital zu begeben, soll es der VB² möglich sein, diese Kapitalzeichnung bei den Mitgliedern des ÖGV vorzuziehen und in Form von Schuldverschreibungen oder auch von Spareinlagen oder Giralgeld zu refinanzieren. Daher hat die VB² am 14.

Emittentenangaben

März 2006 eine Konzessionserweiterung für die Bankkonzession gemäß § 1 Abs. 1 Z 1, Z 10, Z 11 BWG beantragt.

Weiters hat die VB² das Ziel, das von den Kunden aufgenommene Partizipationskapital in den Mitgliedern des ÖGV in Form von Partizipationskapital zu veranlagern. Da für die Ergänzung zu § 1 Abs. 1 Zi 15 BWG (Beteiligungsfinanzierungsgeschäft) die Unterscheidung darin liegt, ob dieses Kapital im Umlauf- oder im Anlagevermögen gehalten wird, hat die VB² am 14. März 2006 eine Konzessionserweiterung beantragt. Es ist aus heutiger Sicht zwar geplant, dass grundsätzlich diese Beteiligungen im Anlagevermögen gehalten werden, doch kann sich aufgrund der diversen Beteiligungseinrichtungen innerhalb des Volksbanken-Verbundes (z.B. Volksbank-Beteiligungsges.m.b.H.) ergeben, dass die Beteiligungen an den Mitgliedern des ÖGV anderweitig gehalten werden.

Weiters hat die VB² eine Konzessionserweiterung gemäß § 1 Abs. 1 Z 18 BWG beantragt, um in Ergänzung zum Einlagengeschäft entsprechenden Gestaltungsspielraum zu haben, die Refinanzierungswerte der Volksbank-Quadrat Bank AG möglichst marktnahe gestalten zu können.

E.6. GESCHÄFTSÜBERBLICK

E.6.1. Haupttätigkeitsbereiche

E.6.1.1. Haupttätigkeiten der Emittentin

Der Gegenstand der bisherigen Geschäftstätigkeit der Emittentin beruhte auf einer Konzession gemäß § 1 Abs. 1 Z 7 BWG und beinhaltete laut Satzung (letzte Änderung 2001):

- Beratung und Vermittlung von Wertpapiergeschäften;
- Handel auf eigene und fremde Rechnung mit Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten, Optionen und Finanzterminkontrakten, Wechselkurs- und Zinsterminkontrakten und davon abgeleiteten Instrumenten;
- Beteiligungen an anderen Unternehmen;
- Beratung von Volksbanken in Fragen des Bilanzstrukturmanagements.

Die Emittentin wird ihre Geschäftstätigkeit nunmehr fokussiert auf das Beteiligungs- und erweitert durch das Emissionsgeschäft, fortführen.

Emittentenangaben

Mit der Durchführung der angebotsgegenständlichen Emission des VB²-PS nimmt die VB² ab 29.5.2006 ihre Hauptgeschäftstätigkeit auf.

Zweck der VB² ist laut § 2 Abs. 1 ihrer Satzung:

- die Förderung des Erwerbes und der Wirtschaft der Mitglieder des Österreichischen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch), die der Gruppe Kredit angehören.

Das Unternehmensziel ist laut § 2 Abs. 2 der Satzung:

- die Kapitalaufbringung auf dem nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmarkt, insbesondere durch Ausgabe von Partizipationskapital, Genussrechten, Schuldverschreibungen, stillen Beteiligungen und sonstigen kapitalmarktfähigen Finanzierungsinstrumenten, und
- die Veranlagung der aufgebrachten Mittel bei den Mitgliedern des Österreichischen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch), vornehmlich in eigenmittelwirksamer Form, ferner
- die Unterstützung der Mitglieder des Österreichischen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch) bei der Durchführung von eigenen Wertpapieremissionen und allen damit zusammenhängenden marktfördernden Maßnahmen.

Die Hauptaufgaben zur Erfüllung der Geschäftstätigkeit sind:

- Produktentwicklung: Entwicklung von Finanzierungsinstrumenten zur Eigenkapitalausstattung und Durchführung der Akquisition von Partizipationskapital (Investmentmöglichkeit für VB²) von Mitgliedern des ÖGV.
- Produktvertrieb: Koordination des Vertriebs des VB²-PS über die Strukturen und Kapazitäten der Mitglieder des ÖGV.

Ausgelagerte Tätigkeiten: Ausgewählte operative Tätigkeiten werden an Mitglieder des ÖGV ausgelagert, hier wird auf Kapitel E.17.1 des Prospektes verwiesen.

E.6.1.2. Wichtige neue Produkte / Dienstleistungen

Bisher bestand für Kunden nur die Möglichkeit, sich mittels Geschäftsanteilen und Partizipationskapital direkt an „ihrer“ Volksbank zu beteiligen.

Mit dem VB²-PS wird den Genossenschaf tern, Gesellschaf tern und Kunden der Mitglieder des ÖGV die Möglichkeit geboten, sich – zusätzlich zur direkten Beteiligung an ihrer Volks-

Emittentenangaben

bank – mittelbar an der gesamten Volksbank Gruppe, insbesondere auch an dem ÖVAG-Konzern, inklusive der Volksbank International AG, zu beteiligen.

E.6.2. Wichtigste Märkte

Prinzipiell hält sich VB² offen, neben Österreich als primärem Markt, in jenen Märkten, in denen die österreichischen Volksbanken vertreten sind, also über eigenständige Banken, Niederlassungen, Filialen und Repräsentanzen verfügen, ähnliche Produkte, wie den VB²-PS zu entwickeln bzw. zu platzieren. Derzeit ist die Hauptgeschäftstätigkeit der Emittentin auf Österreich beschränkt.

E.6.3. Beeinflussung der Produkte und Märkte durch außergewöhnliche Faktoren

Mit dem VB²-PS wird erstmals ein Partizipationsschein für einen dezentralen Sektor in Österreich strukturiert. Da somit der VB²-PS ein auf dem österreichischen Markt neues Produkt ist, können keine Aussagen zu außergewöhnlichen Faktoren der Beeinflussung des Produktes sowie der Märkte getroffen werden. Freilich können Änderungen der Rechtslage sowie der Verwaltungspraxis einen außergewöhnlichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der Emittentin, jener Mitglieder des ÖGV, in die die Emittentin Partizipationskapital investiert und auf den Wert des VB²-PS sowie die mit dem VB²-PS erzielten Ausschüttungen haben. Auf Abschnitt D des Prospekts wird verwiesen.

E.6.4. Abhängigkeit der Emittentin in Bezug auf Patente und Lizenzen

VB² verfügt über keine Forschung und Entwicklung, Patente und Lizenzen.

E.6.5. Grundlage für etwaige Angaben der Emittentin zu ihrer Wettbewerbsposition

Beim VB²-PS handelt es sich um ein neues Produkt, über das sich erstmals in Österreich ein Anleger an einem gesamten dezentralen Bankensektor beteiligen kann. Aus diesem Grund sind Angaben über die Wettbewerbsposition der Emittentin nicht möglich.

Emittentenangaben

E.7. ORGANISATIONSSTRUKTUR

E.7.1. Gruppe, deren Teil die Emittentin ist

Die Emittentin ist Teil der Volksbank Gruppe. Zu der Volksbank Gruppe zählen ordentliche und außerordentliche Mitglieder des ÖGV, insbesondere

- 59 Kreditgenossenschaften und Bankaktiengesellschaften nach dem System Schulze-Delitzsch und sieben Hauskreditgenossenschaften („Volksbanken“),
- die Österreichische Volksbanken-AG und deren nachgeordnete Kreditinstitute („ÖVAG-Konzern“).

Daten per 31.12.2005	Bilanzsumme	Eigenmittel (EM)	EM Quote	Jahresüb.n.St.	Betriebsergebnis	Ertragskraft ²⁾
ÖVAG-KONZERN	54.799.516	2.737.419	10,42%	210.885	276.426 ¹⁾	0,50%
VB SÜDBURGENLAND reg.Gen.m.b.H.	202.851	19.960	13,30%	747	2.607	1,29%
VB FELDKIRCHEN reg.Gen.m.b.H.	155.716	16.172	13,24%	266	1.972	1,27%
VB KÄRNTEN SÜD reg.Gen.m.b.H.	241.899	20.685	10,55%	323	2.154	0,89%
VB GMÜND/KÄRNTEN e.Gen.m.b.H.	73.782	8.557	19,47%	257	710	0,96%
VB,GEWERBE- UND HANDELSBANK KÄRNTEN AG	635.723	42.182	13,56%	2.899	5.480	0,86%
VB KÖTSCHACH-MAUTHEN reg.Gen.m.b.H.	79.848	8.976	15,03%	235	873	1,09%
VB OBERKÄRNTEN reg.Gen.m.b.H.	235.060	32.259	16,15%	1.893	3.464	1,47%
SPARDA-BANK VILLACH/INNSBRUCK reg.Gen.m.b.H.	255.786	15.971	12,09%	369	1.056	0,41%
VEREINIGTE VB BADEN-MÖDLING-LIESING reg.Gen.m.b.H.	799.608	84.468	14,39%	6.475	9.242	1,16%
VB FELS AM WAGRAM reg.Gen.m.b.H.	44.032	2.644	9,44%	204	574	1,30%
MARCHFELDER VB reg.Gen.m.b.H.	281.863	31.415	15,77%	810	2.309	0,82%
VB OBERES WALDVIERTEL reg.Gen.m.b.H.	186.794	15.507	12,26%	330	1.485	0,79%

Emittentenangaben

Daten per 31.12.2005	Bilanz- summe	Eigen- mittel (EM)	EM Quote	Jahres- üb.n.St.	Betriebs- ergebnis	Ertrags- kraft ²⁾
WALDVIERTLER VB HORN reg.Gen.m.b.H.	253.556	25.735	21,00%	1.371	3.332	1,31%
VB KREMS-ZWETTL AG	410.985	35.138	12,23%	2.091	4.181	1,02%
VB LAA/THAYA e.Gen.m.b.H.	41.758	4.127	15,46%	173	318	0,76%
WEINVIERTLER VB reg.Gen.m.b.H.	233.385	19.560	16,34%	155	2.338	1,00%
VB OBERSDORF-WOLKERSDORF- DEUTSCH-WAGRAM reg.Gen.m.b.H.	108.922	11.351	20,09%	601	1.201	1,10%
VB PIESTINGTAL reg.Gen.m.b.H.	89.336	9.786	18,71%	741	1.279	1,43%
VB NIEDERÖSTERREICH-MITTE reg.Gen.m.b.H.	472.548	30.858	8,96%	456	3.451	0,73%
VB OST reg.Gen.m.b.H.	352.981	41.327	15,47%	622	5.465	1,55%
VB DONAU-WEINLAND reg.Gen.m.b.H.	205.244	16.849	12,19%	310	1.487	0,72%
TULLNERFELDER VB reg.Gen.m.b.H.	221.170	20.845	14,44%	1.157	2.077	0,94%
VB ALPENVORLAND reg.Gen.m.b.H.	523.704	57.373	13,54%	1.772	4.875	0,93%
VB NIEDERÖSTERREICH SÜD reg.Gen.m.b.H.	214.515	25.796	18,91%	671	2.733	1,27%
VB ÖTSCHERLAND reg.Gen.m.b.H.	315.123	26.437	11,15%	897	3.291	1,04%
VB ALTHEIM-BRAUNAU reg.Gen.m.b.H.	327.169	28.375	16,04%	563	2.614	0,80%
VB BAD GOISERN reg.Gen.m.b.H.	115.993	12.364	18,70%	359	1.138	0,98%
VB FÜR BAD HALL, PFARRKIRCHEN UND UMGEBUNG reg.Gen.m.b.H.	80.607	6.756	13,77%	558	1.269	1,57%
VB EFERDING-GRIESKIRCHEN reg.Gen.m.b.H.	159.329	13.108	11,68%	424	1.237	0,78%
VB ENNS-ST.VALENTIN reg.Gen.m.b.H.	149.532	11.981	12,88%	589	1.712	1,14%

Emittentenangaben

Daten per 31.12.2005	Bilanz- summe	Eigen- mittel (EM)	EM Quote	Jahres- üb.n.St.	Betriebs- ergebnis	Ertrags- kraft ²⁾
VB FRIEDBURG reg.Gen.m.b.H.	171.285	17.518	14,42%	596	2.385	1,39%
SPARDA-BANK LINZ reg.Gen.m.b.H.	265.835	16.528	13,88%	947	1.070	0,40%
VB RIED IM INNKREIS reg.Gen.m.b.H.	270.262	23.066	12,09%	195	3.248	1,20%
VB SCHÄRDING reg.Gen.m.b.H.	293.324	38.785	19,19%	1.271	4.941	1,68%
ALMTALER VB reg.Gen.m.b.H.	78.181	12.162	26,73%	583	1.251	1,60%
HAGEBANK-VB VÖCKLABRUCK- TRAUNSEE reg.Gen.m.b.H.	511.761	49.304	13,05%	2.926	4.561	0,89%
VB VÖCKLAMARKT-MONDSEE reg.Gen.m.b.H.	126.141	15.779	18,96%	1.449	1.969	1,56%
WELSER VB reg.Gen.m.b.H.	305.960	40.173	17,59%	1.427	2.484	0,81%
VB OBERNDORF reg.Gen.m.b.H.	100.412	8.708	11,80%	565	814	0,81%
VB SALZBURG reg.Gen.m.b.H.	1.619.983	159.250	11,52%	1.863	21.352	1,32%
VB STEIRISCHES SALZKAMMERGUT reg.Gen.m.b.H.	167.086	17.243	13,66%	751	2.300	1,38%
VB GRAZ-BRUCK reg.Gen.m.b.H.	900.496	83.372	11,83%	3.998	9.014	1,00%
VB FÜR DEN BEZIRK WEIZ reg.Gen.m.b.H.	224.459	25.205	13,95%	1.117	2.779	1,24%
VB SÜD-OSTSTEIERMARK reg.Gen.m.b.H.	250.128	28.157	16,47%	1.915	3.606	1,44%
VB AICHFELD-MURBODEN reg.Gen.m.b.H.	197.958	14.698	9,40%	48	438	0,22%
VB MÜRZTAL-LEOBEN reg.Gen.m.b.H.	180.726	15.617	11,28%	2.501	1.529	0,85%
VB FÜR DIE SÜD- UND WEST- STEIERMARK reg.Gen.m.b.H.	427.436	41.180	12,10%	2.936	6.134	1,44%
VB ENNS- UND PALTENTAL reg.Gen.m.b.H.	167.101	14.471	10,79%	1.112	1.528	0,91%

Emittentenangaben

Daten per 31.12.2005	Bilanz- summe	Eigen- mittel (EM)	EM Quote	Jahres- üb.n.St.	Betriebs- ergebnis	Ertrags- kraft ²⁾
VB TIROL INNSBRUCK-SCHWAZ AG	1.107.425	108.207	13,68%	10.693	15.309	1,38%
VB LANDECK reg.Gen.m.b.H.	631.142	69.592	11,68%	3.871	6.401	1,01%
OSTTIROLER VB reg.Gen.m.b.H.	216.635	15.726	10,35%	1.071	2.561	1,18%
VORARLBERGER VB reg.Gen.m.b.H.	1.593.235	137.412	11,48%	7.581	17.992	1,13%
ÖSTERREICHISCHE APOTHEKERBANK reg.Gen.m.b.H.	317.013	35.026	14,55%	354	2.024	0,64%
WIENER SPAR- UND KREDIT- INSTITUT reg.Gen.m.b.H.	96.503	13.695	16,29%	680	2.641	2,74%
GÄRTNERBANK reg.Gen.m.b.H.	173.557	19.688	14,73%	3.443	2.201	1,27%
VB KUFSTEIN reg.Gen.m.b.H.	661.495	70.499	15,09%	3.932	7.950	1,20%
HAUSKREDITGENOSSEN- SCHAFTEN (insgesamt sieben)	143.619	7.460	11,35%	375	471	0,33%
Volksbank Gruppe	73.467.493	4.532.502	11,39%	297.403	481.303	0,66%

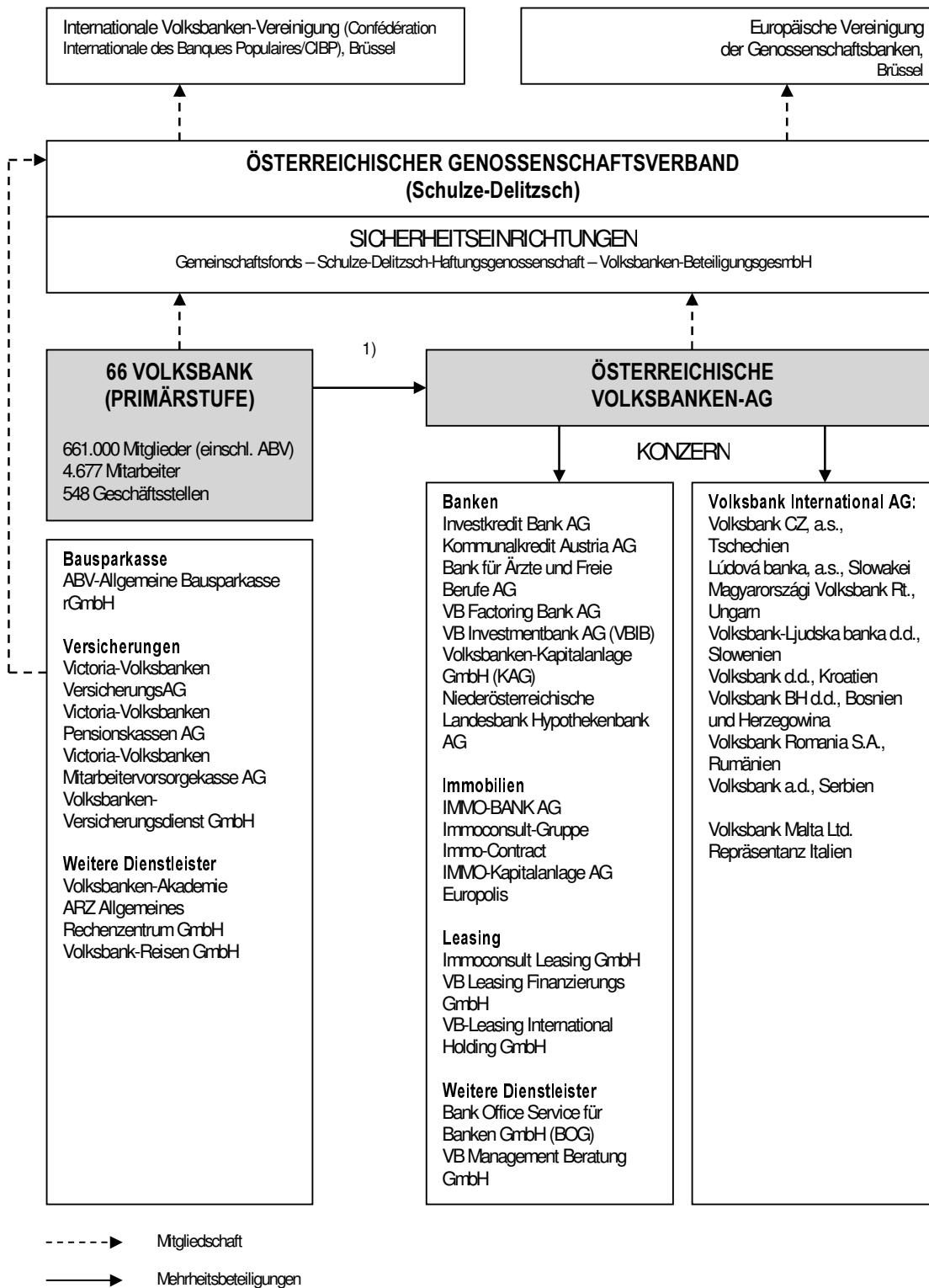
¹⁾ näherungsweise Berechnung: Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) abzüglich Erfolg aus Finanzinvestitionen und abzüglich Risikovorsorge aus dem Kreditgeschäft.

²⁾ Betriebsergebnis im Verhältnis zur Bilanzsumme

Quelle: Österreichischer Genossenschaftsverband

Emittentenangaben

VOLKSBANK GRUPPE



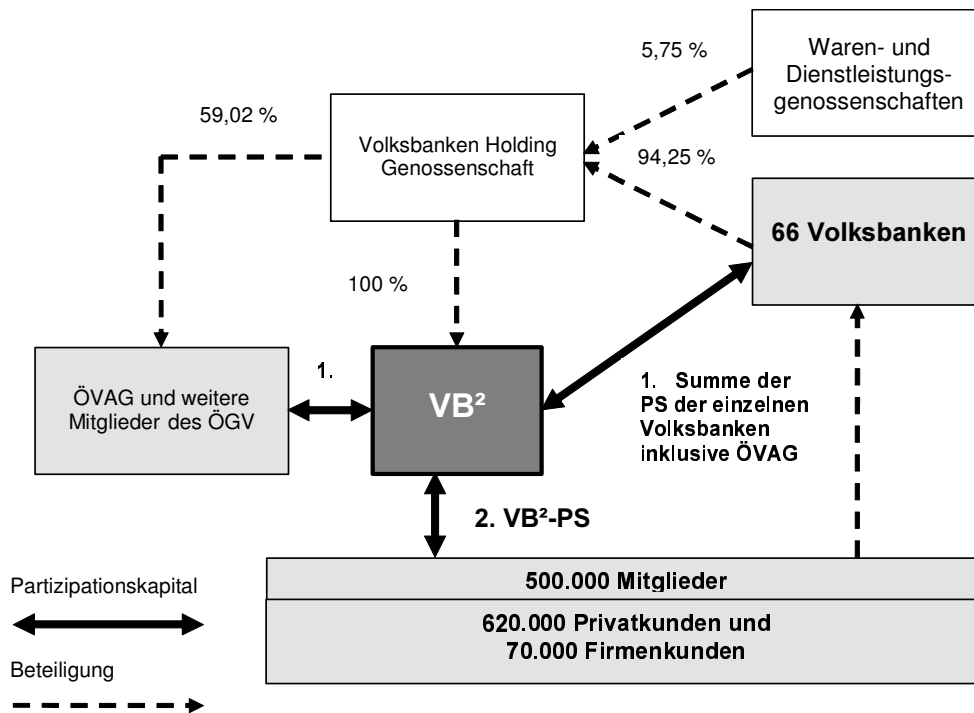
1) Die Volksbanken sind über die VB Holding mehrheitlich an der ÖVAG beteiligt.
Hinweis: Dieses Schaubild ist eine vereinfachte Darstellung.

Quelle: Jahresbericht 2005 des ÖGV (Stand April 2006)

Emittentenangaben

Die Emittentin ist 100%-ige Tochter der VB Holding.

An der Volksbanken Holding Genossenschaft (VB Holding) sind die Mitglieder des ÖGV (Gruppe Kredit) zu 94,25%, die Mitglieder des ÖGV (Gruppe Ware und Dienstleistungen zu 5,75%) beteiligt. Kein Mitglied des ÖGV ist zu mehr als 10% an der VB Holding Genossenschaft beteiligt.



Quelle: Eigene Darstellung

Die VB² als zentrale Emissions- und Beteiligungsgesellschaft der Volksbank Gruppe erfüllt ihren Förderauftrag durch Veranlagung der, aus der Emission der angebotsgegenständlichen VB²-PS, generierten Mittel in Partizipationskapital der Mitglieder des ÖGV.

Die Wirkung durch VB² ist einerseits eine kostenwirksame, durch die Bündelung der PS der einzelnen Volksbanken zu einer Emission, andererseits wird die heterogene Struktur des Volksbanken Sektors gestärkt.

Für das einzelne Mitglied des ÖGV bietet sich durch die Teilnahme am VB²-PS, also Aufnahme zusätzlichem Kernkapital, die Möglichkeit zusätzliche, über dem organischen Wachstum der Bank liegende Potentiale zu nutzen.

Emittentenangaben

E.7.2. Tochtergesellschaften der Emittentin

Die Emittentin hat keine Tochtergesellschaften.

E.8. SACHANLAGEN

Aufgrund des Unternehmenszwecks der Emittentin stehen Finanzanlagen im Vordergrund.

E.8.1. Angaben über bestehende oder geplante wesentliche Sachanlagen, einschließlich geleaster Vermögensgegenstände, und etwaiger größerer dinglicher Belastungen der Sachanlagen

Trifft nicht zu

E.8.2. Skizzierung etwaiger Umweltfragen, die die Verwendung der Sachanlagen von Seiten der Emittentin u. U. beeinflussen könnten

Trifft nicht zu.

E.9. ANGABEN ZUR GESCHÄFTS- UND FINANZLAGE

VB² nimmt ihre per 1.10.2005 eingestellte operative Hauptgeschäftstätigkeit erst mit Emission des VB²-PS per 29.5.2006 wieder auf.

E.9.1. Finanzlage

Die Bilanzsumme ist im Geschäftsjahr 2005 im Vergleich zu 2004 um 14% auf TEUR 6.948 gesunken. Die Eigenmittel konnten um 5% auf TEUR 5.673 erhöht werden.

Verwiesen wird ferner auf Kapitel F.3.1 und die dort angeführten Verweisdokumente.

Emittentenangaben

E.9.2. Betriebsergebnisse

Im Geschäftsjahr 2005 ist das Betriebsergebnis im Vergleich zu 2004 um 38,6% auf TEUR 1.533 gestiegen. Dies ist auf eine Reduktion des Sachaufwandes um 32,6% auf TEUR 1.483. Die Betriebserträge sind um 16,3% auf TEUR 3.456 gesunken, dies ist auf eine Reduktion der Erträge aus Provisions- und Dienstleistungsgeschäft um 21,8% auf TEUR 2,911 zurückzuführen.

Die Cost Income Ratio (CIR) konnte im Zeitraum 2003 bis 2005 von 73,21% auf 55,64% reduziert werden, der Return on Equity (ROE) konnte von 18,56% auf 21,29% gesteigert werden.

Verwiesen wird ferner auf Kapitel F.3.1 und die dort angeführten Verweisdokumente.

E.9.2.1. Wesentliche Veränderungen bei den Nettoumsätzen oder -erträgen

Derzeit sind keine werterhellenden Geschäftsvorfälle bekannt, die sich aus dem Geschäftsjahr 2005 auf das Geschäftsjahr 2006 auswirken. Die Nettoumsätze oder -erträge haben sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2005 nicht wesentlich geändert.

E.9.2.2. Falls der Jahresabschluss wesentliche Veränderungen bei den Nettoumsätzen oder den Nettoerträgen ausweist, sind die Gründe derlei Veränderungen in einer ausführlichen Erläuterung darzulegen

Im Geschäftsjahr sind die Provisionserträge in Höhe von EUR 3.826.937,55 um 24,6% niedriger als im Vorjahr (2004 TEUR 5.075). Die Provisionserträge stammen vorwiegend aus betriebswirtschaftlicher Beratung und aus der Vermittlung von Wertpapiergeschäften (hievon aus Mittel- und Osteuropa EUR 130.923,38). Die Erträge umfassen auf Grund der Übernahme des Dienstleistungsgeschäftes durch den Sales-Bereich des ÖVAG-Treasury mit Wirkung 1.10.2005 nur die Quartale 1-3/2005.

Emittentenangaben

E.9.2.3. Staatliche oder wirtschaftliche Faktoren, die die Geschäfte der Emittentin wesentlich beeinträchtigen

Die in Abschnitt D.2. dargestellten Faktoren stellen aus derzeitiger Sicht die materiell maßgeblichen Faktoren dar.

E.10. EIGENKAPITALAUSSTATTUNG

E.10.1. Angaben über die Eigenkapitalausstattung der Emittentin

Als anrechenbare Eigenmittel für die Bemessungsgrundlage nach § 22 Abs. 2 BWG stehen im wesentlichen EUR 5.086.900,- eingezahltes Kapital (§ 23 Abs. 1 iVm Abs. 3 Z 2 BWG) zu Buche. Das Grundkapital der Emittentin in der Höhe von EUR 5.086.900,- ist zur Gänze aufgebracht und in 5.086.900 auf den Namen lautende vinkulierte Stückaktien eingeteilt.

Das Geschäftskapital im Sinne von § 23 Abs. 14 BWG iVm § 22 Abs. 1 BWG stellt sich wie folgt dar:

Kapitalausstattung gemäß Artikel 127 CESR Recommendations (Shareholder's Equity)	2006 31. Mrz
Total Current Debt (Hier nur: Sonstige Verbindlichkeiten und Rückstellungen)	1.270
Sonstige Verbindlichkeiten	936
Rückstellungen	334
A. Share Capital (Eingezahltes Kapital)	5.087
B. Legal Reserve (Gesetzliche Rücklagen)	359
Gewinnrücklage gem. § 130 Abs. 3 AktG	304
Haftrücklage	55
C. Other Reserves (Weitere Rücklagen)	228
Sonstige Rücklagen	228

Emittentenangaben

Kapitalausstattung gemäß Artikel 127 CESR Recommendations (Shareholder's Equity)	2006 31. Mrz
A. Cash (Kassenbestand)	0
B. Cash Equivalent (Schecks, Guthaben bei Kreditinstituten u.ä.)	1.895
C. Trading securities (Wertpapiere des Umlaufvermögens)	0
D. Liquidity (=A+B+C)	1.895
E. Current Financial Receivables (Forderungen an Kreditinstitute)	0
F. Current Bank debt (Kurzfristige Bankverbindlichkeiten)	0
G. Current portion of non current debt (hier: Steuer- und sonstige Rückstellungen)	334
H. Other current financial debt (hier: Sonstige Verbindlichkeiten)	936
I. Current Financial Debt (=F+G+H)	1.270
J. Net Current Financial Indebtedness (=I-E-D)	-625
K. Non current Bank loans (Langfristige Bankverbindlichkeiten)	0
L. Bonds issued (Verbindlichkeiten, davon Anleihen)	0
M. Other non current loans (Sonstige langfristige Verbindlichkeiten)	0
N. Non Current Financial Indebtedness (=K+L+M)	0
O. Net Financial Indebtedness (=J+N)	-625

Quelle: Zusammengestellt aus der Rohbilanz (ungeprüft) zum 31.3.2006 der Emittentin.

Die Hauptversammlung vom 27.4.2006 hat den Vorstand der Emittentin gem. § 174 Abs. 3 AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats innerhalb von fünf Jahren Partizipationskapital bis zu einem Gesamtnominale von EUR 250.000.000,-- zu begeben.

Der Vorstand und der Aufsichtsrat haben am 22.3.2006 beschlossen, von der oben angeführten Ermächtigung insoweit Gebrauch zu machen, als die Emittentin Partizipationskapital bis zu einem Gesamtnominale von EUR 130.000.000,-- durch Begebung von bis zu 1.300.000 Stück Partizipationsscheinen mit einem Nominale von jeweils EUR 100,-- als Daueremission ab 29.5.2006 emittiert, wobei die Aufstockung um Partizipationskapital in einem weiteren Gesamtnominale von bis zu EUR 120.000.000,-- durch Ausgabe von weite-

Emittentenangaben

ren bis zu 1.200.000 Partizipationsscheinen im Nominale von jeweils EUR 100,-- vorbehalten ist.

Das Geschäftskapital reicht nach Auffassung der Emittentin für die Durchführung ihrer Haupttätigkeiten aus.

E.10.2. Erläuterung der Quellen und der Beträge des Kapitalflusses der Emittentin und eine ausführliche Darstellung dieser Posten

Die Emittentin wird mit Platzierung der angebotsgegenständlichen VB²-PS (des in Abschnitt F beschriebenen Wertpapiers) aktiv, bis zu diesem Zeitpunkt wird die Durchführung der angebotsgegenständlichen Emission vorbereitet.

Im Zuge des gegenständlichen Angebots ist beabsichtigt, Partizipationskapital in Nominale von bis zu EUR 130.000.000,-- durch Emission von bis zu ein 1.300.000 Stück Partizipationsscheinen (VB²-PS) im Nominale von jeweils EUR 100,-- mit Aufstockungsmöglichkeit um weitere bis zu EUR 120.000.000,- durch Emission von bis zu weiteren 1.200.000 Partizipationsscheinen im Nominale von jeweils EUR 100,-- zu begeben. Beginn der Zeichnungsfrist ist der 29.5.2006, Kassatag ist der 17.7.2006.

E.10.3. Informationen über Fremdfinanzierungsbedarf und Finanzierungsstruktur der Emittentin

Die Mittel der VB² aus der Emission von VB²-PS dienen der Veranlagung bei den Mitgliedern des ÖGV in Form von Partizipationskapital. Auf Kapitel E.5.2.3 wird verwiesen.

Die Emittentin behält sich die Möglichkeit vor, VB²-PS allenfalls auch durch Aufnahme von Fremdmitteln zurückzukaufen. Ob und in welchem Ausmaß von dieser Möglichkeit Gebrauch genommen wird, steht derzeit nicht fest.

E.10.4. Angaben über jegliche Beschränkungen des Rückgriffs auf die Eigenkapitalausstattung

Das unter dem VB²-PS gezeichnete Kapital stellt Eigenkapital dar, das der Emittentin ohne Beschränkung eines Zugriffs zur Verfügung steht. Gleiches gilt hinsichtlich des bei der Emittentin bestehenden Grundkapitals.

Emittentenangaben

E.10.5. Angaben über erwartete Finanzierungsquellen, die zur Erfüllung der Kapitel E.5.2.3. und E.8.1. benötigt werden

Die Emittentin ist eine Gesellschaft, die zur Eigenkapitalaufbringung für Mitglieder des ÖGV tätig wird. Gemäß § 2 der Satzung erfolgt die Kapitalaufbringung auf dem nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmarkt, insbesondere durch Ausgabe von Partizipationskapital, Genussrechten, Schuldverschreibungen, stillen Beteiligungen und sonstigen kapitalmarktfähigen Finanzierungsinstrumenten. Die aufgebrachten Mittel werden bei den Mitgliedern des Österreichischen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch), vornehmlich in eigenmittelwirksamer Form veranlagt.

E.11. FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG, PATENTE UND LIZENZEN

VB² verfügt über keine Forschung und Entwicklung, Patente und Lizenzen.

E.12. TRENDINFORMATIONEN

E.12.1. Trends in Bezug auf Produktion, Umsatz und Bestände sowie Kosten

Die Emittentin hat ihre Tätigkeit gemäß dem neuen Unternehmenszweck noch nicht aufgenommen, daher sind noch keine Angaben möglich.

E.12.2. Trends, Unsicherheiten, Nachfragen, Verpflichtungen oder Vorfälle, die voraussichtlich die Aussichten der Emittentin im laufenden Geschäftsjahr wesentlich beeinflussen dürften

Das laufende Geschäftsjahr endet per 31.7.2006. Die Zeichnungsfrist für den angebotsgegenständlichen VB²-PS beginnt am 29.5.2006. Die Begebung der angebotsgegenständlichen VB²-PS und die Veranlagung der mit der Emission erzielten Erlöse durch die Emittentin bei Mitgliedern des ÖGV in Form von Partizipationskapital stellen voraussichtlich die einzig wesentlichen Geschäftsfälle des laufenden Geschäftsjahres dar.

Emittentenangaben

E.13. GEWINNPROGNOSEN ODER -SCHÄTZUNGEN

Die Emittentin sieht davon ab, eine Gewinnprognose oder eine Gewinnschätzung in den Prospekt aufzunehmen

E.14. VERWALTUNGS-, GESCHÄFTSFÜHRUNGS- UND AUFSICHTSORGANE SOWIE OBERES MANAGEMENT

E.14.1. Name nachstehender Personen sowie ihre Stellung bei der Emittentin unter Angabe der wichtigsten Tätigkeiten, die sie außerhalb der Emittentin ausüben, sofern diese für die Emittentin von Bedeutung sind

VORSTAND

Die beiden Mitglieder des Vorstandes wurden mit Beschluss vom 14.12.2005 für eine Funktionsperiode von 5 Jahren zu Vorständen der Emittentin bestellt. Die beiden Vorstandsmitglieder gehören auch dem Vorstand des ÖGV an. Die Emittentin wird durch die beiden Vorstandsmitglieder gemeinsam oder durch ein Vorstandsmitglied gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.

Vorstand Geschäftsadresse	geboren am	Funktion/Tätigkeit
Dr. Rainer Borns Löwelstraße 14, 1010 Wien	7.8.1970	<ul style="list-style-type: none">• Mitglied des Vorstands des Österreichischen Genossenschaftsverbandes
DDr. Hans Hofinger Löwelstraße 14, 1010 Wien	27.2.1950	<ul style="list-style-type: none">• Vorstandsvorsitzender des Österreichischen Genossenschaftsverbandes

PROKURISTEN

Den untenstehenden Prokuristen wurde am 14.12.2005 Prokura erteilt.

Prokuristen Geschäftsadresse:	geboren am	Funktion/Tätigkeit
Mag. Franz Groß Löwelstraße 14, 1010 Wien	23.1.1958	<ul style="list-style-type: none">• Leiter der Abteilung „Bilanz und Steuer“ des ÖGV
Günter Toifl Peregringasse 3, 1090 Wien	15.7.1961	<ul style="list-style-type: none">• Prokurist der Österreichischen Volksbanken AG

Jeder Prokurist vertritt die Gesellschaft gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied.

Emittentenangaben

AUFSICHTSRAT

Der Aufsichtsrat der Emittentin wurde mit Beschluss vom 14.12.2005 bestellt. Dem Aufsichtsrat gehören Geschäftsleiter bzw. Vorstandsmitglieder von Mitgliedern der Volksbank Gruppe an. Auf die unten stehende Tabelle wird verwiesen.

Aufsichtsrat Geschäftsadresse	geboren am	Funktion/Tätigkeit
<p>Dir. KR Dkfm. Werner Eidherr (Vorsitzender)</p> <p>Unterer Stadtplatz 21, 6332 Kufstein</p>	18.9.1941	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstandsobmann und Geschäftsleiter der VB Kufstein reg.Gen.m.b.H. • Vorsitzender-Stv. des Beirates der Österreichischen Volksbanken AG • Verbandspräsident des Österreichischen Genossenschaftsverbandes • Präsident des Verbandsrat des Österreichischen Genossenschaftsverbandes • Vorsitzender des Verwaltungsausschusses des Volksbanken Gemeinschaftsfonds • Vorsitzender des Aufsichtsrates der Volksbanken Beteiligungs Ges.m.b.H. • Vorsitzender des Aufsichtsrates der Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft Reg.Gen.m.b.H. • Mitglied des Exekutivkomitee der Confédération Internationale des Banques Populaires
<p>GD Franz Pinkl (Stellvertreter des Vorsitzenden)</p> <p>Peregringasse 3, 1090 Wien</p>	19.3.1956	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Volksbank-AG • Vizepräsident der Gruppe „Kredit“ beim Verbandsrat des Österreichischen Genossenschaftsverbandes • Vorsitzender-Stellvertreter des Verwaltungsausschusses des Volksbanken-Gemeinschaftsfonds • Vorsitzender-Stellvertreter des Aufsichtsrates der Volksbanken Beteiligungs Ges.m.b.H. • Vorsitzender Stellvertreter des Aufsichtsrates der Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft reg.Gen.m.b.H. • Obmann des Fachverbandsausschusses des Fachverbandes der Kreditgenossenschaften • Mitglied des Exekutivkomitee der Confédération Internationale des Banques Populaires

Emittentenangaben

Aufsichtsrat Geschäftsadresse	geboren am	Funktion/Tätigkeit
Dir. Mag. Ferdinand Baumgartner Stadtplatz 17, 3860 Heidenreichstein	8.6.1949	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstandsvorsitzender und Geschäftsleiter der Volksbank Oberes Waldviertel • Mitglied der Gruppe „Kredit“ beim Verbandsrat des Österreichischen Genossenschaftsverbandes • Mitglied des Verwaltungsausschusses des Volksbanken Gemeinschaftsfonds • Mitglied des Aufsichtsrates der Volksbanken Beteiligungs Ges.m.b.H. • Mitglied des Aufsichtsrates der Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft reg.Gen.m.b.H.
Dir. Mag. Harald Berger Marktplatz 3, 7423 Pinkafeld	16.5.1957	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstandsvorsitzender und Geschäftsleiter der Volksbank Südburgenland • Mitglied der Gruppe „Kredit“ beim Verbandsrat des Österreichischen Genossenschaftsverbandes • Mitglied des Verwaltungsausschusses des Volksbanken-Gemeinschaftsfonds • Mitglied des Aufsichtsrates der Volksbanken Beteiligungs Ges.m.b.H. • Mitglied des Volksbanken-Marketing-Ausschusses • Mitglied des Fachverbandsausschusses des Fachverbandes der Kreditgenossenschaften
Dir. KR Karl Steinberger Burgplatz 3, 9800 Spittal a.d. Drau	29.12.1939	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstandsvorsitzender und Geschäftsleiter der Volksbank Oberkärnten • Mitglied der Gruppe „Kredit“ beim Verbandsrat des Österreichischen Genossenschaftsverbandes • Mitglied des Verwaltungsausschusses des Volksbanken-Gemeinschaftsfonds • Mitglied des Aufsichtsrates der Volksbanken Beteiligungs Ges.m.b.H. • Mitglied des Aufsichtsrates der Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft reg.Gen.m.b.H. • Obmann-Stellvertreter des Fachverbandsausschusses des Verbandes der Kreditgenossenschaften

Emittentenangaben

Aufsichtsrat Geschäftsadresse	geboren am	Funktion/Tätigkeit
GD Dr. Walter Zandanell St. Julien-Straße 12, 5020 Salzburg	28.9.1958	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstandsvorsitzender der Volksbank Salzburg • Aufsichtsratsvorsitzender der Österreichischen Volksbanken-AG • Mitglied der Gruppe „Kredit“ beim Verbandsrat des Österreichischen Genossenschaftsverbandes • Mitglied des Verwaltungsausschusses des Volksbanken Gemeinschaftsfonds • Mitglied des Aufsichtsrates der Volksbanken Beteiligungs Ges.m.b.H. • Mitglied des Aufsichtsrates der Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft reg.Gen.m.b.H. • Mitglied des Fachverbandsausschusses des Fachverbandes der Kreditgenossenschaften
Dir. Dr. Richard Ecker Oberer Stadtplatz 25-26, 4780 Schärding	22.2.1968	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsleiter der Volksbank Schärding • Mitglied der Gruppe „Kredit“ beim Verbandsrat des Österreichischen Genossenschaftsverbandes • Mitglied des Verwaltungsausschusses des Volksbanken Gemeinschaftsfonds • Mitglied des Aufsichtsrates der Volksbanken Beteiligungs Ges.m.b.H. • Mitglied des Aufsichtsrates der Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft reg.Gen.m.b.H.
Dir. Dr. Wolfgang Ehrenguber Wiener Strasse 2a, 4013 Linz	13.8.1953	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsleiter der Sparda Bank Linz • Mitglied der Gruppe „Kredit“ beim Verbandsrat des Österreichischen Genossenschaftsverbandes • Mitglied des Verwaltungsausschusses des Volksbanken Gemeinschaftsfonds • Mitglied des Aufsichtsrates der Volksbanken Beteiligungs Ges.m.b.H. • Mitglied des Aufsichtsrates der Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft reg.Gen.m.b.H.

Emittentenangaben

Aufsichtsrat Geschäftsadresse	geboren am	Funktion/Tätigkeit
Dir. Josef Haag Malser Strasse 29, 6500 Landeck	10.3.1948	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstandsvorsitzender und Geschäftsleiter der Volksbank Landeck • Mitglied der Gruppe „Kredit“ beim Verbandsrat des Österreichischen Genossenschaftsverbandes • Mitglied des Verwaltungsausschusses des Volksbanken Gemeinschaftsfonds • Mitglied des Aufsichtsrates der Volksbanken Beteiligungs Ges.m.b.H. • Mitglied des Aufsichtsrates der Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft reg.Gen.m.b.H.
VDir. KR Erich Hackl Peregringasse 3, 1090 Wien	27.9.1952	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstandsmitglied der Österreichische Volksbanken-AG • Mitglied der Gruppe „Kredit“ beim Verbandsrat des Österreichischen Genossenschaftsverbandes • Mitglied des Verwaltungsausschusses des Volksbanken Gemeinschaftsfonds • Mitglied des Aufsichtsrates der Volksbanken Beteiligungs Ges.m.b.H. • Mitglied des Aufsichtsrates der Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft reg.Gen.m.b.H. • Mitglied des Fachverbandsausschusses des Fachverbandes der Kreditgenossenschaften • Mitglied des österreichischen Volksbankenverbundes in der Arbeitsgruppe „Euro-Anlageprodukte“ der Confédération Internationale des Banques Populaires

Emittentenangaben

Aufsichtsrat Geschäftsadresse	geboren am	Funktion/Tätigkeit
Dir. KR Dr. Hubert Kopf Ringstrasse 27, 6830 Rankweil	9.2.1942	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstandsvorsitzender der Vorarlberger Volksbank • Mitglied der Gruppe „Kredit“ beim Verbandsrat des Österreichischen Genossenschaftsverbandes • Mitglied des Verwaltungsausschusses des Volksbanken Gemeinschaftsfonds • Mitglied des Aufsichtsrates der Volksbanken Beteiligungs Ges.m.b.H. • Mitglied des Aufsichtsrates der Schulze-Delitzsch-Haftungs-genossenschaft reg.Gen.m.b.H. • Mitglied des Volksbanken-Marketing-Ausschusses • Mitglied des Fachverbandsausschusses des Fachverbandes der Kreditgenossenschaften nach dem System Schulze-Delitzsch • Mitglied des österreichischen Volksbankenverbandes in der Arbeitsgruppe „Euro-Anlageprodukte“ der Confédération Internationale des Banques Populaires
Dir. Ernst Pfennich Volksbankplatz 1, 8580 Köflach	12.10.1952	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstandsvorsitzender der Volksbank für die Süd- und Weststeiermark • Mitglied der Gruppe „Kredit“ beim Verbandsrat des Österreichischen Genossenschaftsverbandes • Mitglied des Verwaltungsausschusses des Volksbanken Gemeinschaftsfonds • Mitglied des Aufsichtsrates der Volksbanken Beteiligungs Ges.m.b.H. • Mitglied des Aufsichtsrates der Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft reg.Gen.m.b.H.

Emittentenangaben

Aufsichtsrat Geschäftsadresse	geboren am	Funktion/Tätigkeit
Dir. Josef Ponecz Kagraner Platz 48, 1220 Wien	2.3.1951	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstandsvorsitzender der Gärtnerbank • Mitglied der Gruppe „Kredit“ beim Verbandsrat des Österreichischen Genossenschaftsverbandes • Mitglied des Verwaltungsausschusses des Volksbanken Gemeinschaftsfonds • Mitglied des Aufsichtsrates der Volksbanken Beteiligungs Ges.m.b.H. • Mitglied des Aufsichtsrates der Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft reg.Gen.m.b.H. • Mitglied des Volksbanken-Organisations-Ausschusses
Dir. Mag. Peter Sekot Dr. Wilhelm Exner-Platz 1-2, 2230 Gänserndorf	4.6.1958	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsleiter der Marchfelder Volksbank • Mitglied der Gruppe „Kredit“ beim Verbandsrat des Österreichischen Genossenschaftsverbandes • Mitglied des Verwaltungsausschusses des Volksbanken Gemeinschaftsfonds • Mitglied des Aufsichtsrates der Volksbanken Beteiligungs Ges.m.b.H. • Mitglied des Aufsichtsrates der Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft reg.Gen.m.b.H.

Verwandschaftliche Beziehungen zwischen Mitgliedern der Organe sind nicht bekannt.

E.14.2. Interessenskonflikte zwischen den Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorganen sowie dem oberen Management

Die Mitglieder des Vorstandes sowie des Aufsichtsrates der Emittentin nehmen zugleich Funktionen in anderen Einrichtungen und Unternehmen der Volksbank Gruppe wahr. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass es aufgrund einer Personenidentität von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern mit Organmitgliedern anderer Einrichtungen und Unternehmen der Volksbank Gruppe zu Interessenskonflikten kommt.

E.15. BEZÜGE UND VERGÜNSTIGUNGEN

Die Aufsichtsräte haben Anspruch auf ein Sitzungsgeld in der Höhe von EUR 75,48 pro Aufsichtsratsitzung. Im Übrigen haben weder Vorstände, noch Aufsichtsräte und Prokuristen einen Anspruch auf Vergütung, in welcher Form auch immer, gegen die Emittentin.

E.15.1. Angaben der Gesamtbeträge, die von der Emittentin oder ihren Tochtergesellschaften als Reserve oder Rückstellungen gebildet werden, um Pensions- und Rentenzahlungen vornehmen oder ähnliche Vergütungen auszahlen zu können

Die Emittentin hat keine Rückstellungen gebildet, um Pensions- oder Rentenzahlungen vornehmen oder ähnliche Vergütungen leisten zu können.

E.16. PRAKTIKEN DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

E.16.1. Datum der Beendigung des laufenden Mandats

Die Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates der VB² sind jeweils mit Wirkung vom 14.12.2005 auf jeweils fünf Jahre bestellt worden. Eine Wiederbestellung ist zulässig.

E.16.2. Informationen über die Dienstleistungsverträge von Vorstand und Aufsichtsrat

Es bestehen zwischen den Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrates der Emittentin und der Emittentin keine Dienstleistungsverträge.

Emittentenangaben

E.16.3. Informationen über den Audit-Ausschuss und den Vergütungsausschuss

Seit 15.12.2005 besteht bei der Emittentin ein Bilanz- und Prüfungsausschuss. Diesem Ausschuss gehören ausschließlich Mitglieder des Aufsichtsrats der VB² an. Derzeit sind nachstehende Personen Mitglieder des Bilanz- und Prüfungsausschusses:

Mitglieder des Ausschusses	geboren am	Funktion/Tätigkeit
GD Franz Pinkl (Stellvertreter des Vorsitzenden)	19.3.1956	Siehe Kapitel E 14.1. des Prospektes
Dir. Mag. Ferdinand Baumgartner	8.6.1949	Siehe Kapitel E 14.1. des Prospektes
Dir. Mag. Harald Berger	16.5.1957	Siehe Kapitel E 14.1. des Prospektes

E.16.4. Erklärung über Corporate-Governance-Regelungen

Die Emittentin erfüllt die gesetzlichen Anforderungen des österreichischen Aktienrechts und die Anforderungen an eine genossenschaftliche Aktiengesellschaft. Die Emittentin hat sich nicht verpflichtet, den österreichischen Corporate-Governance-Code zu befolgen.

E.17. BESCHÄFTIGTE

E.17.1. Zahl der Beschäftigten

Durchschnittlich beschäftigte die Gesellschaft 20,6 Mitarbeiter im Jahr 2004. 2005 wurden durchschnittlich 8,4 Mitarbeiter beschäftigt. Derzeit beschäftigt die VB² keine eigenen Mitarbeiter. Daher wurden die nachfolgenden Tätigkeiten an die ÖVAG bzw. an den ÖGV ausgelagert.

Emittentenangaben

Tätigkeit	Durchgeführt von
OeNB-Meldungen	ÖVAG Rechnungswesen
Rechnungswesen	ÖVAG Rechnungswesen
Controlling	ÖGV
Innenrevision	dzt. ÖVAG / ab 1.4.2006 ECOVIS Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs Ges.m.b.H.
Compliance Office	ÖVAG / Compliancebeauftragter
Geldwäschebeauftragter	ÖVAG / Geldwäschebeauftragter
Depotbank	ÖVAG
Kontoverbindung	ÖVAG

E.17.2. Aktienbesitz und Aktienoptionen

Die Mitglieder des Vorstandes sowie des Aufsichtsrates und Mitglieder des oberen Managements der Emittentin halten keine Aktien der Emittentin und verfügen auch nicht über eine Option auf Erwerb von Aktien an der Emittentin. Dies gilt sinngemäß hinsichtlich der angebotsgegenständlichen VB²-PS.

E.17.3. Beschreibung etwaiger Vereinbarungen, mittels deren Beschäftigte am Kapital der Emittentin beteiligt werden können

Trifft nicht zu

E.18. HAUPTAKTIONÄRE

E.18.1. Aktionärsstruktur

Die VB² ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der VB Holding, an der alle Volksbanken als Genossenschafter beteiligt sind (siehe Kapitel E.7.1. des Prospektes). Die VB Holding hält somit sämtliche 5.086.900 Stückaktien, in die das Grundkapital der Emittentin im Betrag von EUR 5.086.900,-- eingeteilt ist.

Emittentenangaben

E.18.2. Stimmrechte

Jede der 5.086.900 Stückaktien gewährt das Recht auf eine Stimme in der Hauptversammlung. Alle Stimmrechte liegen bei der VB Holding. Sämtliche Aktien gewähren dasselbe Stimmrecht.

E.18.3. Unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen sowie Beherrschungsverhältnisse

Die VB Holding ist Alleingesellschafter der Emittentin. An der VB Holding sind die Volksbanken zu 94,25 %, die Mitglieder des ÖGV (Gruppe Ware und Dienstleistungen) zu 5,75 % beteiligt. Kein Mitglied des ÖGV ist zu mehr als 10 % an der VB Holding beteiligt.

E.18.4. Der Emittentin sind derzeit keine Beziehungen unter den Mitgliedern des ÖGV bekannt, die auf eine Beherrschung der VB Holding und somit der VB² durch einzelne Mitglieder des ÖGV schließen lassen. Vereinbarungen, deren Ausübung zu einer Veränderung der Kontrolle der Emittentin führen könnte

Trifft nicht zu

E.19. GESCHÄFTE MIT VERBUNDENEN PARTEIEN

Der Kreis der verbundenen Parteien setzt sich aus der VB Holding und jenen Mitgliedern des ÖGV sowie Verbundeinrichtungen, insbesondere dem ÖGV selbst und der SDH zusammen, deren Vertreter teilweise dem Vorstand und dem Aufsichtsrat der VB² angehören.

Während des Zeitraums, der von den historischen Finanzinformationen bis zum Datum der Erstellung des Prospekts abgedeckt wird, wurden keine Geschäfte mit verbundenen Parteien, ausgenommen die Veranlagung der liquiden Mittel der Emittentin auf dem Geldmarkt sowie die Auslagerung von Verwaltungstätigkeiten (siehe Kapitel E.17) abgewickelt.

E.20. FINANZIELLE INFORMATIONEN ÜBER DIE VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE DER EMITTENTIN

E.20.1. Historische Finanzinformationen

Die Emittentin erstellt keinen konsolidierten Konzernabschluss, sondern wird selbst in den Konzernabschluss der VB Holding einbezogen.

Emittentenangaben

Hinsichtlich der historischen Finanzinformationen wird auf die in diesem Prospekt als Anlage I angeschlossenen Jahresabschlüsse zum 31.12.2003, 31.12.2004 und 31.12.2005 verwiesen (Siehe auch Kapitel E.3.1).

E.20.2. Pro Forma- Finanzinformationen

Die Emittentin hat eine Rohbilanz (ungeprüft) zum 31.3.2006 erstellt.

E.20.3. Jahresabschluss

Im Folgenden werden die Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung aus den Jahren 2003, 2004 und 2005 aus dem Anhang der VBC dargestellt:

Jahresabschluss zum 31.12.2005:

Bilanz zum 31.12.2005:

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den in der Bilanz erfassten, zum Börsenhandel zugelassenen festverzinslichen Wertpapieren notierten EUR 5.049.940,00 (31.12.2004 TEUR: 5.550) an der Börse. Im Bilanzwert der festverzinslichen Wertpapiere zum 31.12.2005 sind anteilige Zinsen in Höhe von EUR 173.093,54 (31.12.2004 TEUR: 174) enthalten. Der Ansatz der Wertpapiere des Anlagevermögens erfolgte zu den Anschaffungskosten oder niedrigeren Marktwerten am Bilanzstichtag. Der beizulegende Zeitwert zum 31.12.2005 beträgt EUR 5.176.290,00.

Die Wertpapiere weisen folgende Restlaufzeiten auf:

Wertpapiere mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre EUR 5.049.940,00 (2004 TEUR: 5.550)

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Der Aktivposten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von EUR 12.427,44 (31.12.2004 TEUR: 12) beinhaltet keine zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere. Der beizulegende Zeitwert zum 31.12.2005 beträgt EUR 12.650,86.

Sachanlagen

Zur Entwicklung der Position des Anlagevermögens wird auf den Anlagenspiegel verwiesen.

Emittentenangaben

Sonstige Vermögensgegenstände

Aufgliederung:

Provisionsverrechnungen	EUR 0,00 (2004 TEUR: 354)
Honorarverrechnungen	EUR 2.043,93 (2004 TEUR: 94)
Andere Forderungen	<u>EUR 4.183,45 (2004 TEUR: 20)</u>
	EUR 6.227,38 (2004 TEUR: 469)

Aufgliederung der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen:

Forderungen an Kreditinstitute	EUR 1.705.669,19 (2004 TEUR: 1.836)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	EUR 5.223.033,54 (2004 TEUR: 5.725)
Sonstige Vermögensgegenstände	<u>EUR 0,00 (2004 TEUR: 367)</u>
	EUR 6.928.702,73 (2004 TEUR: 7.927)

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

	EUR 0,00 (2004 TEUR: 33)
Steuer- und Abgabenverbindlichkeiten	EUR 64,63 (2004 TEUR: 33)
Rückständige Personalansprüche	EUR 0,00 (2004 TEUR: 1)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	<u>EUR 941.054,99 (2004 TEUR: 2.119)</u>
	EUR 941.119,62 (2004 TEUR: 2.186)

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 941.054,99 beinhalten die Gewinnabfuhrverpflichtung in Höhe von EUR 935.846,99 und Leistungsverrechnungen in Höhe von EUR 5.208,00.

Sämtliche Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 941.119,62 (31.12.2004 TEUR: 2.186) haben Restlaufzeiten bis zu einem Jahr.

Emittentenangaben

Gewinn und Verlustrechnung zum 31.12.2005

Nettozinserträge mit EUR 248.851,32 (2004 TEUR: 255) resultieren aus Zinserträgen in Höhe von EUR 25.998,90 (2004 TEUR: 25) sowie Erträgen aus Wertpapieren in Höhe von EUR 222.852,42 (2004 TEUR: 230).

Provisionserträge in Höhe von EUR 3.826.937,55 (2004 TEUR: 5.075) stammen vorwiegend aus betriebswirtschaftlicher Beratung und aus der Vermittlung von Wertpapiergeschäften (hievon aus Mittel- und Osteuropa EUR 130.923,38). Die Erträge umfassen auf Grund der Verschmelzung des Dienstleistungsgeschäftes mit dem Sales-Bereich des ÖVAG-Treasury mit Wirkung 01.10.2005 nur die Quartale 1-3/2005.

Sonstige betriebliche Erträge in Höhe von EUR 296.079,38 (2004 TEUR: 155) resultieren aus der Verrechnung von Researchmaterial in Höhe von EUR 21.100,00 (2004 TEUR: 18), aus weiterverrechneten Personal- und Bildungsaufwendungen in Höhe von EUR 1.354,77 (2004 TEUR: 5), aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von EUR 273.002,10 (2004 TEUR: 48) sowie aus sonstigen Erträgen in Höhe von EUR 622,51 (2004 TEUR: 1).

Der Sachaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

Überrechnete Personalaufwendungen	EUR	766.890,72 (2004 TEUR: 1.094)
Miet-Raum-Leasing und Verwaltungsaufwand		
	EUR	471.711,39 (2004 TEUR: 717)
Rechts-, Prüfungs- und Beratungsaufwand	EUR	64.935,60 (2004 TEUR: 108)
Reisekosten und Fahrtkosten	EUR	23.011,65 (2004 TEUR: 25)
EDV-Aufwand	EUR	58.991,99 (2004 TEUR: 109)
Aufwand für den Nachrichtenverkehr	EUR	4.368,09 (2004 TEUR: 9)
Büromaterial, Drucksorten, Literatur	EUR	14.999,60 (2004 TEUR: 29)
Werbung und Repräsentation	EUR	24.063,58 (2004 TEUR: 30)
Veranstaltungen	EUR	26.182,65 (2004 TEUR: 17)
Schadensfälle	EUR	0,00 (2004 TEUR: 30)
Verschieden unter je TEUR 3	EUR	<u>11.564,66 (2004 TEUR: 12)</u>
	EUR	1.466.719,93 (2004 TEUR: 2.181)

Jahresabschluss zum 31.12.2004

Bilanz zum 31.12.2004

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den in der Bilanz erfassten, zum Börsenhandel zugelassenen festverzinslichen Wertpapieren notierten EUR 5.550.290,00 (31.12.2003 TEUR: 5.550) an der Börse. Im Bilanzwert der festverzinslichen Wertpapiere zum 31.12.2004 sind anteilige Zinsen in Höhe von EUR 174.264,80 (31.12.2003 TEUR: 174) enthalten.

Der Ansatz der Wertpapiere des Anlagevermögens erfolgte zu den Anschaffungskosten oder niedrigeren Marktwerten am Bilanzstichtag. Der beizulegende Zeitwert zum 31.12.2004 beträgt EUR 5.757.450,00.

Die Wertpapiere weisen folgende Restlaufzeiten auf:

Wertpapiere mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre EUR 5.049.940,00 (2003 TEUR: 5.550)

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Der Aktivposten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von EUR 12.427,44 (31.12.2003 TEUR: 11) beinhaltet keine zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere. Der beizulegende Zeitwert zum 31.12.2004 beträgt EUR 12.652,52.

Sachanlagen

Zur Entwicklung der Position des Anlagevermögens wird auf den Anlagenspiegel verwiesen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Aufgliederung:

Provisionsverrechnungen	EUR 353.635,27 (2003 TEUR: 196)
Honorarverrechnungen	EUR 93.683,00 (2003 TEUR: 35)
Andere Forderungen	<u>EUR 21.191,91 (2003 TEUR: 19)</u>
	EUR 468.510,18 (2003 TEUR: 250)

Emittentenangaben

Aufgliederung der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen:

Forderungen an Kreditinstitute	EUR 1.836.126,68 (2003 TEUR: 2.275)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	EUR 5.724.554,80 (2003 TEUR: 5.725)
Sonstige Vermögensgegenstände	<u>EUR 366.562,27 (2003 TEUR: 123)</u>
	EUR 7.927.243,75 (2003 TEUR: 8.123)

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

EUR 33.225,95 (2003 TEUR: 430)

Steuer- und Abgabenverbindlichkeiten EUR 32.893,97 (2003 TEUR: 20)

Rückständige Personalansprüche EUR 669,17 (2003 TEUR: 3)

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

EUR 2.119.028,36 (2003 TEUR: 2.031)

EUR 2.185.817,45 (2003 TEUR: 2.484)

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 2.119.028,36 beinhalten die Verbindlichkeit aus der Verrechnung von Personal- und Sachleistungen der ÖVAG in Höhe von EUR 1.066.535,00, die Gewinnabfuhrverpflichtung in Höhe von EUR 1.045.345,86 und Leistungsverrechnungen in Höhe von EUR 7.147,50.

Sämtliche Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 2.185.817,45 (31.12.2003 TEUR: 2.484) haben Restlaufzeiten bis zu einem Jahr.

Gewinn und Verlustrechnung zum 31.12.2004

Nettozinserträge mit EUR 254.920,57 (2003 TEUR: 254) resultieren aus Zinserträgen in Höhe von EUR 25.406,30 (2003 TEUR: 20), Erträgen aus Wertpapieren in Höhe von EUR 229.514,52 (2003 TEUR: 234) sowie aus Zinsaufwendungen in Höhe von EUR 0,25 (2003 TEUR: 0).

Provisionserträge in Höhe von EUR 5.075.524,27 (2003 TEUR: 4.411) stammen vorwiegend aus betriebswirtschaftlicher Beratung und aus der Vermittlung von Wertpapiergeschäften (hievon aus Mittel- und Osteuropa EUR 278.139,40).

Emittentenangaben

Sonstige betriebliche Erträge in Höhe von EUR 154.642,05 (2003 TEUR: 98) resultieren aus dem Verkauf von Publikationen in Höhe von EUR 21.060,00 (2003 TEUR: 13), aus der Verrechnung von Researchmaterial in Höhe von EUR 18.300,00 (2003 TEUR: 19), aus weiterverrechneten Personal- und Bildungsaufwendungen in Höhe von EUR 5.000,50 (2003 TEUR: 16), aus der Verrechnung Projekt SAP-Schulungen in Höhe von EUR 61.552,50 (2003 TEUR: 0), aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von EUR 48.113,33 (2003 TEUR: 46) sowie aus sonstigen Erträgen in Höhe von EUR 615,72 (2003 TEUR: 4).

Der Sachaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

Überrechnete Personalaufwendungen	EUR	1.094.294,03 (2003 TEUR: 783)
Miet-Raum-Leasing und Verwaltungsaufwand		
	EUR	717.202,74 (2003 TEUR: 713)
Rechts-, Prüfungs- und Beratungsaufwand	EUR	107.645,45 (2003 TEUR: 46)
Reisekosten und Fahrtkosten	EUR	25.145,71 (2003 TEUR: 31)
EDV-Aufwand	EUR	108.914,67 (2003 TEUR: 98)
Aufwand für den Nachrichtenverkehr	EUR	9.094,25 (2003 TEUR: 8)
Büromaterial, Drucksorten, Literatur	EUR	28.984,21 (2003 TEUR: 23)
Werbung und Repräsentation	EUR	30.502,23 (2003 TEUR: 64)
Veranstaltungen	EUR	16.656,79 (2003 TEUR: 24)
Schadensfälle	EUR	30.450,00 (2003 TEUR: 65)
Aufwand für die Erstellung eigener Publikationen		
	EUR	88,20 (2003 TEUR: 3)
Verschieden unter je TEUR 3	EUR	12.130,65 (2003 TEUR: 8)
	EUR	2.181.108,93 (2003 TEUR: 1.866)

Jahresabschluss zum 31.12.2003:

Bilanz zum 31.12.2003

Gliederung der nicht täglich fälligen Forderungen und Guthaben nach Fristigkeiten

An Kreditinstitute mit einer Restlaufzeit bis drei Monate EUR 0,00 (2002 TEUR: 652).

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den in der Bilanz erfassten, zum Börsehandel zugelassenen festverzinslichen Wertpapieren notierten EUR 5.550.290,00 (31.12.2002 TEUR: 5.476) an der Börse. Im

Emittentenangaben

Bilanzwert der festverzinslichen Wertpapiere zum 31.12.2003 sind anteilige Zinsen in Höhe von EUR 174.374,37 (31.12.2002 TEUR: 178) enthalten.

Der Ansatz der Wertpapiere des Anlagevermögens erfolgte zu den Anschaffungskosten oder niedrigeren Marktwerten am Bilanzstichtag.

Die Wertpapiere weisen folgende Restlaufzeiten auf:

Wertpapiere mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre EUR 5.550.290,00 (2002 TEUR: 5.476)

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Der Aktivposten Aktien und andere festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von EUR 10.824,85 (31.12.2002 TEUR: 11) beinhaltet keine zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere. Die Buchwerte zum 31.12.2003 entsprechen den Tageswerten am Bilanzstichtag.

Sachanlagen

Zur Entwicklung der Position des Anlagevermögens wird auf den Anlagespiegel verwiesen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Aufgliederung:

Wertpapierverrechnungen	EUR 196.258,29 (2002 TEUR: 95)
Forderungen aus sonstigen Lieferungen und Leistungen	EUR 34.568,00 (2002 TEUR: 40)
Andere Forderungen	<u>EUR 18.867,44 (2002 TEUR: 24)</u>
	EUR 249.693,73 (2002 TEUR: 159)

Aufgliederung der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen:

Forderungen an Kreditinstitute	EUR 2.274.813,52 (2002 TEUR: 1.582)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	EUR 5.724.664,37 (2003 TEUR: 5.654)
Sonstige Vermögensgegenstände	<u>EUR 122.535,67 (2003 TEUR: 18)</u>
	EUR 8.122.013,56 (2003 TEUR: 7.254)

Emittentenangaben

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	EUR	430.553,57	(2002 TEUR: 428)
Steuer- und Abgabenverbindlichkeiten	EUR	19.702,93	(2002 TEUR: 24)
Rückständige Personalansprüche	EUR	2.947,53	(2002 TEUR: 0)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen			
	<u>EUR</u>	<u>2.030.855,33</u>	<u>(2002 TEUR: 1.355)</u>
	EUR	2.484.059,36	(2001 TEUR: 1.807)

Sämtliche Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 2.484.059,36 (31.12.2002 TEUR: 1.807) haben Restlaufzeiten bis zu einem Jahr.

Gewinn und Verlustrechnung zum 31.12.2003

Nettozinserträge mit EUR 253.943,40 (2002 TEUR: 258) resultieren aus Zinserträgen in Höhe von EUR 19.520,38 (2002 TEUR: 20) und Erträgen aus Wertpapieren in Höhe von EUR 234.423,02 (2002 TEUR: 238).

Provisionserträge in Höhe von EUR 4.411.064,01 (2002 TEUR: 3.513) stammen vorwiegend aus betriebswirtschaftlicher Beratung und aus der Vermittlung von Wertpapiergeschäften (hievon aus Mittel- und Osteuropa EUR 472.404,58).

Sonstige betriebliche Erträge in Höhe von EUR 97.524,45 (2002 TEUR: 273) resultieren im Wesentlichen aus dem Verkauf von Publikationen in Höhe von EUR 13.129,50 (2002 TEUR: 71), aus der Verrechnung von Inserateinschaltungen in Höhe von EUR 0,00 (2002 TEUR: 36), aus der Verrechnung von Researchmaterial in Höhe von EUR 18.820,00 (2002 TEUR: 12), aus weiterverrechneten Personal- und Bildungsaufwendungen in Höhe von EUR 16.218,40 (2002 TEUR: 126), aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von EUR 45.508,98 (2002 TEUR: 20) sowie aus sonstigen Erträgen in Höhe von EUR 3.847,57 (2002 TEUR: 8).

E.20.4. Prüfung der historischen jährlichen Finanzinformationen

Die Jahresabschlüsse der Emittentin zum 31.12.2003, 31.12.2004 und 31.12.2005 wurden jeweils der gesetzlichen Abschlussprüfung unterzogen und mit einem Bestätigungsvermerk versehen. Vergleiche dazu die Bestätigungsvermerke in den Jahresabschlüssen zum 31.12. 2003, 31.12. 2004 und zum 31.12.2005 in der Anlage I.I. bis I.III (Seite 124, 146 und 170).

Emittentenangaben

E.20.5. Alter der jüngsten Finanzinformationen

Die jüngsten geprüften Finanzinformationen wurden der Tagesrohbilanz zum 31.3.2006 entnommen.

E.20.6. Zwischenfinanzinformationen und sonstige Finanzinformationen

Zwischenfinanzinformationen wurden in Form einer Tagesrohbilanz zum 31.3.2006 erstellt.

E.20.7. Dividendenpolitik

In den Geschäftsjahren 2003, 2004 und 2005 wurde laut Ergebnisabführungsvertrag jeweils der gesamte Jahresgewinn abgeführt.

E.20.8. Gerichtsverfahren und Schiedsgerichtsverfahren

Derzeit ist die Emittentin nicht Partei von Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren oder Gegenstand staatlicher Interventionen. Nach Kenntnis der Emittentin drohen auch weder staatliche Interventionen noch Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren.

E.20.9. Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage oder der Handelsposition der Emittentin

Seit dem Ende des letzten Geschäftsjahres am 31.12.2005 sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage oder der Handelsposition der Emittentin eingetreten. Hinsichtlich der historischen Finanzinformationen wird auf Kapitel E.3.1.

E.21. ZUSÄTZLICHE ANGABEN

E.21.1. Aktienkapital

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 5.086.900,-- (in Worten: Euro fünf Millionen sechshundachtzigtausend neunhundert) und ist zur Gänze eingezahlt.

Es ist in 5.086.900 auf den Namen lautende vinkulierte Stückaktien eingeteilt.

Emittentenangaben

Die Übertragung der vinkulierten Namensaktien ist an die Zustimmung der Gesellschaft gebunden. Die Zustimmung erteilt der Vorstand nach vorheriger Zustimmung durch den Aufsichtsrat.

Die Zustimmung kann nur aus wichtigem Grund versagt werden. Als wichtiger Grund gilt insbesondere, wenn der in Aussicht genommene Erwerber nicht Mitglied des ÖGV ist.

Es bestehen keine konvertierbaren Wertpapiere oder Wertpapiere mit Optionsscheinen und keine sonstigen Ansprüche auf die Ausgabe weiterer Aktien an der Emittentin.

E.21.1.1. Betrag des ausgegebenen Kapitals und für jede Kategorie des Aktienkapitals:
Zahl der zugelassenen Aktien, Zahl der ausgegebenen und voll eingezahlten Aktien, Nennwert pro Aktie und Zahl der noch ausstehenden Aktien

Bei den bei der Emittentin ausgegebenen Aktien handelt es sich um 5.086.000 Stückaktien, die einen Anteil am Grundkapital der Emittentin im Betrag von jeweils EUR 1,00 repräsentieren.

E.21.1.2. Aktien, die nicht Bestandteil des Eigenkapitals sind

Trifft nicht zu

E.21.1.3. Von der Emittentin, in ihrem Namen oder von ihren Tochtergesellschaften gehaltene Aktien

Weder die Emittentin selbst hält eigene Aktien noch werden Aktien der Emittentin im Namen der Emittentin von Dritten oder von Tochtergesellschaften der Emittentin gehalten.

E.21.1.4. Wandelbare Wertpapiere, umtauschbare Wertpapiere oder Wertpapiere mit Optionsscheinen

Es existieren keine Wertpapiere, die einen Anspruch auf Erwerb von Aktien der Emittentin durch Umtausch, Wandlung oder Ausübung einer Option gewähren.

Emittentenangaben

E.21.1.5. Angaben über eventuelle Akquisitionsrechte auf nicht geschaffenes Kapital oder in Bezug auf eine Kapitalerhöhung

Akquisitionsrechte oder Verpflichtungen in Bezug auf genehmigtes, aber noch nicht geschaffenes Kapital oder in Bezug auf eine Kapitalerhöhung bei der Emittentin existieren nicht.

E.21.1.6. Optionsrechte

Trifft nicht zu

E.21.1.7. Entwicklung des Aktienkapitals

Die Emittentin wurde mit einem Grundkapital in der Höhe von EUR 5.086.900,-- errichtet. Seitdem ist das Grundkapital der Emittentin unverändert geblieben. Eine Entwicklung des Grundkapitals gibt es somit nicht.

E.21.2. Satzung und Statuten der Gesellschaft

Die Satzung gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 14.12.2005 ist in vollständiger Fassung bei der FMA hinterlegt worden, die Dokumente können am Sitz der Emittentin eingesehen werden; vergleiche Kapitel E.24.

E.21.2.1. Zielsetzungen der Emittentin

Gemäß ihrer Satzung (§ 2 Abs. 2) hat die Emittentin insbesondere folgende Hauptaufgaben:

- a) Die Kapitalaufbringung auf dem nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmarkt, insbesondere durch Ausgabe von Partizipationskapital, Genussrechten, Schuldverschreibungen, stillen Beteiligungen und sonstigen kapitalmarktfähigen Finanzierungsinstrumenten und
- b) die Veranlagung der aufgebrachten Mittel bei den in Abs 1 genannten juristischen Personen vornehmlich in eigenmittelwirksamer Form, ferner
- c) die Unterstützung der Mitglieder des Österreichischen Genossenschaftsverbandes

Emittentenangaben

(Schulze-Delitzsch) bei der Durchführung von eigenen Wertpapieremissionen und allen damit zusammenhängenden marktfördernden Maßnahmen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig oder nützlich sind, wie insbesondere zur Beteiligung an juristischen Personen und zur Errichtung von Tochtergesellschaften.

E.21.2.2. Zusammenfassung der Bestimmungen für Vorstand und Aufsichtsrat

Hinsichtlich der Bestimmungen in der Satzung der Emittentin für den Vorstand wird auf die §§ 9 bis 12 der Satzung, hinsichtlich der Bestimmungen für den Aufsichtsrat der Emittentin auf die §§ 13 bis 18 der Satzung der Emittentin, verwiesen. Neben den zitierten Bestimmungen der Satzung (für den Vorstand §§ 9 bis 12; für den Aufsichtsrat §§ 13 bis 18) bestehen jeweils separate Geschäftsordnungen für Vorstand bzw. Aufsichtsrat.

Bezüglich der Aufnahme von Partizipationskapital sowie der Richtlinien für die Veranlagung der Mittel bedürfen die Handlungen des Vorstandes der Zustimmung des Aufsichtsrates (§ 10 Abs. 2 lit a und lit b der Satzung).

E.21.2.3. Beschreibung der Rechte, Vorrechte und Beschränkungen, die an jede Kategorie der vorhandenen Aktien und des Partizipationskapitals gebunden sind

Es besteht eine Kategorie von Aktien. Dies sind vinkulierte Namensaktien, deren Übertragung an die Zustimmung durch den Aufsichtsrat der VB² gebunden ist. Die Alleinaktionärin der VB² – die VB Holding – hat das Recht, an Hauptversammlungen mit Sitz und Stimme teilzunehmen.

Die angebotsgegenständlichen Partizipationsscheine verbriefen den Anspruch auf gewinnabhängige Erträge (vergleiche hierzu auch in der Wertpapierbeschreibung das Kapitel F.4.5.). Als Gewinn ist der Bilanzgewinn zu verstehen. Der Bilanzgewinn ist das Ergebnis des Geschäftsjahres (Jahresgewinn) nach Rücklagenbewegung gemäß § 23 Abs. 4 Z 3 BWG. Die Partizipanten erhalten auf Grund eines entsprechenden Hauptversammlungsbeschlusses einen gegenüber den Aktionären vorzugsweisen Anteil am Bilanzgewinn der Emittentin, jedoch höchstens im Ausmaß des durchschnittlichen 3-Monats-EURIBOR des jeweiligen Kalenderjahres, das dem Kalenderjahr unmittelbar vorangegangen

Emittentenangaben

ist, in dem das jeweilige Geschäftsjahr der Emittentin endet, zuzüglich 130 Basispunkten, soweit dieser im Bilanzgewinn des jeweiligen Geschäftsjahres der Emittentin Deckung findet. Die Partizipanten haben keinen Anspruch darauf, dass nicht ausgezahlte Gewinnanteile in späteren Geschäftsjahren nachgezahlt werden. Auf die erstmalige Beteiligung der Inhaber des VB²-PS am allfälligen Bilanzgewinn der Emittentin zum 31.7.2007 sowie die Berechnung des durchschnittlichen 3-Monats-EURIBOR für Zwecke der erstmaligen Beteiligung an einem Bilanzgewinn der Emittentin (zum 31.7.2007) wird hingewiesen.

Die Dividendenausschüttung der VB² erfolgt nach der ordentlichen Hauptversammlung der VB², in der über die Verwendung des Bilanzgewinns des betreffenden Geschäftsjahres beschlossen wird, spätestens jedoch bis zum 31.10. eines laufenden Jahres, wobei in die Ausschüttung der Emittentin jeweils jene Erträge Eingang finden, die die Emittentin aus der Veranlagung in Mitglieder des ÖGV in Form von Partizipationskapital für das unmittelbar vor ihrem Bilanzstichtag des jeweiligen Geschäftsjahres zu Ende gegangene Geschäftsjahr der Mitglieder des ÖGV von diesen ausgeschüttet bekommen hat. Die Dividendengutschrift erfolgt über das für den Partizipanten depotführende Kreditinstitut.

Partizipanten steht das Auskunftsrecht gem. § 23 Abs. 5 BWG zu. Sie haben daher das Recht, an den Hauptversammlungen der Emittentin teilzunehmen; es sind ihnen Auskünfte im Sinne des § 112 AktG zu geben. Die Partizipationsscheine gewähren keine darüber hinausgehenden Rechte, insbesondere keine sonstigen Mitgliedschaftsrechte, wie z.B. das Stimmrecht oder das Recht, in der Hauptversammlung Anträge zu stellen.

Für den Fall, dass durch eine Maßnahme der Emittentin, insbesondere durch Begebung weiteren Partizipationskapitals, die Vermögensrechte der Partizipanten beeinträchtigt werden, wird dies die Emittentin in sinngemäßer Anwendung der Regelungen des § 23 Abs. 5 BWG angemessen ausgleichen.

E.21.2.4. Erläuterung der Maßnahmen, um die Rechte der Aktionäre und Partizipanten zu ändern

Soweit gesetzlich zulässig, können die Emissionsbedingungen, auf deren Grundlage der VB²-PS begeben wird, durch Vereinbarung zwischen der Emittentin und den Partizipanten ergänzt und abgeändert werden. Die Partizipanten stimmen jedoch bereits vorweg einer einseitigen Anpassung der Emissionsbedingungen durch die Emittentin zu, wenn und insoweit dies erforderlich wird, um bei Veränderung gesetzlicher Rahmenbedingungen

Emittentenangaben

(insbesondere des BWG) die Anrechenbarkeit des Partizipationskapitals als Kernkapital im Sinne des Bankwesenrechtes zu erhalten. Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit und ohne jede Angabe von Gründen das Partizipationskapital gemäß den aktiengesetzlichen Vorschriften herabzusetzen oder gemäß den Bestimmungen des BWG einzuziehen, wobei die Emittentin diese Maßnahmen insbesondere dann treffen wird, wenn die Anrechenbarkeit des Partizipationskapitals als Kernkapital im Sinne des Bankwesenrechts nicht mehr gewährleistet ist.

Sollte eine Bestimmung unwirksam oder undurchführbar sein, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung wird durch eine solche ersetzt, die dem in diesen Bedingungen zum Ausdruck kommenden Willen der Vertragsteile am nächsten kommt. Wenn die vorliegenden Bedingungen eine Lücke enthalten, erfolgt deren Ausfüllung gleichfalls nach dem in diesen Bedingungen zum Ausdruck kommenden Willen der Vertragsteile.

In allen Fällen, in denen eine Willensbildung auf Seiten der Partizipanten erforderlich ist, erfolgt diese in einer zu diesem Zweck von der Emittentin nach den Regeln über die Einberufung einer Gesellschafterversammlung abzuhaltenden Partizipantenversammlung. Diese Partizipantenversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden oder vertretenen Partizipanten bzw. des repräsentierten Partizipationskapitals beschlussfähig; Beschlüsse bedürfen einer Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen.

E.21.2.5. Einberufung der Hauptversammlung

Die Hauptversammlung der VB² wird gemäß § 19 Abs. 1 der Satzung der VB² durch den Vorstand oder Aufsichtsrat einberufen. Partizipanten haben das Recht, an der Hauptversammlung der Emittentin teilzunehmen.

E.21.2.6. Satzungsmäßige Bestimmungen für einen Aufschub oder eine Verhinderung eines Wechsels in der Kontrolle der Emittentin

Gemäß § 5 der Satzung der Emittentin gilt: Die Übertragung der vinkulierten Namensaktien ist an die Zustimmung der Gesellschaft gebunden. Die Zustimmung erteilt der Vorstand nach vorheriger Zustimmung durch den Aufsichtsrat. Die Zustimmung kann nur aus wichtigem Grund versagt werden. Als wichtiger Grund gilt insbesondere, wenn der in Aussicht genommene Erwerber nicht Mitglied des ÖGV ist.

Emittentenangaben

E.21.2.7. Offenlegung des Aktienbesitzes ab bestimmtem Schwellenwert

Eine Offenlegung des Aktienbesitzes ab einem bestimmten Schwellenwert ist nicht vorgesehen. Gemäß § 35 AktG ist im Firmenbuch einzutragen, wenn sämtliche Aktien von einem einzigen Aktionär gehalten werden.

E.21.2.8. Bestimmungen zu den Veränderungen des Eigenkapitals

Es sind keine speziellen und strengeren Bestimmungen als nach dem BWG und AktG vorgesehen.

E.22. WESENTLICHE VERTRÄGE

Es gibt bei der Emittentin keine wesentlichen Verträge außer den zwischen der Emittentin und den Mitgliedern des ÖGV abgeschlossenen Verträgen, die den Vertrieb des VB²-PS durch die Mitglieder des ÖGV einerseits und die Zeichnung von Partizipationskapital der Emittentin bei den Mitgliedern des ÖGV andererseits regeln.

E.23. ANGABEN UND ERKLÄRUNGEN

E.23.1. Historische Finanzinformationen

Die Daten hinsichtlich der historischen Finanzinformationen wurden den Jahresabschlüssen jeweils zum 31.12.2003, 31.12.2004 und zum 31.12.2005 entnommen. Diese hat als Abschlussprüfer geprüft:

KPMG Alpen Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft
Kolingasse 19
A-1090 Wien

E.23.2. Bestätigung der korrekten Wiedergabe

Die Emittentin bestätigt, dass sie die Angaben korrekt wiedergegeben hat und soweit ihr bekannt, keine Tatsachen unterschlagen wurden, die die wiedergegebenen Informationen

Emittentenangaben

unkorrekt oder irreführend machen würden. Hinsichtlich der Quelle der von der Emittentin übernommenen Informationen wird auf Kapitel E.23.1. verwiesen.

E.24. EINSEHBARE DOKUMENTE

Die Emittentin erklärt hiermit, dass während der Gültigkeitsdauer des gegenständlichen Prospektes folgende Dokumente oder deren Kopien eingesehen werden können:

- a) Die Satzung ist in vollständiger Fassung bei der FMA hinterlegt und kann am Sitz der Emittentin eingesehen werden,
- b) Informationen betreffend die Emittentin können auf der Homepage der Emittentin www.volksbank-quadrat.at eingesehen werden,
- c) Jahresabschlüsse der Emittentin (vormals VBC) zum 31.12.2003, 31.12.2004 und 31.12.2005.

Der gegenständliche Prospekt wird von der Emittentin gemäß § 10 Abs. 2 KMG dadurch veröffentlicht, dass er den interessierten Anlegern am Sitz der Emittentin kostenlos zur Verfügung gestellt wird; die Emittentin wird den Zeitpunkt, ab dem die zur Verfügungstellung des Prospekts erfolgt, im Amtsblatt zur Wiener Zeitung bekannt machen.

Veröffentlichungen und Bekanntmachungen der Emittentin, die das gegenständliche öffentliche Angebot und seine Bedingungen betreffen, erfolgen durch Abdruck und/oder im Wege der Hinweisbekanntmachung im Amtsblatt zur Wiener Zeitung.

E.25. ANGABEN ÜBER BETEILIGUNGEN

Die Emittentin hält eine Beteiligung an der:

SCHULZE-DELITZSCH-HAFTUNGS-GENOSSENSCHAFT registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, mit der Geschäftsanschrift Löwelstraße 14, 1010 Wien, und ist eingetragen im Firmenbuch zu FN 97731y.

F. WERTPAPIERBESCHREIBUNG

F.1. VERANTWORTLICHE PERSONEN

F.1.1. Personen, die für die im Prospekt gemachten Angaben verantwortlich sind

Die Volksbank-Quadrat Bank AG mit Sitz in Wien, („Emittentin“ oder „VB²“), ist für die im Prospekt gemachten Angaben gemäß Artikel 6 des Prospekt RL und § 11 Abs. 1 Kapitalmarktgesetz verantwortlich und erklärt, dass sie die erforderliche Sorgfalt hat walten lassen, um sicherzustellen, dass die im Prospekt genannten Angaben nach ihrem Wissen richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen werden, die die Aussage des Prospekts verändern. Auf Kapitel E.1 wird hingewiesen.

F.1.2. Erklärung über Richtigkeit und Anführung der relevanten Angaben

Die VB² erklärt, dass sie die erforderliche Sorgfalt bei der Erstellung des Prospekts hat walten lassen, um sicherzustellen, dass die im Prospekt genannten Angaben nach ihrem Wissen richtig sind und keine Tatsachen verschwiegen werden, die die Aussage des Prospekts wahrscheinlich verändern können.

F.2. WERTPAPIERBEZOGENE RISIKOFAKTOREN

Auf den Abschnitt D (Risikofaktoren) wird verwiesen.

F.3. WICHTIGE ANGABEN

F.3.1. Erklärung zum Geschäftskapital

Das Geschäftskapital im Sinne von § 23 Abs. 14 BWG iVm § 22 Abs. 1 BWG sowie Artikel 127 CESR Regulation stellt sich wie in Kapitel E 10.1. beschrieben dar.

Wertpapierbeschreibung

F.3.2. Kapitalbildung und Verschuldung

VB² ist derzeit zu 100% mit Eigenkapital ausgestattet. Die Aufnahme von Fremdkapital ist vorerst nicht vorgesehen. Die Emittentin behält sich jedoch vor, VB²-PS zu einem späteren Zeitpunkt einzuziehen bzw. nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zurück zu erwerben. Dies unter Umständen auch unter Aufnahme von Fremdkapital. Ferner bestehen bei der Emittentin keine Nettofinanzverbindlichkeiten. Auf Kapitel E.10 wird hingewiesen. Die Eventualverbindlichkeiten betragen EUR 800,--.

F.3.3. Interessen von Seiten natürlicher und juristischer Personen, die an der Emission/dem Angebot beteiligt sind

Die Mitglieder des Vorstandes sowie des Aufsichtsrates der Emittentin nehmen zugleich Funktionen in anderen Einrichtungen und Unternehmen der Volksbank Gruppe wahr. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass es aufgrund einer Personenidentität von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern mit Organmitgliedern anderer Einrichtungen und Unternehmen der Volksbank Gruppe zu Interessenskonflikten kommt. Auf Kapitel E.14.1 und Kapitel E.14.2. des Prospekts wird verwiesen. Ferner sind Mitglieder des ÖGV, in die das durch die Platzierung des VB²-PS eingeworbene Kapital in Form von Partizipationskapital veranlagt werden soll, über die VB Holding an der Emittentin beteiligt. Aus der Zugehörigkeit einerseits der Emittentin und andererseits jener Unternehmen, in die die Emittentin das eingeworbene Partizipationskapital investieren wird, zur Volksbank Gruppe können sich Interessenskonflikte ergeben.

F.3.4. Gründe für das Angebot und Verwendung der Erträge

Die von der VB² aus der Emission der VB²-PS erzielten Mittel werden bei den Mitgliedern des ÖGV in Form von Partizipationskapital veranlagt. Das von der VB² bei Mitgliedern des ÖGV veranlagte Partizipationskapital wird von diesen im Wesentlichen zu den gleichen Emissionsbedingungen begeben wie der VB²-PS, allerdings in einer Stückelung von EUR 50.000,--.

Die Gremien der VB² haben noch keine Beschlüsse darüber gefasst, in welche Mitglieder des ÖGV und welcher Höhe die Emittentin Partizipationskapital in die einzelnen Mitglieder des ÖGV investieren wird. Grundsätzlich behält sich die Emittentin jedoch vor, in Mitglieder des ÖGV mit unterschiedlicher Vermögens-, Finanz- und Ertragslage Partizipationskapital zu

Wertpapierbeschreibung

veranlagten und ferner frei zu entscheiden, in welches Mitglied des ÖGV in welcher Höhe aus der Emission des VB²-PS erzielte Erlöse der Emittentin in Form von Partizipationskapital veranlagt werden.

Derzeit ist beabsichtigt, aus dem Erlös der Emission des VB²-PS bis zu EUR 30.000.000,-- in von der ÖVAG begebenes Partizipationskapital zu veranlagten. Ferner wird in kein einzelnes Mitglied des ÖGV mehr als 15 % des von der Emittentin erzielten Erlöses aus der Emission des VB²-PS in Form von Partizipationskapital veranlagt werden.

Definiert wurde eine Veranlagungsstrategie, die auf bestehende und künftige Mitglieder des ÖGV ausgerichtet ist. Die Emittentin wird Partizipationskapital in bestehende und künftige Mitglieder des ÖGV veranlagten. Das veranlagte Partizipationskapital gewährt einen Anspruch auf einen Anteil am Bilanzgewinn des jeweiligen Mitglieds des ÖGV in der Höhe des durchschnittlichen 3-Monats-EURIBOR des jeweiligen Geschäftsjahrs des Mitglieds des ÖGV zuzüglich 130 Basispunkten, jedoch nur soweit, als im Bilanzgewinn des jeweiligen Mitglieds des ÖGV gedeckt. Eine Nachzahlung von Dividenden auf das in die Mitglieder des ÖGV veranlagte Partizipationskapital ist ausgeschlossen. Das von der Emittentin in einzelne Mitglieder des ÖGV veranlagte Partizipationskapital gewährt ferner im Fall der Liquidation des jeweiligen Mitglieds des ÖGV, in das Partizipationskapital investiert wurde, einen Anspruch auf eine Beteiligung am Liquidationserlös.

Zur Darstellung des Veranlagungskonzept wird auf Kapitel E.5.2.3. verwiesen.

F.4. ANGABEN ÜBER DIE ANZUBIETENDEN BZW. ZUM HANDEL ZUZULASSENDEN WERTPAPIERE

F.4.1. Beschreibung des Typs und der Kategorie der anzubietenden und/oder zum Handel zugelassenen Wertpapiere einschließlich der ISIN

Die VB² begibt Partizipationskapital gemäß § 23 Abs. 4 BWG von bis zu EUR 130.000.000,-- (in Worten: EURO einhundertdreißig Millionen) in Stückelungen à EUR 100,-- mit Aufstockungsmöglichkeit um ein weiteres Nominale von bis zu EUR 120.000.000,-- durch Ausgabe von weiteren bis zu 1.200.000 Partizipationsscheinen in einer Stückelung à EUR 100,-- als Daueremission.

Über die gezeichneten VB²-PS wird eine veränderbare Sammelurkunde gemäß den depotgesetzlichen Bestimmungen ausgestellt. Die Sammelurkunde, die sämtliche VB²-PS vertritt, wird gemäß den Bestimmungen des DepG von der Wertpapiersammelbank iSd § 1

Wertpapierbeschreibung

Abs 3 DepG (Oesterreichische Kontrollbank AG, Am Hof 4, 1010 Wien) verwahrt. Ein Anspruch auf Ausfolgung effektiver Stücke besteht nicht.

Partizipationskapital ist gemäß § 23 Abs. 4 Z 1 BWG eingezahltes Kapital, das der Emittentin seitens des Partizipationsscheininhabers (in der Folge kurz Partizipant) auf Unternehmensdauer unter Verzicht auf die ordentliche und außerordentliche Kündigung zur Verfügung gestellt wird.

Der Nennwert beträgt EUR 100,-- je Stück; der Mindestzeichnungsbetrag pro Partizipant beträgt EUR 500,--. Das Partizipationskapital kann von der Emittentin nur unter analoger Anwendung der aktienrechtlichen Kapitalherabsetzungsvorschriften herabgesetzt oder gemäß den Bestimmungen des § 102a BWG eingezogen werden. Die Erträge aus Partizipationskapital sind gewinnabhängig.

Die ISIN lautet: AT0000A015R4.

F.4.2. Rechtsvorschriften, auf deren Grundlage die Wertpapiere geschaffen wurden

Partizipationsscheine sind Wertpapiere über eingezahltes Partizipationskapital gem. § 23 Abs. 4 BWG.

F.4.3. Inhaberpapier

Die Partizipationsscheine der VB² sind Inhaberpapiere.

F.4.4. Währung der Wertpapieremission

Das nach dem VB²-PS zu leistende Partizipationskapital lautet auf EUR. Ferner erfolgen auch sämtliche Auszahlungen von auf den VB²-PS entfallenden Gewinnanteilen in EUR.

F.4.5. Beschreibung der Rechte, die an die Wertpapiere gebunden sind

Recht auf Beteiligung am Gewinn der Emittentin

Die VB²-PS verbriefen Anspruch auf einen Anteil am Bilanzgewinn der Emittentin in der Höhe des durchschnittlichen 3-Monats-EURIBOR des Kalenderjahres, das jenem

Wertpapierbeschreibung

Kalenderjahr, in dem das jeweilige Geschäftsjahr der Emittentin endet, vorangegangen ist, zuzüglich 130 Basispunkten auf das gezeichnete Nominalkapital des VB²-PS pro Geschäftsjahr der Emittentin, jedoch nur soweit dieser Gewinnanteil im Bilanzgewinn des betreffenden Geschäftsjahres der Emittentin Deckung findet. Der Bilanzgewinn ist das Ergebnis des Geschäftsjahres (Jahresgewinn) nach Rücklagenbewegung gemäß § 23 Abs. 4 Z 3 BWG.

Der „durchschnittliche 3-Monats-EURIBOR“ ergibt sich aus dem auf drei Nachkommastellen kaufmännisch gerundeten arithmetischen Durchschnitt des an den vier Feststellungstagen eines Jahres festgestellten 3-Monats-EURIBOR.

Feststellungstage sind der 31.3., 30.6., 30.9. und 30.12. eines jeden Kalenderjahres. Erster Feststellungstag ist der 30.6.2006. Sollte ein Feststellungstag auf einen Tag fallen, der kein Bankarbeitstag ist, so verschiebt sich der Feststellungstag auf den unmittelbar vorangehenden Bankarbeitstag. „Bankarbeitstage“ im Sinne dieser Emissionsbedingungen sind jene Tage, an denen alle maßgeblichen Bereiche des TARGET-Systems betriebsbereit sind.

„3-Monats-EURIBOR“: entspricht dem jeweils am Feststellungstag auf der Reuters Bildschirmseite „EURIBOR=“ um 11:00 AM (MEZ) genannten aktuellen 3-Monats-EURIBOR-Satz.

Sollte die maßgebliche Reuters Bildschirmseite am Feststellungstag nicht zur Verfügung stehen oder wird darauf kein Angebotssatz (zu der genannten Zeit) angezeigt, so gilt Folgendes: Die VB² wird von vier renommierten Banken, welche im relevanten Zinsmarkt tätig sind, deren relevante Angebotssätze für den relevanten Feststellungstag anfordern.

- Werden mindestens zwei Angebotssätze genannt, so ist der Zinssatz das arithmetische Mittel (falls erforderlich, nach den internationalen Standards gerundet) dieser Angebotssätze, wobei alle Festlegungen durch die VB² erfolgen.
- Wird lediglich ein Angebotssatz genannt, so ist der Zinssatz dieser Angebotssatz.
- Für den Fall, dass der Zinssatz nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen dieses Absatzes ermittelt werden kann, so ist der Zinssatz der am letzten Bankarbeitstag auf der Bildschirmseite angezeigte Angebotssatz.

Eine Auszahlung des auf die Inhaber des VB²-PS entfallenden Anteils am Bilanzgewinn der Emittentin erfolgt fünf Bankarbeitstage nach der ordentlichen Hauptversammlung der VB², in der über die Verwendung des Bilanzgewinns des betreffenden Geschäftsjahres beschlossen wird, spätestens jedoch bis zum 31.10. eines jeden Jahres, und umfasst den allfälligen Anteil der Inhaber des VB²-PS am im jeweils vorangegangenen Geschäftsjahr von der Emittentin

Wertpapierbeschreibung

erzielten Bilanzgewinn. Ausdrücklich hingewiesen wird darauf, dass der Bilanzgewinn der Emittentin zum 31.7.2006 zur Gänze dem Aktionär der Emittentin zusteht. Ein allfälliger Anteil am Bilanzgewinn der Emittentin, der vom 1.8.2006 bis 31.7.2007 von der Emittentin erzielt wird, wird am 31.10.2007 zur Auszahlung gebracht, wobei ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass dieser Bilanzgewinn keinesfalls ausreichen wird, um dem Zeichner des VB²-PS eine Ausschüttung in der Höhe des durchschnittlichen 3-Monats-EURIBOR im Sinne dieses Prospekts zuzüglich 130 Basispunkten zu gewähren, weil die Emittentin aufgrund ihrer Veranlagung in Partizipationskapital bei den Mitgliedern des ÖGV, die alle einen Regelbilanzstichtag (31.12) aufweisen, bis 31.7.2007 allfällige Gewinnanteile aus dem von ihr in die Mitglieder des ÖGV investierten Partizipationskapital nur für die Zeit vom 18.7.2006 bis 31.12.2006 erhält. Der Bilanzgewinn der Emittentin zum 31.7.2007 wird daher maximal ausreichen, um dem Inhaber des VB²-PS eine Ausschüttung des von ihm unter dem VB²-PS gezeichneten Kapitals in der Höhe des durchschnittlichen 3-Monats-EURIBOR zuzüglich 130 Basispunkten, zeitanteilig vom 18.7.2006 bis 31.12.2006 zu gewähren. Auf die Tatsache, dass eine Nachzahlung von, aus welchen Gründen auch immer, nicht gedeckten Ansprüchen und Ausschüttungsprognosen der Inhaber des VB²-PS ausgeschlossen ist, wird hingewiesen.

Für die erste Ausschüttung für den Zeitraum vom 18.7.2006 bis zum 31.12.2006 werden nur zwei Feststellungstage (der 30.6.2006 und der 30.9.2006) zur Berechnung des durchschnittlichen 3-Monats-EURIBOR herangezogen.

Die Dividendengutschrift erfolgt über das für den Partizipanten depotführende Kreditinstitut.

Verjährungsfrist für den Verfall von Gewinnanteilsberechtigungen

Ansprüche auf die Auszahlung von auf den VB²-PS entfallenden Gewinnanteilen verjähren innerhalb von drei Jahren ab dem Tag, an dem der jeweilige Gewinnanteil nach den Emissionsbedingungen (Anlage IV) zur Zahlung fällig ist.

Dividendenbeschränkung

Es besteht keine Verpflichtung der Emittentin, nicht im Bilanzgewinn eines Geschäftsjahres Deckung findende Ansprüche oder nach den Emissionsbedingungen mögliche Ausschüttungen der Inhaber des VB²-PS auf einen Gewinnanteil in der Höhe des durchschnittlichen 3-Monats-EURIBOR zuzüglich 130 Basispunkten in späteren Geschäftsjahren nachzuzahlen (keine „Dividendennachzahlungspflicht“).

Auskunftsrecht, Teilnahmerecht, Stimmrecht

Partizipanten steht das Auskunftsrecht gem. § 23 Abs. 5 BWG zu. Sie haben daher das Recht, an den Hauptversammlungen der Emittentin teilzunehmen; es sind ihnen Auskünfte im Sinne des § 112 AktG zu geben. Die Partizipationsscheine gewähren keine darüber hinausgehenden Rechte, insbesondere keine sonstigen Mitgliedschaftsrechte, wie z.B. das Stimmrecht oder das Recht, in der Hauptversammlung Anträge zu stellen.

Vorzugsrechte bei Angeboten zur Zeichnung von Wertpapieren derselben Kategorie

Wertpapiere derselben Kategorie werden zu denselben Bedingungen ausgegeben.

Recht auf Beteiligung am Saldo im Fall einer Liquidation

Im Falle der Liquidation der Emittentin sind die Partizipanten an dem Betrag der Rücklagen, stille Rücklagen und Firmenwert der Emittentin beteiligt, der die Rücklagen, stille Rücklagen und Firmenwert der Emittentin zum 31.7.2006 übersteigt; die Beteiligung der Partizipanten an den zuvor genannten Rücklagen, stillen Rücklagen und Firmenwert der Emittentin besteht aliquot und im Verhältnis des Nominalbetrags des Partizipationskapitals zum Grundkapital. Die Partizipanten werden erst nach Befriedigung oder Sicherstellung aller übrigen Gläubiger (inkl. Inhabern von nachrangigem Kapital und Ergänzungskapital) im gleichen Rang mit den Aktionären der Emittentin, im oben angeführten Verhältnis, befriedigt.

F.4.6. Angabe der Beschlüsse, Ermächtigungen und Genehmigungen, die die Grundlage für die erforderliche bzw. noch zu erfolgende Schaffung der Wertpapiere und/oder deren Emission bilden

Die Grundlage für den VB²-PS bildet die Veranlagungsmöglichkeit in Partizipationskapital der Mitglieder des ÖGV. Damit die Emittentin in Form von Partizipationskapital in Mitglieder des ÖGV investieren kann, müssen zunächst die Aufsichtsräte der teilnehmenden Mitglieder des ÖGV die jeweiligen Vorstände ermächtigen, der Generalversammlung die Emission von Partizipationskapital zum Beschluss vorzuschlagen. Die Generalversammlungen werden im Zeitraum März 2006 bis Ende Juni 2006 abgehalten. Die Summe des von den Mitgliedern des ÖGV zur Begebung an die Emittentin beschlossenen Partizipationskapitals zuzüglich Agio bildet den maximalen Betrag, den die Emittentin in die Mitglieder des ÖGV als Partizipationskapital investieren kann; dieser Betrag ist zugleich jener Maximalbetrag, den die VB² als Emittentin im Zuge der Emission der VB²-PS zur Zeichnung öffentlich anbieten kann.

Wertpapierbeschreibung

Am 27.4.2006 hat die Hauptversammlung der VB² den Vorstand der VB² in sinngemäßer Anwendung der § 174 Abs. 3 AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates innerhalb der nächsten 5 Jahre Partizipationskapital der Volksbank-Quadrat Bank AG im Gesamtvolumen von bis zu Nominale EUR 250.000.000,-- (in Worten: Euro zweihundertfünfzig Millionen) durch Ausgabe von bis zu 2.500.000 Stück Partizipationsscheinen mit einem Nominale von jeweils EUR 100,-- zu begeben und im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat den Ausgabekurs, die Gewinnbeteiligung und alle anderen Emissionsbedingungen festzulegen.

Der Vorstand der Emittentin hat mit Zustimmung des Aufsichtsrats am 22.3.2006 beschlossen, von der ihm gemäß § 174 Abs. 3 AktG eingeräumten Ermächtigung durch Begebung von Partizipationskapital im Nominale von bis zu EUR 130.000.000,-- (in Worten: Euro einhundertdreißig Millionen) durch Ausgabe von bis zu 1.300.000 Stück Partizipationsscheinen im Nominale von EUR 100,-- Gebrauch zu machen, wobei dies unter Vorbehalt der Aufstockung des Emissionsvolumens um bis zu weitere EUR 120.000.000,-- (in Worten: Euro einhundertzwanzig Millionen) durch Ausgabe von bis zu weiteren 1.200.000 Stück Partizipationsscheinen beschlossen wurde.

F.4.7. Emissionstermin

Die Emission in der Höhe von bis zu EUR 130.000.000,-- mit Aufstockungsmöglichkeit wird ab 29.5. 2006 als Daueremission begeben. Der erste Kassatag ist der 17.7.2006.

F.4.8. Etwaige Beschränkungen der freien Übertragbarkeit

Trifft nicht zu

F.4.9. Etwaige bestehende obligatorische Übernahmeangebote

Trifft nicht zu

Wertpapierbeschreibung

F.4.10. Angabe öffentlicher Übernahmeangebote in Bezug auf das Eigenkapital der Emittentin

Trifft nicht zu.

F.4.11. Informationen über Einkommensteuer

F.4.11.1. Informationen über die an der Quelle einzubehaltende Einkommensteuer und Verantwortlichkeit für deren Einbehaltung

Das Herkunftsland der Emittentin und der Staat des öffentlichen Angebotes ist die Republik Österreich.

F.4.11.2. Informationen über die an der Quelle der Ausschüttungen einzubehaltende Kapitalertragsteuer und Verantwortlichkeit für deren Abführung

Das Sitzland der Emittentin und das Land des öffentlichen Angebotes der Partizipationsscheine ist die Republik Österreich.

F.4.11.3. Informationen über die an der Quelle einzubehaltende Kapitalertragsteuer von den Erträgen der Partizipationsscheine

Die Inhaber des VB²-PS haben einen vorrangigen Anspruch auf einen Anteil am Bilanzgewinn, wie in den Emissionsbedingungen (Anlage IV) festgelegt. Wird dieser Gewinnanteil von der Emittentin ausgeschüttet, so ist von ihr gemäß § 95 Abs 3 Z 1 EStG Kapitalertragsteuer in Höhe von 25 % einzubehalten. Die effektive Zahlung an den Inhaber des VB²-PS erfolgt daher nur im Ausmaß von 75 % der Bruttodividende.

Wertpapierbeschreibung

F.4.11.4. Besteuerung für in Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen

Privatpersonen

Die Ausschüttungen unterliegen einem 25%igen Kapitalertragsteuerabzug, der von der Emittentin einzubehalten und an die Finanzverwaltung abzuführen ist. Durch den Abzug der Kapitalertragsteuer sind die Erträge hinsichtlich der Einkommensteuer endbesteuert.

Werden die VB²-PS-Scheine auf einem ausländischen Depot gehalten, gelten die Erträge aufgrund des Kapitalertragsteuerabzuges durch die Emittentin gemäß § 95 Abs. 3 Z 1 EStG hinsichtlich der Einkommensteuer ebenfalls als endbesteuert.

Gemäß § 37 Abs. 4 Z 1 lit d EStG besteht die Möglichkeit, die Erträge im Rahmen der Veranlagung zur Einkommensteuer mit dem halben Durchschnittssteuersatz, der sich aufgrund des gesamten Einkommens ergibt, zu besteuern.

F.4.11.5. Besteuerung für in Österreich unbeschränkt steuerpflichtige juristische Personen

Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Aktiengesellschaften

Bei inländischen Gesellschaften mit beschränkter Haftung und inländischen Aktiengesellschaften sind die laufenden Erträge aus Partizipationsscheinen gemäß Bankwesengesetz als steuerfreie Erträge gemäß § 10 KStG zu beurteilen. Die von der Emittentin einzubehaltende Kapitalertragsteuer gilt als Vorauszahlung für die Körperschaftsteuer der Gesellschaft.

Privatstiftungen

Die laufenden Erträge aus dem VB²-PS gelten als körperschaftsteuerfreie Erträge gemäß § 10 KStG. Diese Beteiligungserträge unterliegen nicht der Zwischenbesteuerung iHv 12,5 % gemäß § 22 Abs. 2 KStG.

Körperschaften des öffentlichen Rechts und gemeinnützige Vereine

Diese Körperschaften sind beschränkt steuerpflichtig im Sinne des § 1 Abs. 3 Z 2 und 3 KStG. Da die Ausschüttungen als Beteiligungserträge im Sinne des § 10 KStG gelten, unterliegen sie nicht der beschränkten Steuerpflicht. Eine bei derartigen

Wertpapierbeschreibung

Erträgen einbehaltene Kapitalertragsteuer kann durch einen Antrag auf Rückerstattung nach § 240 Abs. 3 BAO von der Finanzverwaltung rückgefordert werden.

F.4.11.6. Besteuerung für in Österreich beschränkt steuerpflichtige natürliche Personen

Bei in Österreich beschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen mit Wohnsitz bzw. gewöhnlichem Aufenthalt im EU-Ausland bzw. Drittstaaten dürfen die Beteiligungserträge aus dem VB²-PS im Ausmaß des jeweiligen Doppelbesteuerungsabkommens in Österreich besteuert werden. Übersteigt die von der Emittentin einzubehaltende Kapitalertragsteuer den gemäß DBA zulässigen Besteuerungsprozentsatz, ist in der Regel eine Rückforderung bei der österreichischen Finanzverwaltung zulässig bzw. möglich sein.

Die endgültige Besteuerung unterliegt den steuergesetzlichen Bestimmungen des Wohnsitzlandes.

F.4.11.7. Besteuerung von juristischen Personen mit Sitz im Ausland

Die Besteuerung der Beteiligungserträge aus dem VB²-PS-Kapital für juristische Personen, deren Sitz im EU-Ausland oder Drittland ist, richtet sich nach den jeweiligen nationalen Steuergesetzen. Die Anrechnung der an der Quelle einzubehaltenden österreichischen Kapitalertragsteuer von der Ausschüttung durch die Emittentin ist in den jeweiligen Doppelbesteuerungsabkommen geregelt.

Die endgültige Besteuerung unterliegt den steuergesetzlichen Bestimmungen des Sitzlandes.

F.4.11.8. Angaben über die Verantwortung der Emittentin, Kapitalertragsteuer an der Quelle einzubehalten

Die Emittentin ist gemäß § 96 Abs. 1 Z 1 EStG verpflichtet, die Kapitalertragsteuer in Höhe von 25 % der Bruttodividende bei der Ausschüttung einzubehalten und an die österreichische Finanzverwaltung abzuführen.

F.5. BEDINGUNGEN UND VORAUSSETZUNGEN FÜR DAS ANGEBOT

F.5.1. Bedingungen, Angebotsstatistiken, erwarteter Zeitplan und erforderliche Maßnahmen für die Antragstellung

F.5.1.1. Bedingungen, denen das Angebot unterliegt

Das Angebot unterliegt den im Zeichnungsschein (Anlage III) genannten Bedingungen und den als Anlage V angeschlossenen Emissionsbedingungen für den VB²-PS.

F.5.1.2. Gesamtsumme der Emission/des Angebots

Die Emission beträgt bis zu EUR 130.000.000,-- aufgeteilt in 1.300.000 Stück mit einem Nominale von jeweils EUR 100,--, es besteht eine Aufstockungsmöglichkeit um bis zu weitere EUR 120.000.000,-- Nominale, durch Begebung von weiteren bis zu 1.200.000 Stück Partizipationsscheinen zu einem Nominale von jeweils EUR 100,--.

F.5.1.3. Frist, während der das Angebot vorliegt

Der VB²-PS wird ab 29.5.2006 als Daueremission begeben. Das Angebot wird geschlossen, sobald das gesamte Emissionsvolumen (unter Ausübung der Aufstockungsmöglichkeit) platziert ist, spätestens aber mit 10.5.2007.

F.5.1.4. Widerrufungsmöglichkeit der Emission

Ein Angebotswiderruf ist nur vorgesehen, wenn die Emittentin nicht die Möglichkeit hat, das durch die Begebung des VB²-PS aufgenommene Kapital bei Mitgliedern des ÖGV in Form von Partizipationskapital zu veranlagern, längstens aber bis zum 17.7.2006.

F.5.1.5. Beschreibung der Möglichkeit zur Reduzierung der Zeichnungen und der Art und Weise der Erstattung des zu viel gezahlten Betrages an die Zeichner

Eine aliquote Reduktion der Zeichnung ist im Fall der Überzeichnung vorgesehen. Auf die Zuteilungsregeln in Kapitel F.5.2.1. des Prospektes wird hingewiesen.

Wertpapierbeschreibung

F.5.1.6. Einzelheiten zum Mindestbetrag der Zeichnung

Der Mindestzeichnungsbetrag pro Partizipant liegt bei EUR 500,-- (Punkt 2 der Emissionsbedingungen, Anlage IV).

F.5.1.7. Angabe des Zeitraums, während dessen die Zeichnung zurückgezogen werden kann

Trifft nicht zu

F.5.1.8. Methoden und Fristen für die Bedienung der Wertpapiere und ihre Lieferung

Die Anbotsannahme gegenüber den Zeichnern der VB²-PS erfolgt im Wege der Wertpapierabrechnung und Zuteilung der gezeichneten VB²-PS durch entsprechende Depotgutschrift. Kassatag ist der 17.7.2006. Auf Kapitel F.5.2.1 wird verwiesen.

F.5.1.9. Offenlegung der Ergebnisse des Angebots

Die Offenlegung erfolgt durch das Medium für Mitglieder des ÖGV „Die gewerbliche Genossenschaft“ und auf www.volksbank-quadrat.at.

Das endgültige Emissionsvolumen kann aufgrund der Aufstockungsmöglichkeit in diesem Prospekt nicht endgültig bekannt gegeben werden, das endgültige Ergebnis wird gemäß § 7 Abs. 5 KMG bei der FMA hinterlegt und gemäß § 10 Abs. 3 KMG nach Platzierung des gesamten Emissionsvolumen (unter Ausübung der Aufstockungsmöglichkeit), spätestens aber innerhalb von fünf Bankarbeitstagen nach dem 10. Mai 2007, zu dem die Emission geschlossen wird, sofern nicht zuvor das gesamte angebotsgegenständliche Partizipationskapital platziert wurde, im Amtsblatt zur Wiener Zeitung veröffentlicht.

Wertpapierbeschreibung

F.5.1.10. Etwaige Vorzugsrechte

Die VB Holding als Alleinaktionär der VB² verzichtet auf sämtliche Vorzugsrechte, ohne dafür einen angemessenen Ausgleich im Sinne von § 23 Abs. 5 BWG zu verlangen.

Spezielle Verfahren zur Übertragbarkeit von Zeichnungsrechten und zur Behandlung der nicht ausgeübten Zeichnungsrechte sind nicht vorgesehen.

F.5.2. Plan für die Aufteilung der Wertpapiere und deren Zuteilung

F.5.2.1. Potentielle Investoren

Die angebotsgegenständlichen VB²-PS werden ausschließlich den Mitgliedern und Kunden der Mitglieder des ÖGV zur Zeichnung angeboten. Sofern diese nicht vollständig von diesen gezeichnet werden, behält sich VB² vor, den verbleibenden Rest bei ausgewählten institutionellen Investoren zu platzieren.

Das Angebot ist auf Österreich beschränkt; ein Angebot außerhalb der Republik Österreich ist nicht vorgesehen.

Die Emittentin beabsichtigt, dasselbe Nominale, das die einzelnen Mitglieder des ÖGV an VB²-PS an ihre Kunden vertreiben, selbst in Form von Partizipationskapital in das jeweilige Mitglied des ÖGV zu investieren. Dies soll durch nachstehende Zuteilungsregeln sichergestellt werden:

1. Die VB² teilt dem Mitglied des ÖGV vorrangig zum Vertrieb so viel an Partizipationskapital (Nominale) (VB²-PS) der VB² zu, wie sie selbst beim Mitglied des ÖGV in Form von Partizipationskapital veranlagen kann (Nominale und Agio zusammengerechnet).

2. Dies bedeutet, dass jene Mitglieder (Genossenschafter) und Kunden des jeweiligen Mitglieds des ÖGV bis zum Erreichen des unter 1. beschriebenen Volumens nach zeitlichem Eintreffen der Zeichnung bedient werden (*first come – first serve*). Dabei ist jedoch eine bevorzugte Zuteilung der VB²-PS an Genossenschafter und bereits über Partizipationskapital am Ergebnis des jeweiligen Mitglieds des ÖGV beteiligte Alt-Partizipanten als Verwässerungsschutz zugunsten der angeführten Personengruppen im Ausmaß von mindestens 70 % der dem jeweiligen Mitglied des ÖGV zum Vertrieb zugeteilten VB²-PS vorgesehen; die Abwicklung der bevorzugten Zuteilung von VB²-PS an Genossenschafter und Alt-Partizipanten erfolgt in der ausschließlichen Verantwortlichkeit und auf das alleinige

Wertpapierbeschreibung

Risiko des jeweiligen Mitglieds des ÖGV. Zeichnungswünsche, die nach Erreichen des unter Ziffer 1. beschriebenen Betrages beim Mitglied des ÖGV eintreffen, werden für alle Mitglieder des ÖGV gesammelt und aliquot bedient, wobei kein Anspruch auf Zuteilung besteht.

3. Im dem Fall, dass das einzelne Mitglied des ÖGV einen geringeren Betrag an VB²-Partizipationskapital vertreibt, als es selbst von VB² an Partizipationskapital erhalten möchte, gibt es folgende Möglichkeiten:

- a) die Zeichnung von Partizipationskapital durch VB² bei dem einzelnen Mitglied des ÖGV wird entsprechend dem Volumen an VB²-PS, das dieses Mitglied des ÖGV vertrieben hat, gekürzt;
- b) das Mitglied des ÖGV erklärt sich damit einverstanden, dass andere Mitglieder des ÖGV den Mehrbetrag an VB²-PS vertreiben (vgl. dazu unten Zuteilungsregel 4);
- c) das einzelne Mitglied des ÖGV nimmt den Mehrbetrag an VB²-PS aufs kleine Handelsbuch (in diesem Fall handelt es sich ausdrücklich um das Risiko der einzelnen Volksbank, keinen Zeichner zu finden und etwaige BWG-Auswirkungen wie Eigenmittelkürzungen in Kauf zu nehmen).

4. Im Fall von Ziffer 3.b) können andere Mitglieder des ÖGV ein höheres Volumen an VB²-PS vertreiben, als ihnen unter Ziffer 1 zugeteilt wurde.

F.5.2.2. Teilnahme an der Zeichnung durch Hauptaktionäre oder Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrates

Alleinaktionär (VB Holding), Mitgliedern des Vorstandes, Aufsichtsrates oder anderer Verwaltungsorgane der Emittentin steht die Zeichnung der VB²-PS zu den gleichen Bedingungen wie allen anderen Zeichnern offen. Die Veröffentlichung des Umfanges der Zeichnung der VB Holding und Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates ist nicht vorgesehen.

Personen, die mehr als 5 % der angebotenen VB²-PS zeichnen wollen, sind nicht bekannt.

Wertpapierbeschreibung

F.5.2.3. Offenlegung vor der Zuteilung

- a) Die Emission umfasst bis zu 1.300.000 Stück Partizipationsscheine à Nominale EUR 100,-- mit einer Aufstockungsmöglichkeit um weitere bis zu 1.200.000 Partizipationsscheine á Nominale EUR 100,--. Die Emission wird vorrangig Privat- und Kommerzkunden der Mitglieder des ÖGV, hiervon vorrangig Mitgliedern, angeboten. Sofern dies nicht in vollem Umfang möglich ist, hält sich VB² die Möglichkeit offen, die verbleibenden Stücke institutionellen Investoren anzubieten.
- b) Trifft nicht zu
- c) Zuteilungsmethoden bei Überzeichnung siehe Kapitel F.5.2.1 des Prospektes
- d) Die Zuteilungsregeln sind Kapitel F.5.2.1. zu entnehmen. Hieraus ergibt sich aus Gründen des Verwässerungsschutzes vorerst eine bevorzugte Zuteilung zugunsten jener Genossenschafter und Inhaber alter Partizipationsscheine einzelner Mitglieder des ÖGV und weiters jener Zeichner, die sich entscheiden, möglichst früh zu zeichnen. Dadurch ergibt sich innerhalb des Kreises der Privat- und Kommerzkunden aller Mitglieder des ÖGV eine indirekte Bevorzugung von Kunden derjenigen Mitglieder des ÖGV, die eigenes Partizipationskapital begeben und einen maximalen Zeichnungserfolg hinsichtlich der VB²-PS realisieren.
- e) Trifft nicht zu
- f) Trifft nicht zu
- g) Es handelt sich um eine Daueremission, der erste Kassatag ist der 17.7.2006. Das Angebot wird geschlossen, sobald das gesamte Emissionsvolumen (unter Ausübung der Aufstockungsmöglichkeit) platziert ist, spätestens aber mit 10.5.2007.
- h) Die Behandlung von Mehrfachzeichnungen obliegt den einzelnen Volksbanken.

F.5.2.4. Verfahren zur Meldung des den Zeichnern zugeteilten Betrages

Die Meldung des Ergebnisses der Zuteilung an den Anleger erfolgt durch das Mitglied des ÖGV, bei dem die Zeichnung vorgenommen wurde.

Wertpapierbeschreibung

F.5.2.5. Mehrzuteilung und Greenshoe-Option

Eine Mehrzuteilungs-Option oder Greenshoe-Option besteht nicht; allerdings besteht für die Emittentin eine Aufstockungsmöglichkeit durch Begebung von weiteren bis zu 1.200.000 Stück VB²-PS mit einem Nominale von jeweils EUR 100,--.

F.5.3. Kursfestsetzung

F.5.3.1. Kurs, Methode der Kursfestlegung

Der Ausgabekurs wird unabhängig von Angebot und Nachfrage von VB² festgesetzt.

Der Ausgabekurs entspricht dem Nominale, also 100 zuzüglich eines Ausgabeaufschlags iHv 2,5% auf das Nominale gerechnet. Der Ausgabekurs beträgt demnach 102,50.

Die laufende Kursfestsetzung erfolgt nicht aufgrund von Angebot und Nachfrage, sondern wird rechnerisch ermittelt und bildet die Entwicklung der angelaufenen Ausschüttungsbeträge bis zum ex - Dividententag ab.

Die Kursfestsetzung erfolgt durch die Emittentin, der jeweils festgesetzte Kurs wird auf der Web-Site der VB² (www.volksbank-quadrat.at) veröffentlicht. Hingewiesen wird auf das bevorrechtete Zuteilungsrecht an Mitglieder (Genossenschafter) und Alt-Partizipanten bei den Mitgliedern des ÖGV, in die die Emittentin in Form von Partizipationskapital investieren wird, auf Kapitel F.5.2.1 wird verwiesen.

Weder der Ausgabekurs noch die zu einem späteren Zeitpunkt festgesetzten Kurse lassen Rückschlüsse auf die zukünftige Wertentwicklung des VB²-PS sowie die mit der Zeichnung des VB²-PS zu erzielende Ausschüttung zu.

F.5.3.2. Verfahren für die Offenlegung des Angebotskurses

Das endgültige Emissionsvolumen kann aufgrund der Aufstockungsmöglichkeit in diesem Prospekt nicht endgültig bekannt gegeben werden, das endgültige Ergebnis wird gemäß § 7 Abs. 5 KMG bei der FMA hinterlegt und gemäß § 10 Abs. 3 KMG nach Platzierung des gesamten Emissionsvolumens (unter Ausübung der Aufstockungsmöglichkeit), spätestens aber innerhalb von fünf Bankarbeitstagen nach dem 10.5.2007, zu dem die gegenständliche

Wertpapierbeschreibung

Emission geschlossen wird, sofern nicht zuvor das gesamte angebotsgegenständliche Partizipationskapital platziert wurde, im Amtsblatt zur Wiener Zeitung veröffentlicht.

F.5.3.3. Vorkaufsrechte von Anteilseignern

Trifft nicht zu

F.5.3.4. Unterschied der Erwerbskosten für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder

Sollten Mitglieder des Vorstandes oder Aufsichtsrates VB²-Partizipationsscheine zeichnen, so zeichnen sie zu denselben Bedingungen wie alle anderen Zeichner.

F.5.4. Platzierung und Emission

F.5.4.1. Koordinatoren/Platzierer des Angebots

Koordinator ist VB² mit der Geschäftsadresse in der

Löwelstraße 14,
A-1010 Wien

VB² hat hinsichtlich des Vertriebs der VB²-PS eine Vertriebsvereinbarung mit den Mitgliedern des ÖGV abgeschlossen.

F.5.4.2. Zahlstellen / Depotstellen

Zahlstelle ist die ÖVAG mit der Geschäftsanschrift Peregringasse 3, 1090 Wien. Gutschriften von Gewinnanteilen für die Inhaber der VB²-PS erfolgen durch deren jeweilige depotführende Stelle.

Wertpapierbeschreibung

F.5.4.3. Übernahme des Angebotes bzw. Platzierung „zu bestmöglichen Bedingungen“

Eine Übernahme des Angebotes oder von Teilen des Angebotes durch ausgewählte Institute und eine Platzierung „zu den bestmöglichen Bedingungen“ ist nicht vorgesehen.

F.5.4.4. Angabe des Zeitpunkts, zu dem der Emissionsübernahmevertrag abgeschlossen wurde oder wird

Trifft nicht zu

F.6. ZULASSUNG ZUM HANDEL UND HANDELSREGELN

F.6.1. Zulassung zum Handel

Trifft nicht zu

F.6.2. Bestehende Marktplätze

Trifft nicht zu

F.6.3. Wertpapiere der gleichen Kategorie, die fast gleichzeitig mit der gegenständlichen Emission privat gezeichnet oder platziert werden

Trifft nicht zu

F.6.4. Intermediäre am Sekundärmarkt

Trifft nicht zu

F.6.5. Stabilisierung

Trifft nicht zu

Wertpapierbeschreibung

F.7. WERTPAPIERINHABER MIT VERKAUFSPPOSITION

F.7.1. Name, Anschrift der Person oder des Instituts, die/das das Wertpapier zum Verkauf anbietet

Die angebotsgegenständlichen VB²-PS werden durch sämtliche Mitglieder der Volksbank Gruppe zum Verkauf angeboten. Die jeweiligen Firmenwortlaute und Adressen der Mitglieder der Volksbank Gruppe sind über die Homepage www.volksbank-quadrat.at zu erhalten.

F.7.2. Zahl und Kategorie der von jedem Wertpapierinhaber mit Verkaufsposition angebotenen Wertpapiere

Die VB²-PS werden im Zuge einer neuen Emission öffentlich zum Erwerb angeboten; bis zur Zuteilung der angebotsgegenständlichen VB²-PS bestehen keine Verkaufspositionen.

F.7.3. Lock-up-Vereinbarungen

Es bestehen keine Lock-up-Vereinbarungen.

F.8. KOSTEN DER EMISSION

Die Kosten¹ der Daueremission stellen sich wie folgt dar:

Angaben in EUR

Gesamtnettoerträge der Daueremission:	EUR	130.000.000
Kosten der Daueremission:		
Beratung (Prospektanwalt, Wirtschaftsprüfer)	EUR	60.000
Kosten der Prospekterstellung	EUR	308.000
FMA (inkl. Notifikation BaFin)	EUR	850
Gesellschaftsteuer	EUR	1.300.000
Werbung, Kosten des Vertriebs	EUR	1.450.000
Total Kosten	EUR	3.118.850
Ausgabeaufschlag	EUR	3.250.000

¹ Bei einer Emission eines Nominales von EUR 130 Mio. ohne Realisierung der Aufstockungsmöglichkeit

Wertpapierbeschreibung

Die Kosten werden durch den Ausgabeaufschlag iHv 2,5% auf das Nominale des gezeichneten VB²-PS gedeckt. Die Emissionskosten stehen in ihrer endgültigen Höhe noch nicht sicher fest, obige Angaben stellen eine vorläufige Schätzung dar. Bei Ausübung der Aufstockungsmöglichkeit steigen die Emissionskosten maximal proportional zum jeweils höheren Emissionsvolumen.

F.9. VERWÄSSERUNG

Trifft nicht zu

F.9.1. Betrag und Prozentsatz der Verwässerung, die sich aus dem Angebot ergibt

Trifft nicht zu

F.9.2. Im Falle eines Zeichnungsangebots an die existierenden Aktionäre Betrag und Prozentsatz der unmittelbaren Verwässerung, wenn sie das neue Angebot nicht zeichnen

Trifft nicht zu

F.10. ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

F.10.1. Berater

Doralt Seist Csoklich
Rechtsanwalts-Partnerschaft
vertreten durch MMag. Dr. Leitgeb, Rechtsanwalt
Währingerstrasse 2-4
A-1090 Wien

F.10.2. Überprüfung von Teilen der Wertpapierbeschreibung durch den gesetzlichen Abschlussprüfer

Es bestehen keine Angaben in der Wertpapierbeschreibung, die einer Durchsicht eines gesetzlichen Abschlussprüfers unterzogen werden müssen.

Wertpapierbeschreibung

F.10.3. Angaben

Die Daten hinsichtlich der historischen Finanzinformationen wurden den Jahresabschlüssen zum 31.12.2003, 31.12.2004 und zum 31.12.2005 entnommen. Diese wurden von dem Abschlussprüfer, der KPMG Alpen Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kolingasse 19, A-1090 Wien (Tel.: +43 (1) 313 32 0, Fax.: +43 (1) 313 32 5) geprüft.

F.10.4. Bestätigung der korrekten Wiedergabe

Die Emittentin bestätigt, dass sie die Angaben korrekt wiedergegeben hat und, soweit ihr bekannt, keine Tatsachen unterschlagen wurden, die die wiedergegebenen Informationen, unkorrekt oder irreführend machen würden. Hinsichtlich der Quelle der von der Emittentin übernommenen Informationen wird auf Kapitel E.23.1. Kapitel F.10.3. verwiesen.

Wertpapierbeschreibung

VOLKSBANK-QUADRAT BANK AG

als Emittentin gemäß § 8 KMG

.....
DDr. Hans Hofinger

.....
Dr. Rainer Borns

Wien, am 16.5.2006

Wertpapierbeschreibung

Anlagen

**ANLAGE I: JAHRESABSCHLÜSSE JEWEILS ZUM 31.12.2003, 31.12.2004 UND ZUM
31.12.2005**

Anlagen

ANLAGE I.I.: JAHRESABSCHLUSS ZUM 31.12.2003

Anlagen

Anlagen

VB Consulting für Anlagemanagement

Bank AG

Wien

Jahresabschluss zum

31.12.2003

Anlagen

Bestätigungsbericht

Wir haben den nach den in Österreich geltenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellten **Jahresabschluss zum 31. Dezember 2003** der

VB Consulting für Anlagemanagement Bank AG,
Wien,

unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Aufstellung und Inhalt dieses Jahresabschlusses liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und berufstüblichen Grundsätze durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehlaussagen ist. Die Prüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für Beträge und sonstige Angaben im Jahresabschluss ein. Sie umfasst ferner die Beurteilung der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und vorgenommenen, wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil abgibt.

Aufgrund des Ergebnisses der von uns durchgeführten Prüfung erteilen wir folgenden uneingeschränkten **Bestätigungsvermerk** gemäß § 274 Abs 1 HGB:

"Die Buchführung und der Jahresabschluss entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss."

Wien, am 4. Februar 2004

*KPMG Alpen-Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft*

DDr. Martin Wagner

ppa Mag. Michaela Kofler-Lux

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

Anlagen

Bilanz zum 31. Dezember 2003

Aktiva:

	31.12.2003		31.12.2002	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig	2.274.813,52		930	
b) sonstige Forderungen	<u>0,00</u>	2.274.813,52	<u>652</u>	1.582
2. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von anderen Emittenten		5.724.664,37		5.654
3. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		10.824,85		11
4. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens		0,21		10
5. Sachanlagen		21.787,02		45
6. Sonstige Vermögensgegenstände		249.693,73		159
7. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>7.826,31</u>		<u>6</u>
		<u>8.289.610,01</u>		<u>7.467</u>

Posten unter der Bilanz

1. Auslandsaktiva	107.403,07	101
-------------------	------------	-----

Anlagen

Passiva:

	31.12.2003		31.12.2002	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Sonstige Verbindlichkeiten		2.484.059,36		1.807
2. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Abfertigungen	40.176,00		26	
b) sonstige	419.636,10	459.812,10	337	363
3. Gezeichnetes Kapital				
Nennbetrag		5.086.900,00		5.087
4. Kapitalrücklagen				
gebundene		198,39		0
5. Gewinnrücklagen				
a) gesetzliche Rücklage	188.391,67		138	
b) andere Rücklagen	12.857,44	201.249,11	8	146
6. Haftrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG		54.502,52		55
7. Unversteuerte Rücklagen				
sonstige unversteuerte Rücklagen		2.888,53		9
		<u>8.289.610,01</u>		<u>7.467</u>

Posten unter der Bilanz

1. Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23 Abs 14 BWG	5.345.738,34	5.287
2. Erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs 1 BWG	136.159,62	114
darunter: erforderliche Eigenmittel gemäß		
§ 22 Abs 1 Z 1 und 4 BWG: EUR 136.159,62;		
Vorjahr: TEUR 114		
3. Auslandspassiva	1.696.558,48	1.696
3. Auslandspassiva	1.300.701,00	

Anlagen

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2003

	2003		2002	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Zinsen und ähnliche Erträge darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren	233.958,06	253.943,40	238	258
I. NETTOZINSERTRAG		253.943,40		258
2. Provisionserträge		4.411.064,01		3.513
3. Provisionsaufwendungen		-1.074.167,45		-875
4. Sonstige betriebliche Erträge		97.524,45		273
II. BETRIEBSERTRÄGE		3.688.364,41		3.169
5. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Gehälter	599.898,73		663	
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	126.911,62		139	
cc) sonstiger Sozialaufwand	35.141,47		54	
dd) Aufwand für Altersversorgung und Unterstützung	1.934,05		0	
ee) Dotierung/Auflösung der Abfertigungsrückstellung	14.280,00		-10	
	<u>-778.165,87</u>		<u>-846</u>	
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	<u>-1.865.957,88</u>	-2.644.123,75	<u>-2.096</u>	-2.942
6. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 4 und 5 enthaltenen Vermögensgegenstände		-35.116,00		-63
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-20.556,91		-12
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN		-2.699.796,66		-3.017
IV. BETRIEBSERGEBNIS		988.567,75		152
8. Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet werden		6.134,31		35
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		994.702,06		187
9. Sonstige Steuern		-2.408,52		-6
VI. JAHRESÜBERSCHUSS		992.293,54		181
10. Rücklagenbewegung darunter: Dotierung der Hafrücklage	0,00	-48.428,19	0	-7
VII. JAHRESGEWINN		943.865,35		174
11. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages abgeführte Gewinne		-943.865,35		-174
VIII. BILANZGEWINN		<u>0,00</u>		<u>0</u>

Anlagen

**Anhang für das
Geschäftsjahr 2004**

Anlagen

Anlagen

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Aufstellung des Jahresabschlusses 2003 erfolgte nach den Bestimmungen des Bankwesengesetzes, des Handelsgesetzbuches und des Rechnungslegungsgesetzes. Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Der Jahresabschluß wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und der Generalnorm aufgestellt, welche die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens fordern.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Dem Vorsichtsprinzip wurde dadurch Rechnung getragen, daß nur die am Abschlußstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden, alle erkennbaren Risiken und drohende Verluste wurden berücksichtigt.

Die Fremdwährungsbeträge wurden gemäß § 58 Abs 1 BWG zu den entsprechenden Devisen-Mittelkursen des Bilanzstichtages umgerechnet.

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Die Bilanzierung von Wertpapieren des Anlagevermögens erfolgt nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Sie beinhalten stille Reserven in Höhe von € 219.250,00.

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Die planmäßige Abschreibung wird linear vorgenommen.

Die Nutzungsdauer für Immaterielle Vermögensgegenstände (EDV-Software) sowie für EDV-Hardware beträgt

4 Jahre, jene für sonstige Büroausstattung 5 Jahre. Von den Zugängen in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres wird die volle Jahresabschreibung, von den Zugängen in der zweiten Hälfte die halbe Jahresabschreibung verrechnet.

Geringwertige Vermögensgegenstände (Einzelanschaffungswert bis € 400,00) werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Der gemäß § 198 Abs.10 HGB aktivierbare Betrag beläuft sich zum Stichtag insgesamt auf € 2.983,39.

Die Abfertigungsrückstellung wurde mittels einer versicherungsmathematischen Berechnung mit Hilfe der prospektiven Teilwertmethode auf Basis eines Rechnungszinssatzes von 4%

Anlagen

berechnet. Als Rechnungsgrundlage wurden die biometrischen Grundwerte der aktuellsten österreichischen Pensionsversicherungstafel AVÖ 1999-P verwendet. Bei der Bewertung wurde auf die durch die Pensionsreform 2003 hinaufgesetzten, voraussichtlichen Pensionsantrittsalter, nämlich 60 Jahre für Frauen und 65 Jahre für Männer abgestellt. Die Abfertigungsrückstellung wird vereinfachend mit 45% der fiktiven Ansprüche zum Bilanzstichtag in Höhe von

€ 40.176,00 angesetzt, da die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen erfolgte Berechnung zu einem niedrigeren Ergebnis führte.

Die Rückstellung für Jubiläumsgelder wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Rechnungszinssatz von 4% berechnet und beträgt zum 31.12.2003 € 8.156,59 (31.12.2002 TEUR: 4).

In den sonstigen Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle im Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken sowie die der Höhe und dem Grunde nach ungewissen Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich sind.

Die Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht angesetzt.

Gemäß § 130 Abs 3 AktG wurde die gesetzliche Rücklage dotiert.

Die Auflösung von un versteuerten Rücklagen gem.§ 10 ESTG 1988 wurde im vollen Ausmaß vorgenommen.

B. Allgemeine Erläuterungen

Das Kreditinstitut gehört dem Vollkonsolidierungskreis der Österreichische Volksbanken – Aktiengesellschaft, Wien an. Die Konzernbilanz ist beim Handelsgericht Wien hinterlegt.

Erläuterungen zur Bilanz

Gliederung der nicht täglich fälligen Forderungen und Guthaben nach Fristigkeiten

An Kreditinstitute mit einer Restlaufzeit bis drei Monate € 0,00 (2002 TEUR: 652)

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den in der Bilanz erfaßten, zum Börsehandel zugelassenen festverzinslichen Wertpapieren notierten

€ 5.550.290,00 (31.12.2002 TEUR: 5.476) an der Börse. Im Bilanzwert der festverzinslichen Wertpapiere zum 31.12.2003 sind anteilige Zinsen in Höhe von € 174.374,37 (31.12.2002 TEUR: 178) enthalten.

Anlagen

Der Ansatz der Wertpapiere des Anlagevermögens erfolgte zu den Anschaffungskosten oder niedrigeren Marktwerten am Bilanzstichtag.

Die Wertpapiere weisen folgende Restlaufzeiten auf:

Wertpapiere mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre € 5.550.290,00 (2002 TEUR: 5.476)

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Der Aktivposten Aktien und andere festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von € 10.824,85 (31.12.2002 TEUR: 11) beinhaltet keine zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere. Die Buchwerte zum 31.12.2003 entsprechen den Tageswerten am Bilanzstichtag.

Sachanlagen

Zur Entwicklung der Position des Anlagevermögens wird auf den Anlagespiegel verwiesen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Aufgliederung:

Wertpapierverrechnungen	€	196.258,29	(2002 TEUR: 95)
Forderungen aus sonstigen Lieferungen und Leistungen	€	34.568,00	(2002 TEUR: 40)
Andere Forderungen	€	18.867,44	(2002 TEUR: 24)
	€	249.693,73	(2002 TEUR: 159)

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

€ 430.553,57 (2002 TEUR: 428)

Steuer- und Abgabenverbindlichkeiten

€ 19.702,93 (2002 TEUR: 24)

Rückständige Personalansprüche € 2.947,53 (2002 TEUR: 0)

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

€ 2.030.855,33 (2002 TEUR: 1.355)

€ **2.484.059,36** (2001 TEUR: 1.807)

Sämtliche Verbindlichkeiten in Höhe von

€ 2.484.059,36 (31.12.2002 TEUR: 1.807)

haben Restlaufzeiten bis zu einem Jahr.

Anlagen

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Nettozinserträge mit € 253.943,40 (2002 TEUR:258) resultieren aus Zinserträgen in Höhe von € 19.520,38 (2002 TEUR: 20) und Erträgen aus Wertpapieren in Höhe von € 234.423,02 (2002 TEUR: 238).

Provisionserträge in Höhe von € 4.411.064,01 (2002 TEUR: 3.513) stammen vorwiegend aus betriebswirtschaftlicher Beratung und aus der Vermittlung von Wertpapiergeschäften (hievon aus Mittel- und Osteuropa EUR 472.404,58).

Sonstige betriebliche Erträge in Höhe von € 97.524,45 (2002 TEUR: 273) resultieren im wesentlichen aus dem Verkauf von Publikationen in Höhe von € 13.129,50 (2002 TEUR:71), aus der Verrechnung von Inserateinschaltungen in Höhe von € 0,00 (2002 TEUR: 36), aus der Verrechnung von Researchmaterial in Höhe von € 18.820,00 (2002 TEUR: 12), aus weiterverrechneten Personal- und Bildungsaufwendungen in Höhe von € 16.218,40 (2002 TEUR: 126) , aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von € 45.508,98 (2002 TEUR: 20) sowie aus sonstigen Erträgen in Höhe von € 3.847,57 (2002 TEUR: 8).

E. Ergänzende Angaben

In den Aktivposten sind auf Fremdwährung lautende Aktiva im Gesamtbetrag von € 4.982,33 (2002 TEUR: 6) enthalten.

F. Sonstige Angaben

Während des Geschäftsjahres waren durchschnittlich 12,3 Angestellte beschäftigt.

Der Vorstand setzte sich im Geschäftsjahr aus folgenden Personen zusammen:

Diplomökonom Jörg Hübner

Wolfgang Layr

Der gewählte Aufsichtsrat setzte sich folgendermaßen zusammen:

Direktor Erich Hackl, Wien (Vorsitzender)

Lars Hille , Bad Soden (Vorsitzender-Stellvertreter)

Mag. Wolfgang Bauer, Wien (bis 21.03.2003)

Mag. Markus Hörmann, Innsbruck

Martin Fuchsbauer, Wien

Dr.Matthias Hilmer, Laudenbach

Dr.Rainer Borns, Wien (seit 21.03.2003)

Anlagen

Wien, im Februar 2004

Der Vorstand

..... Diplomökonom Jörg Hübner Wolfgang Layr
-----------------------------------	------------------------

Anlagen

VB Consulting für Anlagemanagement Bank AG

ANLAGENSPIEGEL 31.12.2003

	Anschaffungs-/Herstellungskosten				kumulierte Abschreibung	Buchwert 31.12.2003	Buchwert 31.12.2002	Abgänge Buchwert	Abschreibung Geschäftsjahr
	Stand am 01.01.2003	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.2003					
IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	54.124,26	-	8.371,91	45.752,35	45.752,14	0,21	10.008,72	1.046,48	8.962,03
SACHANLAGEN	216.110,02	1.847,18	45.800,67	172.156,53	150.369,51	21.787,02	45.230,39	1.444,47	23.846,08
GERINGWERTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	-	2.307,89	2.307,89	-	-	-	-	-	2.307,89
SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE	5.482.729,35	1.398.040,00	1.330.479,35	5.550.290,00	-	5.550.290,00	5.475.794,91	-	-
AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE	10.875,36	-	-	10.875,36	50,51	10.824,85	10.824,85	-	-
ANLAGEVERMÖGEN	5.763.838,99	1.402.195,07	1.386.959,82	5.779.074,24	196.172,16	5.582.902,08	5.541.858,87	2.490,95	35.116,00

Anlagen

Lagebericht

Anlagen

Lagebericht zur Bilanz der VBC 2003

Auch im Bilanzjahr 2003 konnte die VBC ihre Stellung innerhalb des Volksbanken-Sektors weiter festigen.

1. Depot A

Im Depot-A-Bereich konnten die Erträge gegenüber 2002 deutlich gesteigert werden. Der Plansatz wurde mit 21,0 % überschritten. Wiederum wurde der größte Teil der Umsätze im Rentenbereich in strukturierten Produkten erzielt. Das Geschäftsvolumen mit Zinsderivaten konnte im Zusammenhang mit der Strukturierung eigenbegebener Kassenobligationen der Volksbanken und insbesondere der Bilanzstrukturmanagement-Beratung ausgebaut werden. Aus Diversifikationsgesichtspunkten wurde die für das Nostro vorgesehene Fondspalette (MAH-Fonds) um den VB Smile und den Total Return-Fonds der KAG erweitert und deren Absatz forciert.

An Eigenemissionen der ÖVAG und der Immo-Bank konnten zusammen mit dem Depot-B-Bereich wieder gewichtige Teile des Brutto-Emissionsvolumens von ÖVAG und Immo-Bank vertrieben werden.

Arbeitsschwerpunkt bildeten die Bilanzstruktur-Beratungen der Volksbanken mit den Instrumenten „VBC Risk-Management“ sowie „Zinsmanagement“. Der 2002 begonnene breitere Einsatz wurde intensiviert. Insbesondere der Performance-Ansatz und die Zinsmanagement-Beratung konnten 2003 forciert werden. Die Implementierung des Sektorprojektes SAP wird weiter Kapazitäten binden. Hierfür wird 2004 ein Mitarbeiter nahezu freigestellt.

Den Volksbanken wurden auch im abgelaufenen Jahr Beraterverträge (auf Honorarbasis) zum Outsourcing der Analyse des Zinsänderungsrisikos angeboten. Bislang haben mehr als die Hälfte der Volksbanken dieses Dienstleistungsangebot in Anspruch genommen.

Weiters wurden für Vorstände und Wertpapierverantwortliche der Volksbanken Seminare und Fachtagungen zu aktuellen Themen durchgeführt.

2. Depot B

Im Depot-B-Bereich machte sich die in 2003 eingetretene Trendwende an den Kapitalmärkten insbesondere den Aktienmärkten bemerkbar.

Das wiedergewonnene Vertrauen der Privatanleger führte zu stark steigenden Umsätzen und Orderzahlen im 2. Halbjahr.

Mit unseren Garantieprodukten und neuen innovativen Fondsvarianten entsprachen wir genau dem Interesse der Anleger, die einerseits in Zeiten niedriger Zinsen nach guten

Anlagen

Ertragsmöglichkeiten suchen andererseits aber nach den schlechten Erfahrungen der letzten Jahr nicht auf die Absicherung ihres Kapitals verzichten möchten.

Das Konzept INVO (Investment & Vorsorge) als bedarfsorientiertes Beratungskonzept wurde konsequent weitergeführt. Mit der Software FPS (Financial Planning System) bietet die VBC den Volksbanken für ihre gehobene Kundenschicht ein ideales Instrument zur Beratungsunterstützung, welches von immer mehr Banken in Anspruch genommen wurde. Begleitend wurden heuer wieder gemeinsam mit Volksbanken zum Thema „Frau & Geld“ einige interessante Schwerpunkte gesetzt.

Die VBC war federführend bei der Entwicklung eines Benchmarkings im Wertpapierbereich für alle Sektorbanken, welches ein sehr positives Echo hervorgerufen hat.

Durch praxisorientierte Workshops unterstützte die VBC die Berater der Volksbanken direkt vor Ort noch erfolgreicher im Wertpapiergeschäft zu agieren.

Die Geschäftsabwicklung wurde im Jahr 2003 durch ein internes Qualitätsmanagementprojekt weiter optimiert. Für 2004 sind bereits weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Abläufe geplant (z.B. Schnittstelle zu XETRA-Wien).

3. Personal

Die Personalkosten bilden den gewichtigsten Kostenblock der VBC und reflektieren die personalintensive Beratungsausrichtung.

Durch verschiedene Optimierungsmaßnahmen wie Verbesserung der bestehenden Schnittstellen und Automaten manueller Tätigkeiten im Bereich Ordermanagement und Services konnte der 2001 begonnene Personalabbau auch 2003 fortgesetzt werden. Die Prämienzahlungen an die Mitarbeiter werden durch den Vorstand auf der Grundlage der VBC-Prämienregelung und individueller Mitarbeiter-Beurteilungen festgelegt. Rückstellungen in entsprechender Höhe wurden gebildet.

4. Kostensituation

Neben den erwähnten Personalkosten bilden die EDV-Kosten den zweitgrößten Kostenblock der VBC. Die Kosten resultieren in erster Linie aus den anteilig verrechneten EDV-Kosten der ÖVAG sowie den Kosten für das Rechenzentrum sowie die Informationssysteme der VBC.

5. Zusammenarbeit mit ÖVAG und DZ BANK AG

Insbesondere mit den Wertpapierhandels-Bereichen von ÖVAG und DZ BANK AG verläuft die Zusammenarbeit intensiv und reibungslos.

6. Perspektiven

Die Ausweitung der Beratungsansätze zur Risikostreuung wird mittelfristig um den Bereich „Kreditrisiko“ und deren Produkte ergänzt werden. Die Implementierung des „SAP-Projektes“ wird im Jahr 2004 zu einem Methodenwechsel in der Bilanzstrukturmanagement-Beratung führen und entsprechende Kapazitäten binden.

Die Beratung bei der Begebung strukturierter Kassenobligationen der Volksbanken wird weiter verstärkt. Dadurch wird der Derivateabsatz einen immer größeren Stellenwert als Ertragskomponente einnehmen. Der bereits in 2002 eingeführte performanceorientierte Beratungsansatz wird auch im Jahr 2004 aufgrund der positiven Erfolge weiter vertieft.

Der Trend im B-Depot weg von der reinen Orderabwicklung hin zu Vertriebsunterstützung in Form von regelmäßiger Beratung und Betreuung bzw. dem Angebot von Consultingleistungen wird sich weiterhin fortsetzen. Die weitgehende Automatisierung und Optimierung der Abläufe erlaubt es trotz Personalabbau die Intensität in diesem Bereich zu erhöhen.

Hierdurch wird die Vertriebsleitung der Volksbanken speziell im Wertpapierbereich verbessert, was sich letztlich positiv in den Ertragszahlen des B-Depot-Bereiches niederschlägt.

Wien, Januar 2004

..... Dir. Wolfgang Layr Dir. Dipl. Ök. Jörg Hübner
-----------------------------	-------------------------------------

Anlagen

ANLAGE I.II.: JAHRESABSCHLUSS ZUM 31.12.2004

Anlagen

Anlagen

VB Consulting für Anlagemanagement

Bank AG

Wien

Jahresabschluss zum

31.12.2004

Anlagen

Bestätigungsbericht

Wir haben den nach den in Österreich geltenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellten **Jahresabschluss zum 31. Dezember 2004** der

VB Consulting für Anlagemanagement Bank AG,

Wien,

unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Aufstellung und Inhalt dieses Jahresabschlusses liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und berufsüblichen Grundsätze durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehlaussagen ist. Die Prüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für Beträge und sonstige Angaben im Jahresabschluss ein. Sie umfasst ferner die Beurteilung der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und vorgenommenen, wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil abgibt.

Aufgrund des Ergebnisses der von uns durchgeführten Prüfung erteilen wir folgenden uneingeschränkten **Bestätigungsvermerk** gemäß § 274 Abs 1 HGB:

"Die Buchführung und der Jahresabschluss entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss."

Wien, am 9. Februar 2005

KPMG Alpen-Treuhand GmbH

Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Johann Mühlechner

ppa Mag. Michaela Kofler-Lux

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

Der Jahresabschluss wird zum Firmenbuch des Handelsgerichtes Wien unter der Nummer 162317b eingereicht.

Anlagen

Bilanz zum 31. Dezember 2004**Aktiva**

	31.12.2004 EUR	31.12.2003 TEUR
1. Forderungen an Kreditinstitute täglich fällig	1.836.127	2.275
2. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von anderen Emittenten	5.724.555	5.724
3. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	12.427	11
4. Beteiligungen	800	0
5. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0	0
6. Sachanlagen	31.506	22
7. Sonstige Vermögensgegenstände	468.510	250
8. Rechnungsabgrenzungsposten	7.434	8
	<u>8.081.360</u>	<u>8.290</u>
Posten unter der Bilanz		
1. Auslandsaktiva	19.923	107

Anlagen

Passiva

	31.12.2004		31.12.2003	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Sonstige Verbindlichkeiten		2.185.817		2.484
2. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Abfertigungen	50.226		40	
b) sonstige	<u>444.408</u>	494.634	<u>420</u>	460
3. Gezeichnetes Kapital				
Nennbetrag		5.086.900		5.087
4. Kapitalrücklagen				
gebundene		198		0
5. Gewinnrücklagen				
a) gesetzliche Rücklage	243.562		188	
b) andere Rücklagen	<u>15.746</u>	259.308	<u>13</u>	201
6. Haftrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG		54.503		55
7. Unversteuerte Rücklagen				
sonstige unversteuerte Rücklagen		0		3
		<u>8.081.360</u>		<u>8.290</u>

Posten unter der Bilanz

1. Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23 Abs 14 BWG		5.400.909		5.346
2. Erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs 1 BWG		138.527		136
darunter: erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs 1 Z 1 und 4 BWG: EUR 138.526,64; Vorjahr: TEUR 136				
3. Auslandspassiva		1.300.701		1.697

Anlagen

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2004

	2004		2003	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Zinsen und ähnliche Erträge darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren	229.514,52	254.920,82	234	254
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-0,25		0
I. NETTOZINSERTRAG		254.920,57		254
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen Erträge aus anderen Anteilsrechten		531,20		0
4. Provisionserträge		5.075.524,27		4.411
5. Provisionsaufwendungen		-1.354.385,48		-1.074
6. Sonstige betriebliche Erträge		154.642,05		98
II. BETRIEBSERTRÄGE		4.131.232,61		3.689
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Gehälter	619.339,88		600	
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	132.840,25		127	
cc) sonstiger Sozialaufwand	37.137,94		35	
dd) Aufwand für Altersversorgung und Unterstützung	5.054,06		2	
ee) Dotierung/Auflösung der Abfertigungsrückstellung	<u>10.738,00</u>		<u>14</u>	
	-805.110,13		-778	
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	<u>-2.181.108,93</u>	-2.986.219,06	<u>-1.866</u>	-2.644
8. Wertberichtigungen auf die im Aktivposten 6 enthaltenen Vermögensgegenstände		-21.557,91		-35
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-17.596,39		-21
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN		-3.025.373,36		-2.700
IV. BETRIEBSERGEBNIS		1.105.859,25		989
10. Wertberichtigungen auf Forderungen		-2.700,00		0
11. Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet werden		0,00		6
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		1.103.159,25		995
12. Sonstige Steuern		-2.643,16		-3
VI. JAHRESÜBERSCHUSS		1.100.516,09		992
13. Rücklagenbewegung darunter: Dotierung der Hafrrücklage	0,00	-55.170,23	0	-48
VII. JAHRESGEWINN		1.045.345,86		944
14. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages abgeführte Gewinne		-1.045.345,86		-944
VIII. BILANZGEWINN		<u>0,00</u>		<u>0</u>

Anlagen

Anlagen

**Anhang für das
Geschäftsjahr 2004**

Anlagen

Anlagen

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Aufstellung des Jahresabschlusses 2004 erfolgte nach den Bestimmungen des Bankwesengesetzes, des Handelsgesetzbuches und des Rechnungslegungsgesetzes. Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der Generalnorm aufgestellt, welche die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens fordern.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Dem Vorsichtsprinzip wurde dadurch Rechnung getragen, dass nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden, alle erkennbaren Risiken und drohende Verluste wurden berücksichtigt.

Die Fremdwährungsbeträge wurden gemäß § 58 Abs 1 BWG zu den entsprechenden Devisen-Mittelkursen des Bilanzstichtages umgerechnet.

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Die Bilanzierung von Wertpapieren des Anlagevermögens erfolgt nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Sie beinhalten stille Reserven in Höhe von € 207.385,08.

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Die planmäßige Abschreibung wird linear vorgenommen.

Die Nutzungsdauer für Immaterielle Vermögensgegenstände (EDV-Software) sowie für EDV-Hardware beträgt

4 Jahre, jene für sonstige Büroausstattung 5 Jahre. Von den Zugängen in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres wird die volle Jahresabschreibung, von den Zugängen in der zweiten Hälfte die halbe Jahresabschreibung verrechnet.

Geringwertige Vermögensgegenstände (Einzelanschaffungswert bis € 400,00) werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Anlagen

Zum Bilanzstichtag errechnet sich ein gemäß § 198 Abs 10 HGB aktivierbarer Steuerabgrenzungsbetrag in Höhe von € 923,00.

Die Abfertigungsrückstellung wurde mittels einer versicherungsmathematischen Berechnung mit Hilfe der prospektiven Teilwertmethode auf Basis eines Rechnungszinssatzes von 4% berechnet. Als Rechnungsgrundlage wurden die biometrischen Grundwerte der aktuellsten österreichischen Pensionsversicherungstafel AVÖ 1999-P verwendet. Bei der Bewertung wurde auf die durch die Pensionsreform 2003 hinaufgesetzten, voraussichtlichen Pensionsantrittsalter, nämlich 60 Jahre für Frauen und 65 Jahre für Männer, abgestellt. Die Abfertigungsrückstellung wird vereinfachend mit 45% der fiktiven Ansprüche zum Bilanzstichtag in Höhe von

€ 50.226,00 angesetzt, da die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen erfolgte Berechnung zu einem niedrigeren Ergebnis führte.

Die Rückstellung für Jubiläumsgelder wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Rechnungszinssatz von 4% berechnet und beträgt zum 31.12.2004 € 10.226,00 (31.12.2003 TEUR: 8).

In den sonstigen Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken sowie die der Höhe und dem Grunde nach ungewissen Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich sind.

Die Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht angesetzt.

Gemäß § 130 Abs 3 AktG wurde die gesetzliche Rücklage dotiert.

Die Auflösung von unversteuerten Rücklagen gemäß § 10 EStG 1988 wurde im vollen Ausmaß vorgenommen.

B. Allgemeine Erläuterungen

Das Kreditinstitut gehört dem Vollkonsolidierungskreis der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft, Wien, an. Die Konzernbilanz ist beim Handelsgericht Wien hinterlegt.

Mit der Österreichische Volksbanken-AG besteht ein Gewinn- und Verlustabführungsvertrag.

Anlagen

Seit 19. September 1997 besteht ein Organschaftsverhältnis mit der Österreichische Volksbanken-AG als Organträger auf dem Gebiet der Körperschaft- und Umsatzsteuer (Vollorganschaft).

Die letzte Satzungsänderung vom 19. März 2001 betraf die Umrechnung der Aktiennennbeträge auf Grundlage des kleinsten Aktien-Nennbetrages in Euro, (der sich aus dieser Art der Umrechnung ergebende Differenzbetrag von EUR 198,39 zur direkten Umrechnung wurde in die gebundenen Kapitalrücklage eingestellt); die Umwandlung der Nennbetragsaktien in Stückaktien sowie die Änderung der von der Euro-Umstellung betroffenen Bestimmungen der Satzung.

C. Erläuterungen zur Bilanz

1. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den in der Bilanz erfassten, zum Börsehandel zugelassenen festverzinslichen Wertpapieren notierten

€ 5.550.290,00 (31.12.2003 TEUR: 5.550) an der Börse. Im Bilanzwert der festverzinslichen Wertpapiere zum 31.12.2004 sind anteilige Zinsen in Höhe von € 174.264,80 (31.12.2003 TEUR: 174) enthalten.

Der Ansatz der Wertpapiere des Anlagevermögens erfolgte zu den Anschaffungskosten oder niedrigeren Marktwerten am Bilanzstichtag. Der beizulegende Zeitwert zum 31.12.2004 beträgt € 5.757.450,00.

Die Wertpapiere weisen folgende Restlaufzeiten auf:

Wertpapiere mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre € 5.049.940,00 (2003 TEUR: 5.550)

2. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Der Aktivposten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von € 12.427,44 (31.12.2003 TEUR: 11) beinhaltet keine zum Börsehandel zugelassenen Wertpapiere. Der beizulegende Zeitwert zum 31.12.2004 beträgt € 12.652,52.

3. Sachanlagen

Zur Entwicklung der Position des Anlagevermögens wird auf den Anlagenspiegel verwiesen.

Anlagen

4. Sonstige Vermögensgegenstände

Aufgliederung:

Provisionsverrechnungen	€	353.635,27	(2003 TEUR: 196)
Honorarverrechnungen	€	93.683,00	(2003 TEUR: 35)
Andere Forderungen	€	<u>21.191,91</u>	<u>(2003 TEUR: 19)</u>
	€	468.510,18	(2003 TEUR: 250)

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Erträge in Höhe von € 447.318,27, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

5. Aufgliederung der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen:

Forderungen an Kreditinstitute	€	1.836.126,68	(2003 TEUR: 2.275)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	€	5.724.554,80	(2003 TEUR: 5.725)
Sonstige Vermögensgegenstände	€	<u>366.562,27</u>	<u>(2003 TEUR: 123)</u>
	€	7.927.243,75	(2003 TEUR: 8.123)

6. Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

€ 33.225,95 (2003 TEUR: 430)

Steuer- und Abgabenverbindlichkeiten

€ 32.893,97 (2003 TEUR: 20)

Rückständige Personalansprüche

€ 669,17 (2003 TEUR: 3)

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

€ 2.119.028,36 (2003 TEUR: 2.031)

€ **2.185.817,45** (2003 TEUR: 2.484)

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von € 2.119.028,36 beinhalten die Verbindlichkeit aus der Verrechnung von Personal- und Sachleistungen der Österreichische Volksbanken-AG in Höhe von € 1.066.535,00, die Gewinnabfuhrverpflichtung in Höhe von € 1.045.345,86 und Leistungsverrechnungen in Höhe von € 7.147,50.

Anlagen

Sämtliche Verbindlichkeiten in Höhe von € 2.185.817,45 (31.12.2003 TEUR: 2.484) haben Restlaufzeiten bis zu einem Jahr. Sie beinhalten Aufwendungen in Höhe von EUR 2.145.444,00 die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

7. Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen umfassen Vorsorgen für nicht konsumierte Urlaube, Rückstellungen für Jubiläumsgelder, Bonuszahlungen, Überstunden, Gewährleistungen und Prüfungsaufwendungen in Höhe von € 444.407,73 (31.12.2003 TEUR: 420).

8. Rücklagen

In die gesetzliche Rücklage wurde gemäß § 130 Abs 3 AktG der Betrag in Höhe von € 55.170,23 (31.12. 2003 TEUR: 50) eingestellt.

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Nettozinserträge mit € 254.920,57 (2003 TEUR: 254) resultieren aus Zinserträgen in Höhe von € 25.406,30 (2003 TEUR: 20), Erträgen aus Wertpapieren in Höhe von € 229.514,52 (2003 TEUR: 234) sowie aus Zinsenaufwendungen in Höhe von € 0,25 (2003 TEUR: 0).

Provisionserträge in Höhe von € 5.075.524,27 (2003 TEUR: 4.411) stammen vorwiegend aus betriebswirtschaftlicher Beratung und aus der Vermittlung von Wertpapiergeschäften (hievon aus Mittel- und Osteuropa EUR 278.139,40).

Sonstige betriebliche Erträge in Höhe von € 154.642,05 (2003 TEUR: 98) resultieren aus dem Verkauf von Publikationen in Höhe von € 21.060,00 (2003 TEUR: 13), aus der Verrechnung von Researchmaterial in Höhe von € 18.300,00 (2003 TEUR: 19), aus weiterverrechneten Personal- und Bildungsaufwendungen in Höhe von € 5.000,50 (2003 TEUR: 16), aus der Verrechnung Projekt SAP-Schulungen in Höhe von € 61.552,50 (2003 TEUR: 0), aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von € 48.113,33 (2003 TEUR: 46) sowie aus sonstigen Erträgen in Höhe von € 615,72 (2003 TEUR: 4).

Der Sachaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

Überrechnete Personalaufwendungen	€	1.094.294,03	(2003 TEUR: 783)
Miet-Raum-Leasing und Verwaltungsaufwand			
	€	717.202,74	(2003 TEUR: 713)
Rechts-, Prüfungs- und Beratungsaufwand			
	€	107.645,45	(2003 TEUR: 46)

Anlagen

Reisekosten und Fahrtkosten	€	25.145,71	(2003 TEUR: 31)
EDV-Aufwand	€	108.914,67	(2003 TEUR: 98)
Aufwand für den Nachrichtenverkehr	€	9.094,25	(2003 TEUR: 8)
Büromaterial, Drucksorten, Literatur	€	28.984,21	(2003 TEUR: 23)
Werbung und Repräsentation	€	30.502,23	(2003 TEUR: 64)
Veranstaltungen	€	16.656,79	(2003 TEUR: 24)
Schadensfälle	€	30.450,00	(2003 TEUR: 65)
Aufwand für die Erstellung eigener Publikationen			
	€	88,20	(2003 TEUR: 3)
Verschieden unter je TEUR 3	€	<u>12.130,65</u>	<u>(2003 TEUR: 8)</u>
	€	2.181.108,93	(2003 TEUR: 1.866)

E. Ergänzende Angaben

1. In den Aktivposten sind auf Fremdwährung lautende Aktiva im Gesamtbetrag von € 6.808,51 (2003 TEUR: 5) enthalten, der Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Passiva beträgt € 689,38 (2003 TEUR: 0).

(1) 2. Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen

(KFZ- Leasing) betragen für das folgende Geschäftsjahr € 3.470,75, für die nächsten 5 Jahre € 3.470,75.

F. Sonstige Angaben

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 5.086.900,00; es ist in 5.086.900 Stück auf Namen lautende Stückaktien von je EUR 1,00 zerlegt.

Während des Geschäftsjahres waren durchschnittlich 11,2 Angestellte beschäftigt.

In der Position Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen sind Aufwendungen für Abfertigungen in Höhe von € 10.050,00 (2003 TEUR: 14) enthalten.

Von der Angabe der Bezüge des Vorstandes wird mit Hinweis auf § 241 Abs 4 HGB Abstand genommen.

Anlagen

Der Vorstand setzte sich im Geschäftsjahr aus folgenden Personen zusammen:

Diplomökonom Jörg Hübner

Wolfgang Layr

Der gewählte Aufsichtsrat setzte sich folgendermaßen zusammen:

VDir. KR. Erich Hackl, Wien (Vorsitzender bis 26.03.2004)

VDir. KR. Manfred Kunert, Wien (Vorsitzender seit 26.03.2004)

Lars Hille, Bad Soden (Vorsitzender-Stellvertreter)

Mag. Markus Hörmann, Innsbruck

Martin Fuchsbauer, Wien

Dr. Matthias Hillmer, Laudenbach

Dr. Rainer Borns, Wien

Wien, im Februar 2005

Der Vorstand

..... Diplomökonom Jörg Hübner Wolfgang Layr
-----------------------------------	------------------------

Anlagen

VB Consulting für Anlagemanagement Bank AG, Wien

ANLAGENSPIEGEL 31.12.2004

	Anschaffungs-/Herstellungskosten				kumulierte Abschreibung	Buchwert 31.12.2004	Buchwert 31.12.2003	Abgänge Buchwert	Abschreibung Geschäftsjahr
	Stand am 01.01.2004	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.2004					
IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	45.752,35	0,00	0,00	45.752,35	45.752,14	0,21	0,21	0,00	0,00
SACHANLAGEN	172.156,53	28.510,29	14.311,96	186.354,86	154.848,59	31.506,27	21.787,02	496,39	18.294,65
GERINGWERTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	0,00	3.263,26	3.263,26	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.263,26
SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE	5.550.290,00	0,00	0,00	5.550.290,00	0,00	5.550.290,00	5.550.290,00	0,00	0,00
AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE	10.875,36	1.602,59	0,00	12.477,95	50,51	12.427,44	10.824,85	0,00	0,00
BETEILIGUNGEN	0,00	800,00	0,00	800,00	0,00	800,00	0,00	0,00	0,00
ANLAGEVERMÖGEN	5.779.074,24	34.176,14	17.575,22	5.795.675,16	200.651,24	5.595.023,92	5.582.902,08	496,39	21.557,91

Anlagen

Lagebericht

Anlagen

Lagebericht zur Bilanz der VBC 2004

Auch im Bilanzjahr 2004 konnte die VBC ihre Stellung innerhalb des Volksbanken-Sektors weiter festigen.

7. Depot A

Im Depot-A-Bereich konnten die Erträge gegenüber 2003 deutlich um insgesamt 15 % gesteigert werden. Diese Absatzsteigerung konnte trotz rückläufigem Rentenvolumen (-15 %) aufgrund des stark gesteigerten Derivateabsatzes (+70 %) erreicht werden. Der Rückgang des Rentenvolumens ist sowohl durch das ungünstige Zinsniveau als auch durch das starke Kreditwachstum der Volksbanken zu erklären. Das Geschäftsvolumen mit Zinsderivaten konnte im Zusammenhang mit der Strukturierung eigenbegebener Kassenobligationen der Volksbanken und insbesondere der Bilanzstrukturmanagement-Beratung ausgebaut werden. Die Fondspalette wurde durch den Convertible-Bonds-Fund, den Immofonds 1 und den Alternative Selection der KAG erweitert. Damit konnte den Volksbanken eine Diversifikationsmöglichkeit in der schwierigen Zinslandschaft geboten werden.

An Eigenemissionen der ÖVAG konnten zusammen mit dem Depot-B-Bereich wieder gewichtige Teile des Brutto-Emissionsvolumens von ÖVAG vertrieben werden.

Im Bereich der Bilanzstruktur-Beratungen von Volksbanken, welche bislang mit den Instrumenten „VBC Risk-Management“ sowie „Zinsmanagement“ durchgeführt wurden, hat sich der Fokus auf die Implementierung des Sektorprojektes SAP verschoben. Da dieses Projekt weiter Kapazitäten binden wird, wurde hierfür 2004 ein Mitarbeiter zur Gänze freigestellt.

Den Volksbanken wurden auch im abgelaufenen Jahr Beraterverträge (auf Honorarbasis) zur Analyse des Zinsänderungsrisikos ihres Nostros angeboten. Bislang haben mehr als die Hälfte der Volksbanken dieses Dienstleistungsangebot in Anspruch genommen.

Weiters wurden für Vorstände und Wertpapierverantwortliche sowie für Controller der Volksbanken Seminare und Fachtagungen zu aktuellen Themen durchgeführt. Einen Schwerpunkt nahm 2004 die Kick-Off-Veranstaltung für den Roll-Out von SAP ein, welche in form von mehreren Workshops für Geschäftsleiter abgehalten wurde.

8. Depot B

Im Kundenwertpapiergeschäft und der Vermögensberatung stieg das Vertrauen der Anleger in die Kapitalmärkte nach 2003 auch 2004 weiter an. Insbesondere im 1. Quartal führten die steigenden Aktienmärkte zu hohen Umsätzen. Mit strukturierten Produkten konnten große Absatzerfolge erzielt werden, wobei der Schwerpunkt bei kapitalgarantierten Zertifikaten mit regelmäßiger Ausschüttung lag.

Anlagen

Aufgrund des sehr niedrigen Zinsniveaus wurden von den Anlegern alternativ zu normalen Anleihen Zins- und Bonitätsstrukturen sowie Wohnbauwandelschuldverschreibungen nachgefragt. Im Fondsbereich stießen der neue Immobilienfonds und die Zukunftsvorsorge auf das größte Anlegerinteresse.

Das im Vorjahr eingeführte Benchmarking im Wertpapiergeschäft wurde mit dem ÖGV weiterentwickelt und ist mittlerweile ein fester Bestandteil in der Betreuung der Volksbanken. Daneben wurde gemeinsam mit einer Pilotvolksbank eine Controllingauswertung für das Kundenwertpapiergeschäft aufgebaut. Das neue Angebot der Controllingauswertungen soll in 2005 bei weiteren Volksbanken eingeführt werden.

Das wiedergewonnene Vertrauen der Privatanleger führte zu stark steigenden Umsätzen und Orderzahlen im 2. Halbjahr.

Mit unseren Garantieprodukten und neuen innovativen Fondsvarianten entsprachen wir genau dem Interesse der Anleger, die einerseits in Zeiten niedriger Zinsen nach guten Ertragsmöglichkeiten suchen andererseits aber nach den schlechten Erfahrungen der letzten Jahr nicht auf die Absicherung ihres Kapitals verzichten möchten.

Die Geschäftsabwicklung wurde im Jahr 2004 durch z.B. Einführung des mandantenübergreifenden Angebots in GEOS weiter optimiert. Für 2005 sind bereits weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Abläufe wie z.B. automatisierte Abwicklung für Orders in strukturierten Produkten sowie für XETRA-Wien geplant.

Die praxisorientierten Workshops der VBC für die Berater der Volksbanken werden weiter optimiert, um die Mitarbeiter der Volksbanken auch direkt vor Ort zu unterstützen, noch erfolgreicher im Wertpapiergeschäft zu agieren.

Weitere Volksbank haben sich entschlossen die Private Finanzplanung mit der Software FPS (Financial Planning System) einzuführen und nehmen hierzu die Unterstützung der VBC in Anspruch. Weiterhin wurden in 2004 wieder gemeinsam mit Volksbanken zum Thema „Frau & Geld“ einige interessante Schwerpunkte gesetzt.

9. Personal

Der Personalstand wurde im Jahr 2004 mit 20.6 Personen gegenüber dem Vorjahr konstant gehalten. Die äußerst ambitionierten Berater richten durch regen Gedankenaustausch mit den Wertpapierkollegen der Volksbanken die Service- und Beratungsleistung laufend auf die individuellen Bedürfnisse der Banken aus.

Die Prämienzahlungen an die Mitarbeiter werden durch den Vorstand auf der Grundlage der VBC-Prämienregelung und individueller Mitarbeiter-Beurteilungen festgelegt. Rückstellungen in entsprechender Höhe wurden gebildet.

10. Kostensituation

Wie in einem Dienstleistungsunternehmen üblich, stellen auch in der VBC die Personal- und EDV-Kosten die größten Kostenblöcke da.

Die EDV-Kosten resultieren in erster Linie aus den anteilig verrechneten Kosten der ÖVAG sowie den Kosten für das Rechenzentrum sowie die Informationssysteme der VBC.

11. Zusammenarbeit mit ÖVAG und DZ BANK AG

Insbesondere mit den Wertpapierhandels-Bereichen von ÖVAG und DZ BANK AG verläuft die Zusammenarbeit intensiv und reibungslos.

12. Perspektiven

Im A-Depot wird der verstärkte Wettbewerb bei Standardprodukten fortschreiten. Die sukzessive Implementierung von SAP im Sektor wird eine verstärkte Beratungstätigkeit durch die VBC im Bereich der Steuerung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene erfordern. Vor diesem Hintergrund werden sowohl das Nostro (als bilanzielles Instrument) als auch Derivate (außerbilanziell) einen neuen Stellenwert erlangen.

Im B-Depot wird die Automation des Standardgeschäfts wie z.B. Ausweitung des mandantenübergreifenden Angebots im GEOS fortschreiten, so dass die Vertriebsunterstützung und -förderung in Form von regelmäßiger Beratung und Betreuung und dem Angebot von Consultingleistungen im Bereich Veranstaltungen forciert werden kann. Hauptziel ist neben der Verbesserung der Beratungsqualität die Steigerung der Vertriebsleistung der Volksbanken speziell im Wertpapierbereich.

Wien, Februar 2005

..... Dir. Wolfgang Layr Dir. Dipl. Ök. Jörg Hübner
-----------------------------	-------------------------------------

Anlagen

Anlagen

ANLAGE I.III.: JAHRESABSCHLUSS ZUM 31.12.2005

Anlagen

VB Consulting für Anlagemanagement

Bank AG

Wien

Jahresabschluss zum

31.12.2005

Anlagen

Uneingeschränkter Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss der

VB Consulting für Anlagemanagement Bank AG,

Wien,

für das **Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2005** unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Die Buchführung, die Aufstellung und der Inhalt dieses Jahresabschlusses sowie des Lageberichtes in Übereinstimmung mit den österreichischen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung und einer Aussage, ob der Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehlaussagen ist und eine Aussage getroffen werden kann, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Unternehmens sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Nachweise für Beträge und sonstige Angaben in der Buchführung und im Jahresabschluss auf Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen, wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil abgibt.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Wien, am 2. Februar 2006

KPMG Alpen-Treuhand GmbH

Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Johann Mühlechner

ppa Mag. Wolfgang Höller

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

Anlagen

Aktiva

	31.12.2005 EUR	31.12.2004 TEUR
1. Forderungen an Kreditinstitute täglich fällig	1.705.669,19	1.836
2. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von anderen Emittenten	5.223.033,54	5.724
3. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	12.427,44	12
4. Beteiligungen	800,00	1
5. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	0,00	0
6. Sachanlagen	0,00	32
7. Sonstige Vermögensgegenstände	6.227,38	469
8. Rechnungsabgrenzungsposten	263,85	7
	<u>6.948.421,40</u>	<u>8.081</u>
Posten unter der Bilanz		
1. Auslandsaktiva	3.776,80	20

Anlagen

Passiva

	31.12.2005		31.12.2004	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Sonstige Verbindlichkeiten		941.120		2.186
2. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Abfertigungen	0		50	
b) Steuerrückstellungen	321.980		0	
c) sonstige	<u>12.000</u>	333.980	<u>444</u>	494
3. Gezeichnetes Kapital				
Nennbetrag		5.086.900		5.087
4. Kapitalrücklagen				
gebundene		198		0
5. Gewinnrücklagen				
a) gesetzliche Rücklage	303.975		243	
b) andere Rücklagen	<u>227.746</u>	531.721	<u>16</u>	259
6. Haftrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG		<u>54.503</u>		<u>55</u>
		<u>6.948.421</u>		<u>8.081</u>

Posten unter der Bilanz

1. Eventualverbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und				
Haftungen aus der Bestellung von				
Sicherheiten		800		1
2. Anrechenbare Eigenmittel gemäß				
§ 23 Abs 14 BWG		5.673.322		5.401
3. Erforderliche Eigenmittel gemäß				
§ 22 Abs 1 BWG		111.467		138
darunter: erforderliche Eigenmittel				
gemäß § 22 Abs 1 Z 1 und 4 BWG:				
EUR 111.467,22; Vorjahr: TEUR 138				
4. Auslandspassiva		0		1.301

Anlagen

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2005

	2005		2004	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Zinsen und ähnliche Erträge		248.851,32		255
darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren	222.852,42		230	
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00		0
I. NETTOZINSERTRAG		248.851,32		255
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen				
Erträge aus anderen Anteilsrechten		531,20		1
4. Provisionserträge		3.826.937,55		5.075
5. Provisionsaufwendungen		-916.421,96		-1.354
6. Sonstige betriebliche Erträge		296.079,38		154
II. BETRIEBSERTRÄGE		3.455.977,49		4.131
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Gehälter	327.485,26		619	
bb) bene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und	81.941,36		133	
cc) sonstiger Sozialaufwand	13.035,72		37	
dd) Aufwand für Altersversorgung und Unterstützung	3.674,02		5	
ee) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-2.586,11		11	
	-423.550,25		-805	
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-1.466.719,93	-1.890.270,18	-2.181	-2.986
8. Wertberichtigungen auf die im Aktivposten 6 enthaltenen Vermögensgegenstände		-15.799,74		-21
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-16.506,81		-18
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN		-1.922.576,73		-3.025
IV. BETRIEBSERGEBNIS		1.533.400,76		1.106
10. Wertberichtigungen auf Forderungen		0,00		-3
11. Veräußerungsverluste aus Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet werden		-350,00		0
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		1.533.050,76		1.103
12. Steuern vom Einkommen		-321.980,00		0
13. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 12 auszuweisen		-2.810,77		-3
VI. JAHRESÜBERSCHUSS		1.208.259,99		1.100
14. Rücklagenbewegung		-272.413,00		-55
darunter: Dotierung der Hafrücklage	0,00		0	
VII. JAHRESGEWINN		935.846,99		1.045
15. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages abgeführte Gewinne		-935.846,99		-1.045
VIII. BILANZGEWINN		0,00		0

Anlagen

Anlagen

**Anhang für das
Geschäftsjahr 2005**

Anlagen

Anlagen

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Aufstellung des Jahresabschlusses 2005 erfolgte nach den Bestimmungen des Bankwesengesetzes, des Handelsgesetzbuches und des Rechnungslegungsgesetzes. Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der Generalnorm aufgestellt, welche die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens fordern.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Dem Vorsichtsprinzip wurde dadurch Rechnung getragen, dass nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden, alle erkennbaren Risiken und drohende Verluste wurden berücksichtigt.

Die Fremdwährungsbeträge wurden gemäß § 58 Abs 1 BWG zu den entsprechenden Devisen-Mittelkursen des Bilanzstichtages umgerechnet.

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Die Bilanzierung von Wertpapieren des Anlagevermögens erfolgt nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Sie beinhalten stille Reserven in Höhe von € 126.573,42.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Die planmäßige Abschreibung wurde linear vorgenommen.

Die Nutzungsdauer für Immaterielle Vermögensgegenstände (EDV-Software) sowie für EDV-Hardware beträgt

4 Jahre, jene für sonstige Büroausstattung 5 Jahre. Von den Zugängen in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres wird die volle Jahresabschreibung, von den Zugängen in der zweiten Hälfte die halbe Jahresabschreibung verrechnet.

Geringwertige Vermögensgegenstände (Einzelanschaffungswert bis € 400,00) werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Anlagen

Die Abfertigungsrückstellungen und die Rückstellungen für Jubiläumsgelder wurden im Zuge von Umstrukturierungen und infolge von Personalüberstellungen im Konzern der Österreichischen Volksbanken-AG übertragen.

In den sonstigen Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken sowie die der Höhe und dem Grunde nach ungewissen Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich sind.

Die Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht angesetzt.

Gemäß § 130 Abs 3 AktG wurde die gesetzliche Rücklage dotiert.

B. Allgemeine Erläuterungen

Das Dienstleistungsgeschäft wurde mit Wirkung 01.10.2005 mit dem Sales-Bereich des ÖVAG-Treasury verschmolzen. Ziel der Verschmelzung ist die Leistungsfähigkeit zu erhöhen und das Sektorservice direkt aus der am Markt operierenden Organisationseinheit sicherzustellen. Der Firmenwortlaut der Gesellschaft wurde mit Eintragung im Firmenbuch per 18.01.2006 auf Volksbank-Quadrat Bank AG geändert.

Mit der Österreichische Volksbanken-AG als Organträger besteht eine Organschaft auf dem Gebiet der Umsatzsteuer (Ergebnisabführungsvertrag vom 19. September 1997; per 31. Dezember 2005 gekündigt).

Die letzte Satzungsänderung vom 19. März 2001 betraf die Umrechnung der Aktiennennbeträge auf Grundlage des kleinsten Aktien-Nennbetrages in Euro (der sich aus dieser Art der Umrechnung ergebende Differenzbetrag von EUR 198,39 zur direkten Umrechnung wurde in die gebundene Kapitalrücklage eingestellt), die Umwandlung der Nennbetragsaktien in Stückaktien sowie die Änderung der von der Euro-Umstellung betroffenen Bestimmungen der Satzung.

C. Erläuterungen zur Bilanz

1. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den in der Bilanz erfassten, zum Börsehandel zugelassenen festverzinslichen Wertpapieren notierten

€ 5.049.940,00 (31.12.2004 TEUR: 5.550) an der Börse. Im Bilanzwert der festverzinslichen Wertpapiere zum 31.12.2005 sind anteilige Zinsen in Höhe von € 173.093,54 (31.12.2004 TEUR: 174) enthalten.

Der Ansatz der Wertpapiere des Anlagevermögens erfolgte zu den Anschaffungskosten oder niedrigeren Marktwerten am Bilanzstichtag. Der beizulegende Zeitwert zum 31.12.2005 beträgt € 5.176.290,00.

Die Wertpapiere weisen folgende Restlaufzeiten auf:

Wertpapiere mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre € 5.049.940,00 (2004 TEUR: 5.550)

2. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Der Aktivposten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von € 12.427,44 (31.12.2004 TEUR: 12) beinhaltet keine zum Börsehandel zugelassenen Wertpapiere. Der beizulegende Zeitwert zum 31.12.2005 beträgt € 12.650,86.

3. Sachanlagen

Zur Entwicklung der Position des Anlagevermögens wird auf den Anlagenspiegel verwiesen. Im Zuge der Verschmelzung des Dienstleistungsgeschäftes und der Integration der Mitarbeiter in den Sales-Bereich des ÖVAG-Treasury wurden die Anlagegüter fast zur Gänze zu Buchwerten an die Österreichische Volksbanken-AG verkauft.

4. Sonstige Vermögensgegenstände

Aufgliederung:

Provisionsverrechnungen	€	0,00	(2004 TEUR: 354)
Honorarverrechnungen	€	2.043,93	(2004 TEUR: 94)
Andere Forderungen	€	4.183,45	(2004 TEUR: 21)
	€	6.227,38	(2004 TEUR: 469)

Anlagen

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten keine Erträge, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

5. Aufgliederung der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen:

Forderungen an Kreditinstitute	€	1.705.669,19	(2004 TEUR: 1.836)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
	€	5.223.033,54	(2004 TEUR: 5.724)
Sonstige Vermögensgegenstände	€	<u>0,00</u>	(2004 TEUR: 367)
	€	6.928.702,73	(2004 TEUR: 7.927)

6. Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	€	0,00	(2004 TEUR: 33)
Steuer- und Abgabenverbindlichkeiten	€	64,63	(2004 TEUR: 33)
Rückständige Personalansprüche	€	0,00	(2004 TEUR: 1)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen			
	€	<u>941.054,99</u>	(2004 TEUR: 2.119)
	€	941.119,62	(2004 TEUR: 2.186)

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von € 941.054,99 beinhalten die Gewinnabfuhrverpflichtung in Höhe von € 935.846,99 und Leistungsverrechnungen in Höhe von € 5.208,00.

Sämtliche Verbindlichkeiten in Höhe von € 941.119,62 (31.12.2004 TEUR: 2.186) haben Restlaufzeiten bis zu einem Jahr. Sie beinhalten Aufwendungen in Höhe von € 941.054,99, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

7. Rückstellungen

Die Steuerrückstellung wurde in Höhe von € 321.980,00 für die Körperschaftsteuer 2005 gebildet.

Die sonstigen Rückstellungen umfassen Vorsorgen für Prüfungskosten in Höhe von € 12.000,00. Die Personalrückstellungen wurden infolge der Umstrukturierung innerhalb des Konzerns der Österreichische Volksbanken-AG übertragen (31.12.2004 TEUR: 420). Die Gesellschaft beschäftigt per 31.12.2005 keine Arbeitnehmer.

Anlagen

8. Rücklagen

In die gesetzliche Rücklage wurde gemäß § 130 Abs 3 AktG der Betrag in Höhe von € 60.413,00 (31.12.2004 TEUR: 55) eingestellt. Die Dotierung der freien Rücklage erfolgte in Höhe von € 212.000,00.

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Nettozinserträge mit € 248.851,32 (2004 TEUR: 255) resultieren aus Zinserträgen in Höhe von € 25.998,90 (2004 TEUR: 25) sowie Erträgen aus Wertpapieren in Höhe von € 222.852,42 (2004 TEUR: 230).

Provisionserträge in Höhe von € 3.826.937,55 (2004 TEUR: 5.075) stammen vorwiegend aus betriebswirtschaftlicher Beratung und aus der Vermittlung von Wertpapiergeschäften (hievon aus Mittel- und Osteuropa EUR 130.923,38). Die Erträge umfassen auf Grund der Verschmelzung des Dienstleistungsgeschäftes mit dem Sales-Bereich des ÖVAG-Treasury mit Wirkung 01.10.2005 nur die Quartale 1-3/2005.

Sonstige betriebliche Erträge in Höhe von € 296.079,38 (2004 TEUR: 154) resultieren aus der Verrechnung von Researchmaterial in Höhe von € 21.100,00 (2004 TEUR: 18), aus weiterverrechneten Personal- und Bildungsaufwendungen in Höhe von € 1.354,77 (2004 TEUR: 4), aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von € 273.002,10 (2004 TEUR: 48) sowie aus sonstigen Erträgen in Höhe von € 622,51 (2004 TEUR: 1).

Der Sachaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

Überrechnete Personalaufwendungen	€	766.890,72	(2004 TEUR: 1.094)
Miet-Raum-Leasing und Verwaltungsaufwand	€	471.711,39	(2004 TEUR: 717)
Rechts-, Prüfungs- und Beratungsaufwand	€	64.935,60	(2004 TEUR: 108)
Reisekosten und Fahrtkosten	€	23.011,65	(2004 TEUR: 25)
EDV-Aufwand	€	58.991,99	(2004 TEUR: 109)
Aufwand für den Nachrichtenverkehr	€	4.368,09	(2004 TEUR: 9)
Büromaterial, Drucksorten, Literatur	€	14.999,60	(2004 TEUR: 29)
Werbung und Repräsentation	€	24.063,58	(2004 TEUR: 30)
Veranstaltungen	€	26.182,65	(2004 TEUR: 17)
Schadensfälle	€	0,00	(2004 TEUR: 30)
Verschiedene unter je TEUR 3	€	11.564,66	(2004 TEUR: 13)
	€	1.466.719,93	(2004 TEUR: 2.181)

Anlagen

E. Ergänzende Angaben

2. In den Aktivposten sind auf Fremdwährung lautende Aktiva im Gesamtbetrag von € 3.720,44 (2004 TEUR: 7) enthalten.

F. Sonstige Angaben

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 5.086.900,00; es ist in 5.086.900 Stück auf Namen lautende Stückaktien von je EUR 1,00 zerlegt.

Während des Geschäftsjahres waren durchschnittlich 8,4 Angestellte beschäftigt.

In der Position Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen sind keine Aufwendungen für Abfertigungen (2004 TEUR: 10) enthalten.

Von der Angabe der Bezüge des Vorstands wird mit Hinweis auf § 241 Abs 4 HGB Abstand genommen.

Der Vorstand setzte sich im Geschäftsjahr aus folgenden Personen zusammen:

Diplomökonom Jörg Hübner (bis 14.12.2005)

Mag. Ulrike Prötzner (bis 14.12.2005)

Dr. Rainer Borns (seit 14.12.2005)

Prof. Mag. DDr. Hans Hofinger (seit 14.12.2005)

Der gewählte Aufsichtsrat setzte sich folgendermaßen zusammen:

Dkfm. Werner Eidherr (Vorsitzender seit 14.12.2005)

VDir. KR. Manfred Kunert (Vorsitzender bis 14.12.2005)

GD. Franz Pinkl (Stellvertreter des Vorsitzenden seit 14.12.2005)

Lars Hille (Vorsitzender-Stellvertreter bis 30.09.2005)

Mag. Markus Hörmann (bis 14.12.2005)

Martin Fuchsbauer (bis 14.12.2005)

Dr. Matthias Hillmer (bis 30.09.2005)

Dr. Rainer Borns (bis 14.12.2005)

Dir. Mag. Ferdinand Baumgartner (seit 14.12.2005)

Mag. Harald Berger (seit 14.12.2005)

Dir. KR. Karl Steinberger (seit 14.12.2005)

Dr. Walter Zandanell (seit 14.12.2005)

Anlagen

Wien, im Februar 2006

Der Vorstand

..... DDr. Hans Hofinger Dr. Rainer Borns
-----------------------------	---------------------------

Anlagen

VB Consulting für Anlagemanagement Bank AG

ANLAGE 1

ANLAGENSPIEGEL 31.12.2005

	Anschaffungs-/Herstellungskosten			Stand am 31.12.2005	kumulierte Abschreibung	Buchwert 31.12.2005	Buchwert 31.12.2004	Abgänge Buchwert	Abschreibung Geschäftsjahr
	Stand am 01.01.2005	Zugänge	Abgänge						
IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	45.752,35	-	45.752,35	-	-	-	0,21	0,21	-
SACHANLAGEN	186.354,86	3.591,60	189.946,46	-	-	-	31.506,27	21.821,32	13.276,55
GERINGWERTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	-	2.523,19	2.523,19	-	-	-	-	-	2.523,19
SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE	5.550.290,00	-	500.350,00	5.049.940,00	-	5.049.940,00	5.550.290,00	-	-
AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE	12.477,95	-	-	12.477,95	50,51	12.427,44	12.427,44	-	-
BETEILIGUNGEN	800,00	-	-	800,00	-	800,00	800,00	-	-
ANLAGEVERMÖGEN	5.795.675,16	6.114,79	738.572,00	5.063.217,95	50,51	5.063.167,44	5.595.023,92	21.821,53	15.799,74

Anlagen

Lagebericht

Anlagen

Lagebericht zur Bilanz der VBC 2005

Auch im Bilanzjahr 2005 konnte die VBC ihre Stellung innerhalb des Volksbanken-Sektors weiter festigen. Mit Stichtag 30.09.2005 wurde der operative Geschäftsbetrieb aus der VBC in das Group Treasury der ÖVAG integriert und dort im selben Umfang fortgeführt.

Der Lagebericht bezieht sich im Wesentlichen auf die ersten 3 Quartale 2005, in denen die VBC operativ tätig war. Ab der Ausgliederung der operativen Tätigkeit wurde keine weitere Geschäftstätigkeit in der Gesellschaft abgewickelt.

1. Depot A

Im Depot-A-Bereich konnten die Umsätze zeitanteilig (1.-3. Quartal) nicht ganz auf dem Niveau von 2004 gehalten werden. Der Absatzrückgang betrug insgesamt -14%, beim Rentenvolumen -25% und beim Derivateabsatz -4%. Der Rückgang des Rentenvolumens ist sowohl durch das ungünstige Zinsniveau als auch durch das starke Kreditwachstum der Volksbanken zu erklären. Das Geschäftsvolumen mit Zinsderivaten konnte trotz Einsatz bei der Strukturierung eigen begebener Kassenobligationen der Volksbanken und in der Bilanzstrukturmanagement-Beratung nicht ganz gehalten werden.

Im Fondsbereich wurden insbesondere durch den Absatz des Immofonds 1 der Volksbanken-KAG Erfolge erzielt. Damit konnte den Volksbanken eine Diversifikationsmöglichkeit in der schwierigen Zinslandschaft geboten werden.

Das Ergebnis lag zeitanteilig 21 % unter Plan und 23 % unter dem Vorjahresergebnis.

An Eigenemissionen der ÖVAG konnten zusammen mit dem Depot-B-Bereich wieder gewichtige Teile des Brutto-Emissionsvolumens der ÖVAG vertrieben werden.

Im Bereich der Bilanzstruktur-Beratungen von Volksbanken, welche bislang mit den Instrumenten „VBC Risk-Management“ sowie „Zinsmanagement“ durchgeführt wurden, hat sich der Fokus auf die Implementierung des Sektorprojektes SAP verschoben. Für dieses Themenfeld wurde 2005 ein Mitarbeiter abgestellt.

Den Volksbanken wurden auch im abgelaufenen Jahr Beraterverträge (auf Honorarbasis) zur Analyse des Zinsänderungsrisikos ihres Nostros angeboten. Bislang haben mehr als die Hälfte der Volksbanken dieses Dienstleistungsangebot in Anspruch genommen.

Weiters wurden für Vorstände und Wertpapierverantwortliche sowie für Controller der Volksbanken Seminare und Fachtagungen zu aktuellen Themen durchgeführt. Einen

Anlagen

Schwerpunkt nahmen 2005 die Schulungen für den Roll-Out von SAP ein, welche in Form von mehreren Workshops für Geschäftsleiter abgehalten wurden.

2. Depot B

Im Kundenwertpapiergeschäft und der Vermögensberatung stieg das Vertrauen der Anleger in die Kapitalmärkte nach 2004 auch 2005 weiter an. Die steigenden Aktienmärkte insbesondere an der Börse Wien führten zu hohen Umsätzen. Mit strukturierten Produkten konnten große Absatzerfolge erzielt werden, wobei der Schwerpunkt bei kapitalgarantierten Zertifikaten mit regelmäßiger Ausschüttung lag.

Aufgrund des sehr niedrigen Zinsniveaus wurden von den Anlegern alternativ zu normalen Anleihen Zinsstrukturen sowie Wohnbauwandelschuldverschreibungen nachgefragt. Im Fondsbereich stießen insbesondere der neue Immobilienfonds und die Zukunftsvorsorge auf das größte Anlegerinteresse.

Der Umsatzvolumen stieg um 41 % im Vergleichszeitraum und die Anzahl der abgewickelten Orders um 23 %. Ertrag lag im Vergleich zu den ersten 9 Monaten um 10 % über Vorjahr und um 29 % über Plan.

Die Geschäftsabwicklung wurde im Jahr 2005 durch die aktive Nutzung des mandantenübergreifenden Angebots in GEOS weiter optimiert. In 2005 wurden zudem weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Abläufe wie z.B. automatisierte Abwicklung für Orders in strukturierten Produkten sowie für XETRA-Wien umgesetzt.

Die Betreuung und Unterstützung der VBC für die Berater der Volksbanken wurde weiter verbessert, um den Volksbanken-Sektor noch erfolgreicher im Wertpapiergeschäft zu machen.

Weiterhin wurden in 2005 wieder gemeinsam mit Volksbanken zum Thema „Frau&Geld“ einige interessante Schwerpunkte gesetzt.

3. Personal

Aufgrund der Ausgliederung des Geschäftsbetriebes waren am Jahresende 2005 keine Mitarbeiter mehr beschäftigt.

Für die Prämienzahlungen für die ersten 9 Monate an die Mitarbeiter wurden Rückstellungen in entsprechender Höhe gebildet.

4. Kostensituation

Wie in einem Dienstleistungsunternehmen üblich, stellen auch in der VBC die Personal- und EDV-Kosten die größten Kostenblöcke da.

Die EDV-Kosten resultieren in erster Linie aus den anteilig verrechneten Kosten der ÖVAG sowie den Kosten für das Rechenzentrum sowie für die Informationssysteme der VBC.

Durch straffes Kostenmanagement lagen die Gesamtkosten per 1-9/2005 mit 9 % unter Plan bzw. Vorjahr.

Durch die Ausgliederung des Geschäftsbetriebes entfielen die EDV-Kosten im letzten Quartal 2005 zur Gänze.

Die Provisionsaufwendungen betragen im Geschäftsjahr knappe 24 % der Provisionserträge.

Auf Grund des straffen Kostenmanagements verbesserte sich das Verhältnis der Personalaufwendungen bezogen auf die Provisionserträge gegenüber dem Vorjahr um 9,44 % auf 49,39 %.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verbesserte sich in Bezug auf die Bilanzsumme auf 22,07 % von 13,65 % im Vorjahr.

Die Eigenmittelausstattung gemäß BWG in Höhe von € 5.673.321,78 liegt über dem gesetzlich geforderten Ausmaß.

5. Zusammenarbeit mit ÖVAG und DZ BANK AG

Insbesondere mit den Wertpapierhandels-Bereichen von ÖVAG und DZ BANK AG verlief die Zusammenarbeit intensiv und reibungslos.

6. Risikosituation

Aus der Beratung der Volksbanken sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Risiken für die Gesellschaft erkennbar, da die Richtlinien eingehalten wurden, welche das Beraterrisiko minimieren sollen.

Anlagen

7. Perspektiven

Die Ausgliederung des Geschäftsbetriebes und der Wechsel der Eigentümer im Jänner 2006 hat auch eine Änderung der Geschäftstätigkeit zur Folge.

Künftig wird die Gesellschaft ihr Geschäftsfeld auf die Emission und Zeichnung von Eigenmittelinstrumenten konzentrieren. Es ist beabsichtigt die bestehende Bankkonzession zu erweitern. In diesem Zusammenhang erfolgte auch eine Änderung der Firma auf Volksbank-Quadrat Bank AG.

Wien, im Februar 2006

..... DDr. Hans Hofinger Dr. Rainer Borns
-----------------------------	---------------------------

ANLAGE II: KUNDEN ÜBERBLICK

Anlagen

Konditionen Überblick

Erfolgsanteil (VB²-PS)

der Volksbank-Quadrat Bank AG.

**Der Erfolgsanteil ist eine mittelbare Beteiligung
an der Volksbank Gruppe**

<u>Emittentin:</u>	Volksbank-Quadrat Bank AG (kurz: VB ²) www.volksbank-quadrat.at
<u>Art der Emission:</u>	Partizipationskapital (Partizipationsschein) im Sinne von § 23 Abs. 4 BWG
<u>Volumen:</u>	bis zu EUR 130 Mio. Nominale mit Aufstockungsmöglichkeit bis zu EUR 250 Mio.
<u>Stückelung:</u>	EUR 100,- Nominale pro Partizipationsschein
<u>Mindestzeichnung:</u>	Partizipationsscheine im Gesamtnominale von EUR 500,-
<u>Zeichnungsbeginn:</u>	ab 29.5.2006 als Daueremission
<u>Schließung des Angebots:</u>	bei Vollplatzierung des gesamten Emissionsvolumens (inklusive Aufstockungsmöglichkeit), spätestens aber mit 10.5.2007
<u>Erstvaluta:</u>	17.7.2006
<u>Laufzeit:</u>	unbefristet, auf Dauer der Emittentin
<u>Ausgabekurs:</u>	EUR 102,50 (einschließlich 2,5 % Ausgabeaufschlag) pro Stück
<u>Kupontermin:</u>	Jährlich nach der ordentlichen Hauptversammlung der Emittentin, spätestens 31.10. für das jeweils vorangegangene Geschäftsjahr der Emittentin. Erstmals spätestens am 31.10.2007.
<u>Gewinnanteil auf das Nominale*:</u>	Durchschnittlicher 3-Monats-EURIBOR des Kalenderjahres, das dem Kalenderjahr unmittelbar vorangegangen ist, in dem das jeweilige Geschäftsjahr der Emittentin endet, zuzüglich 130 Basispunkten, berechnet nach dem jeweiligen 3-Monats-EURIBOR zu den Feststellungstagen (Berechnungsmodus 30/360). Erstmalige Beteiligung am Jahresgewinn der Emittentin zum 31.7.2007 nach dem durchschnittlichen 3-Monats-EURIBOR zum 30.6.2006 und zum 30.9.2006 zuzüglich 130 Basispunkten.

Anlagen

<u>Beteiligung an Rücklagen:</u>	Im Falle der Liquidation, der Einziehung und der Kapitalherabsetzung werden die Partizipanten ausschließlich an den zukünftigen, nach dem 31.7.2006 angewachsenen Rücklagen, stillen Rücklagen und Firmenwert im Verhältnis des rechnerischen Betrages des Partizipationskapitals zum Aktienkapital beteiligt, darüber hinaus bestehen keinerlei Ansprüche.
<u>Kündigung:</u>	Die Kündigung der VB ² -PS ist grundsätzlich beiderseits ausgeschlossen. Allerdings kann das Partizipationskapital von der Emittentin unter analoger Anwendung der aktienrechtlichen Kapitalherabsetzungsvorschriften herabgesetzt oder gemäß den Bestimmungen des § 102a BWG eingezogen werden.
<u>Währung:</u>	EUR
<u>Zahlstelle:</u>	Zahlstelle ist die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft, Peregringasse 3, 1090 Wien.
<u>Börseeinführung:</u>	Der Antrag auf Zulassung der VB ² -PS zum Handel an der Wiener Börse ist nicht beabsichtigt.
<u>Rechtsordnung:</u>	Österreichisches Recht.
<u>ISIN:</u>	AT0000A015R4

* Der Erfolgsanteil der Volksbank-Quadrat Bank AG (VB²-PS) verbrieft den Anspruch auf gewinnabhängige Erträge, jedoch höchstens im Ausmaß des durchschnittlichen 3-Monats-EURIBOR des Kalenderjahres, das dem Kalenderjahr unmittelbar vorangegangen ist, in dem das jeweilige Geschäftsjahr der Emittentin endet zuzüglich 130 Basispunkten, soweit dieser im Bilanzgewinn (verstanden als Ergebnis des jeweiligen Geschäftsjahres (Jahresgewinn) nach Rücklagenbewegung gemäß § 23 Abs. 4. Z. 3 BWG), des jeweiligen Geschäftsjahres der Volksbank-Quadrat Bank AG Deckung findet. Hingewiesen wird darauf, dass die Dividendenausschüttung der VB² nach der ordentlichen Hauptversammlung der VB² erfolgt, in der über die Verwendung des Bilanzgewinns des betreffenden Geschäftsjahres beschlossen wird, spätestens jedoch bis zum 31.10. eines laufenden Jahres. In die Ausschüttung der Emittentin finden jeweils jene Erträge Eingang, die die Emittentin aus der Veranlagung in Mitglieder des ÖGV in Form von Partizipationskapital für das unmittelbar vor ihrem Bilanzstichtag des jeweiligen Geschäftsjahres zu Ende gegangene Geschäftsjahr der Mitglieder des ÖGV von diesen ausgeschüttet bekommen hat. Die Inhaber des VB²-PS sind erstmals am Bilanzgewinn der Emittentin zum 31.7.2007 beteiligt; der Bilanzgewinn der Emittentin zum 31.7.2006 steht ausschließlich dem Aktionär der Emittentin zu. In den Bilanzgewinn der Emittentin zum 31.7.2007 können jedoch nur jene Beteiligungserträge Eingang finden, die die jeweiligen Mitglieder des ÖGV, bei denen die Emittentin Partizipationskapital gezeichnet hat, bis zum 31.7.2007 ausgezahlt haben. Da jedoch die Mitglieder des ÖGV, bei denen die Emittentin Partizipationskapital zeichnet, einen Regelbilanzstichtag (31.12.) aufweisen und die Emittentin erst ab 18.7.2006 Partizipationskapital bei den einzelnen Mitgliedern des ÖGV zeichnet, fließen in den Bilanzgewinn der Emittentin zum 31.7.2007 die der Emittentin aufgrund des von ihr bei den Mitgliedern des ÖGV gezeichneten Partizipationskapitals zustehenden Gewinnanteile zeitanteilig für die Zeit vom 18.7.2006 bis 31.12.2006 ein. Die Ausschüttung für die Anleger für die Zeit von der Zeichnung des Partizipationsscheines bis 31.7.2007 liegt daher planmäßig deutlich unter dem durchschnittlichen 3-Monats-EURIBOR zuzüglich 130 Basispunkten. Die Beteiligung der Inhaber des VB²-PS am Bilanzgewinn der Emittentin zum 31.7.2007 wird spätestens am 31.10.2007 ausgeschüttet, wobei hinsichtlich der Berechnung des Gewinnanteils am Bilanzgewinn der Emittentin nur zwei Feststellungstage (der 30.6.2006 und der 30.9.2006) zur Berechnung des arithmetischen Durchschnitts herangezogen werden. Es besteht keine Dividendennachzahlungsverpflichtung. Der „durchschnittliche 3-Monats-EURIBOR“ ergibt sich aus dem auf drei Nachkommastellen kaufmännisch gerundeten arithmetischen Durchschnitt des an den vier Feststellungstagen eines Kalenderjahres festgestellten 3-Monats-EURIBOR. Feststellungstage sind der 31.3., 30.6., 30.9. und 30.12. eines jeden Kalenderjahres. Erster Feststellungstag ist der 30.6.2006. Sollte ein Feststellungstag auf einen Tag fallen, der kein Bankarbeitstag ist, so verschiebt sich der Feststellungstag auf den unmittelbar vorangehenden Bankarbeitstag. „Bankarbeitstage“ im Sinne dieser Emissionsbedingungen sind jene Tage, an denen alle maßgeblichen Bereiche des TARGET-Systems betriebsbereit sind „3-Monats-EURIBOR“: entspricht dem jeweils am Feststellungstag auf der Reuters Bildschirmseite „EURIBOR“ um 11:00 AM (MEZ) genannten aktuellen 3-Monats-EURIBOR-Satz. Sollte die maßgebliche Reuters Bildschirmseite am Feststellungstag nicht zu Verfügung stehen oder wird darauf kein Angebotssatz (zu der genannten Zeit) angezeigt, so gilt Folgendes: Die VB² wird von vier renommierten Banken, welche im relevanten Zinsmarkt tätig sind, deren relevante Angebotssätze für den relevanten Feststellungstag anfordern.

- Werden mindestens zwei Angebotssätze genannt, so ist der Zinssatz das arithmetische Mittel (falls erforderlich, nach den internationalen Standards gerundet) dieser Angebotssätze, wobei alle Festlegungen durch die VB² erfolgen.
- Wird lediglich ein Angebotssatz genannt, so ist der Zinssatz dieser Angebotssatz.
- Für den Fall, dass der Zinssatz nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen dieses Absatzes ermittelt werden kann, so ist der Zinssatz der am letzten Bankarbeitstag auf der Bildschirmseite angezeigte Angebotssatz. Die Dividendenausschüttung der VB² erfolgt nach der Hauptversammlung der VB², in der der Jahresabschluss des betreffenden Geschäftsjahres beschlossen wird, spätestens jedoch bis zum 31.10. eines laufenden Jahres, wobei in die Ausschüttung der Emittentin jeweils jene Erträge Eingang finden, die die Emittentin aus der Veranlagung in Mitglieder des ÖGV in Form von Partizipationskapital für das unmittelbar vor ihrem Bilanzstichtag des jeweiligen Geschäftsjahres zu Ende gegangene Geschäftsjahr der Mitglieder des ÖGV von diesen ausgeschüttet bekommen hat. Die erste Dividendenausschüttung für den Anteil am Jahresgewinn der Emittentin zum 31.7.2007 erfolgt am 31.10.2007, wobei für deren Berechnung vom 18.07.2006 bis zum 31.12.2006 nur zwei Feststellungstage (der 30.6.2006 und der 30.9.2006) zur Berechnung des arithmetischen Durchschnitts des 3-Monats-EURIBOR herangezogen werden.

ANLAGE III: ZEICHNUNGSSCHEIN

Anlagen

Zeichnungsschein

An die
Volksbank

Auftraggeber:

Name:

Adresse:

Depotwortlaut:

Depotnummer: bei Volksbank

Mitglied der oben genannten Volksbank ja nein *(Zutreffendes bitte ankreuzen!)*

Ich/Wir zeichne/n gemäß den von mir/uns zur Kenntnis genommenen Prospekt- und Emissionsbedingungen

..... Stück Volksbank Erfolgsanteil (Partizipationsschein)

der Volksbank-Quadrat Bank AG (ISIN AT0000A015R4)

à Nominale EUR 100,-- zuzüglich Ausgabeaufschlag iHv 2,5%.

Die Stücke werden zur Gänze durch eine Sammelurkunde verbrieft und sind in Sammelverwahrung zu nehmen. Kürzungen sind vorbehalten!

Der Zeichnungspreis

in Höhe von EUR (darin enthalten 2,5 % Ausgabeaufschlag)

ist von meinem/unserem (Giro-)Konto Nr.

bei der, BLZ

abzubuchen.

wird bis spätestens bar auf das Konto eingezahlt.

wird bis spätestens mittels Überweisung auf das Konto eingezahlt.

(Zutreffendes bitte ankreuzen!)

Kassatag für die gezeichneten bzw. zugeteilten Partizipationsschein ist der 17.7.2006.

Die Wertpapiere sind im oben genannten Depot zu verwahren.

..... Ort und Datum Unterschrift bzw. firmenmäßige Zeichnung
------------------------	---

Anlagen

ANLAGE IV: EMISSIONSBEDINGUNGEN VB²-PS

Anlagen

Emissionsbedingungen für Partizipationskapital der Volksbank-Quadrat Bank AG (Volksbank Erfolgsanteil)

1. RECHTSGRUNDLAGE:

Die Volksbank Erfolgsanteile (i.F. kurz VB²-PS) der Volksbank-Quadrat Bank AG (i.F. kurz: VB²), Firmenbuchnummer FN 162317b mit Sitz in Wien, im folgenden Emittentin genannt, sind Partizipationsscheine und als solche Wertpapiere über eingezahltes Partizipationskapital gem. § 23 Abs. 4 BWG. Die VB² ist eine Tochtergesellschaft der Volksbanken Holding reg.Gen.m.b.H. Die Haupttätigkeit der VB² besteht in der Beteiligung an Mitgliedern des Österreichischen Genossenschaftsverbandes (ÖGV).

2. PARTIZIPATIONSKAPITAL:

Partizipationskapital ist eingezahltes Kapital, das der Emittentin seitens des Partizipationsscheininhabers (in der Folge kurz Partizipant) auf Unternehmensdauer unter Verzicht auf die ordentliche und außerordentliche Kündigung zur Verfügung gestellt wird.

Das Nominale beträgt EUR 100,-- je Stück, der Ausgabeaufschlag pro Stück 2,5 %. Die Mindestzeichnungsverpflichtung jedes Partizipanten beträgt fünf Stück. Das Partizipationskapital wird zur Gänze durch eine Sammelurkunde, die bei der Oesterreichische Kontrollbank AG, Am Hof 4, 1011 Wien als Wertpapiersammelbank verwahrt wird, vertreten. Das Partizipationskapital kann von der Emittentin nur unter analoger Anwendung der aktienrechtlichen Kapitalherabsetzungsvorschriften herabgesetzt oder gemäß den Bestimmungen des § 102a BWG eingezogen werden. Die Erträge aus Partizipationskapital sind gewinnabhängig (Punkt 4).

3. VERHÄLTNIS ZU GESELLSCHAFTERN UND GLÄUBIGERN:

Im Falle der Liquidation, der Einziehung und der Kapitalherabsetzung werden die Partizipanten ausschließlich an den zukünftigen, nach dem 31.7.2006 angewachsenen Rücklagen, stillen Rücklagen und Firmenwert im Verhältnis des rechnerischen Betrages des Partizipationskapitals zum Aktienkapital beteiligt, darüber hinaus bestehen keinerlei Ansprüche. Die Partizipanten werden erst nach Befriedigung oder Sicherstellung aller übrigen Gläubiger (inkl. Inhabern von nachrangigem Kapital und Ergänzungskapital) im gleichen Rang mit den Gesellschaftern der Emittentin, im oben angeführten Verhältnis, befriedigt.

4. GEWINNBETEILIGUNG:

Die Partizipationsscheine verbriefen den Anspruch auf gewinnabhängige Erträge. Als Gewinn ist der Bilanzgewinn zu verstehen. Der Bilanzgewinn ist das Ergebnis des Geschäftsjahres (Jahresgewinn) nach Rücklagenbewegung gemäß § 23 Abs. 4 Z. 3 BWG. Die Partizipanten erhalten einen gegenüber den Aktionären vorzugsweisen Gewinnanteil, jedoch höchstens im Ausmaß des durchschnittlichen 3-Monats-

Anlagen

EURIBOR des Kalenderjahres, das jenem Kalenderjahr unmittelbar vorangegangen ist, in dem das jeweilige Geschäftsjahr der Emittentin endet, plus 130 Basispunkte des jeweiligen Geschäftsjahres, soweit dieser im Bilanzgewinn des betreffenden Geschäftsjahres Deckung findet. Es besteht keine Dividendennachzahlungsverpflichtung. Der "durchschnittliche 3-Monats-EURIBOR" ergibt sich aus dem auf drei Nachkommastellen kaufmännisch gerundeten arithmetischen Durchschnitt des an den vier Feststellungstagen eines Jahres festgestellten 3-Monats-EURIBOR.

Feststellungstage sind der 31.3., 30.6. 30.9. und 30.12. eines jeden Kalenderjahres. Erster Feststellungstag ist der 30.6.2006. Sollte ein Feststellungstag auf einen Tag fallen, der kein Bankarbeitstag ist, so verschiebt sich der Feststellungstag auf den unmittelbar vorangehenden Bankarbeitstag. „Bankarbeitstage“ im Sinne dieser Emissionsbedingungen sind jene Tage, an denen alle maßgeblichen Bereiche des TARGET-Systems betriebsbereit sind. "3-Monats-EURIBOR": entspricht dem jeweils am Feststellungstag auf der Reuters Bildschirmseite „EURIBOR=" um 11:00 AM (MEZ) genannten aktuellen 3-Monats-EURIBOR-Satz. Sollte die maßgebliche Reuters Bildschirmseite am Feststellungstag nicht zu Verfügung stehen oder wird darauf kein Angebotssatz (zu der genannten Zeit) angezeigt, so gilt Folgendes: Die VB² wird von vier renommierten Banken, welche im relevanten Zinsmarkt tätig sind, deren relevante Angebotssätze für den relevanten Feststellungstag anfordern.

- Werden mindestens zwei Angebotssätze genannt, so ist der Zinssatz das arithmetische Mittel (falls erforderlich, nach den internationalen Standards gerundet) dieser Angebotssätze, wobei alle Festlegungen durch die VB² erfolgen.
- Wird lediglich ein Angebotssatz genannt, so ist der Zinssatz dieser Angebotssatz.
- Für den Fall, dass der Zinssatz nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen dieses Absatzes ermittelt werden kann, so gilt als Zinssatz der am letzten Bankarbeitstag auf der Bildschirmseite angezeigte Angebotssatz.

Die Dividendenausschüttung der VB² erfolgt nach der ordentlichen Hauptversammlung der VB², in der über die Verwendung des Bilanzgewinns des betreffenden Geschäftsjahres beschlossen wird, spätestens jedoch bis zum 31.10. eines laufenden Jahres, wobei in die Ausschüttung der Emittentin jeweils jene Erträge Eingang finden, die die Emittentin aus der Veranlagung in Mitglieder des ÖGV in Form von Partizipationskapital für das unmittelbar vor ihrem Bilanzstichtag des jeweiligen Geschäftsjahres zu Ende gegangene Geschäftsjahr der Mitglieder des ÖGV von diesen ausgeschüttet bekommen hat. Die Inhaber des VB²-PS sind erstmals am Bilanzgewinn der Emittentin zum 31.7.2007 beteiligt; der Bilanzgewinn der Emittentin zum 31.7.2006 steht ausschließlich dem Aktionär der Emittentin zu. In den Bilanzgewinn der Emittentin zum 31.7.2007 können jedoch nur jene Beteiligungserträge Eingang finden, die die jeweiligen Mitglieder des ÖGV, bei denen die Emittentin Partizipationskapital gezeichnet hat, bis zum 31.7.2007 ausgezahlt haben. Da jedoch die Mitglieder des ÖGV, bei denen die Emittentin Partizipationskapital zeichnet, einen Regelbilanzstichtag (31.12.) aufweisen und die

Anlagen

Emittentin erst ab 18.7.2006 Partizipationskapital bei den einzelnen Mitgliedern des ÖGV zeichnet, fließen in den Bilanzgewinn der Emittentin zum 31.7.2007 die der Emittentin aufgrund des von ihr bei den Mitgliedern des ÖGV gezeichneten Partizipationskapitals zustehenden Gewinnanteile zeitanteilig für die Zeit vom 18.7.2006 bis 31.12.2006 ein. Die Ausschüttung für die Anleger für die Zeit von der Zeichnung des Partizipationsscheines bis 31.7.2007 liegt daher planmäßig deutlich unter dem durchschnittlichen 3-Monats-EURIBOR zuzüglich 130 Basispunkten. Die Beteiligung der Inhaber des VB²-PS am Bilanzgewinn der Emittentin zum 31.7.2007 wird spätestens am 31.10.2007 ausgeschüttet, wobei hinsichtlich der Berechnung des Gewinnanteils am Bilanzgewinn der Emittentin nur zwei Feststellungstage (der 30.6.2006 und der 30.9.2006) zur Berechnung des arithmetischen Durchschnitts herangezogen werden.

Berechnungsmodus für Ausschüttung: Anzuwendender Zinssatz: Der Monat zu 30 und das Jahr zu 360 Tagen.

Die Dividendengutschrift erfolgt über das für den Partizipanten depottführende Kreditinstitut. Zahlstelle ist die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft, Peregringasse 3, 1090 Wien.

5. ZEICHNUNG:

Die Emission des Partizipationskapitals erfolgt als Daueremission bis zu einem Gesamtnominale von EUR 130 Millionen mit Aufstockungsmöglichkeit um weitere EUR 120 Millionen durch Ausgabe von weiteren bis zu 1.200.000 Stück Partizipationsscheinen im Nominale von jeweils EUR 100,--.

6. TEILNAHME AM VERLUST:

Das Partizipationskapital nimmt wie Aktienkapital bis zur vollen Höhe am Verlust teil (§ 23 Abs. 4 Z 4 BWG). Es besteht keine Nachschusspflicht.

7. RECHTE DER PARTIZIPANTEN:

Partizipanten steht das Auskunftsrecht gem. § 23 Abs. 5 BWG zu. Sie haben daher das Recht, an den Hauptversammlungen der Emittentin teilzunehmen; es sind ihnen Auskünfte im Sinne des § 112 Aktiengesetz zu geben.

Die Partizipationsscheine gewähren keine darüber hinausgehenden Rechte, insbesondere keine sonstigen Mitgliedschaftsrechte, wie z.B. das Stimmrecht oder das Recht, in der Hauptversammlung Anträge zu stellen.

Ansprüche auf fällige Gewinnanteile verjähren binnen 3 Jahren ab Fälligkeit des jeweiligen Gewinnanteils.

8. VERWÄSSERUNGSSCHUTZ:

Für den Fall, dass durch eine Maßnahme der Emittentin, insbesondere durch Begebung weiteren Partizipationskapitals, die Vermögensrechte der Partizipanten

beeinträchtigt werden, so wird dies die Emittentin in sinngemäßer Anwendung der Regelungen des § 23 Abs. 5 BWG angemessen ausgleichen.

9. BEKANNTMACHUNGEN:

Die Emittentin wird Bekanntmachungen über diese Partizipationsscheine, einschließlich der Einladungen zu Hauptversammlungen, in der „Wiener Zeitung“ und im Internet (www.volksbank-quadrat.at) veröffentlichen. Sollte diese Zeitung ihr Erscheinen einstellen, so tritt an ihrer Stelle ein vergleichbares Publikationsorgan. Einer besonderen Benachrichtigung der einzelnen Partizipanten bedarf es nicht.

10. ÄNDERUNG DER EMISSIONSBEDINGUNGEN UND ZUSTIMMUNG DER PARTIZIPANTEN:

Soweit gesetzlich zulässig, können diese Emissionsbedingungen durch Vereinbarung zwischen der Emittentin und den Partizipanten ergänzt und abgeändert werden. Die Partizipanten stimmen jedoch bereits vorweg einer einseitigen Anpassung dieser Bedingungen durch die Emittentin zu, wenn und insoweit diese erforderlich wird, um bei Veränderung gesetzlicher Rahmenbedingungen die Anrechenbarkeit des Partizipationskapitals als Kernkapital iS des Bankwesenrechtes zu erhalten. Die VB² ist jederzeit und aus jedem Grund, insbesondere aber, wenn die Anrechenbarkeit des Partizipationskapitals als Kernkapital im Sinne des Bankwesenrechtes nicht mehr gewährleistet ist, berechtigt, das Partizipationskapital entsprechend der aktiengesetzlichen Bestimmungen herabzusetzen oder das Partizipationskapital entsprechend der Bestimmungen des BWG einzuziehen.

Sollte eine Bestimmung unwirksam oder undurchführbar sein, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung wird durch eine solche ersetzt, die dem in diesen Bedingungen zum Ausdruck kommenden Willen der Vertragsteile am nächsten kommt. Wenn die vorliegenden Bedingungen eine Lücke enthalten, erfolgt deren Ausfüllung gleichfalls nach dem in diesen Bedingungen zum Ausdruck kommenden Willen der Vertragsteile.

In allen Fällen, in denen eine Willensbildung auf Seiten der Partizipanten erforderlich ist, erfolgt diese in einer zu diesem Zweck von der Emittentin nach den Regeln über die Einberufung einer Gesellschafterversammlung abzuhaltenden Partizipantenversammlung. Diese Partizipantenversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden oder vertretenen Partizipanten bzw. des repräsentierten Partizipationskapitals beschlussfähig; Beschlüsse bedürfen einer Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen.

11. GERICHTSSTAND:

Alle im Zusammenhang mit dem Partizipationskapital und diesen Bedingungen stehenden Rechtsfragen unterliegen österreichischem Recht. Gerichtsstand für alle wie immer gearteten Rechtsstreitigkeiten daraus ist das sachlich zuständige Gericht in Wien.

Anlagen